



Plenarprotokoll

115. Sitzung

Donnerstag, 25. März 2021

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zum Staatsvertrag zur Neuregulierung des Glücksspielwesens in Deutschland (Glücksspielstaatsvertrag 2021 - GlüStV 2021)...		
	8710	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/2593		
Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 19/2858		
Kathrin Bockey [SPD], Bericht- statterin.....	8711	Hans-Jörn Arp [CDU]..... 8712, 8722 Dr. Kai Dolgner [SPD]..... 8713, 8719 Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 8714
Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Inneres, ländli- che Räume, Integration und Gleichstellung.....	8711	Jan Marcus Rossa [FDP]..... 8716, 8721 Lars Harms [SSW]..... 8717, 8723 Bernd Heinemann [SPD]..... 8718 Dennys Bornhöft [FDP]..... 8720 Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 8721 Dr. Ralf Stegner [SPD]..... 8723 Dr. Kai Dolgner [SPD], Persönli- che Erklärung..... 8724
		Beschluss: Verabschiedung des Ge- setzentwurfs Drucksache 19/2593.. 8724

Perspektiven für die maritime Wirtschaft entwickeln, schnellere Vergabe von öffentlichen Aufträgen für den Schiffbau.....	8725	Bericht der Landesregierung	
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/2848		Daniel Günther, Ministerpräsident.	8742
Maritime Wirtschaft in der Krise stärken und weiter perspektivisch entwickeln.....	8725	Ole-Christopher Plambeck [CDU].	8743
Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/2892		Dr. Heiner Dunckel [SPD].....	8744
Serpil Midyatli [SPD].....	8725, 8732	Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	8745
Hartmut Hamerich [CDU].....	8726	Stephan Holowaty [FDP].....	8746
Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	8727	Jette Waldinger-Thiering [SSW]....	8748
Kay Richert [FDP].....	8729	Beschluss: Der Tagesordnungspunkt ist durch die Berichterstattung der Landesregierung erledigt.....	8749
Christian Dirschauer [SSW].....	8730	Gemeinsame Beratung	
Jörg Nobis [AfD].....	8731	a) Altem und neuem Rassismus den Nährboden entziehen - Diskriminierung vorbeugen.....	8749
Jette Waldinger-Thiering [SSW]....	8732	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/2851	
Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus.....	8733	Aktionsplan gegen Rassismus - jetzt geht es in die Umsetzung!.....	8749
Beschluss: Beschluss zurückgestellt...	8735	Alternativantrag der Faktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/2890	
Landtag bekräftigt Nein zu Uploadfiltern.....	8735	b) Mündlicher Bericht zur Umsetzung des Aktionsplans gegen Rassismus.....	8749
Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/2860		Bericht der Landesregierung	
Lukas Kilian [CDU].....	8735	Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung.....	8749
Stefan Weber [SPD].....	8736	Tobias von Pein [SPD].....	8750
Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	8737	Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	8752
Stephan Holowaty [FDP].....	8738	Tobias von der Heide [CDU].....	8753
Lars Harms [SSW].....	8739	Jan Marcus Rossa [FDP].....	8755
Volker Schnurrbusch [AfD].....	8740	Lars Harms [SSW].....	8756
Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung.....	8741	Beschluss: 1. Der Tagesordnungspunkt ist durch die Berichterstattung der Landesregierung erledigt 2. Ablehnung des Antrags Drucksache 19/2851 3. Annahme des Antrags Drucksache 19/2890.....	8758
Beschluss: Annahme des Antrags Drucksache 19/2860.....	8742		
Mündlicher Bericht zum KI-Handlungsrahmen.....	8742		

Abgasnorm Euro 7 stoppen - Verbot des Verbrennungsmotors durch die EU verhindern.....

8758

Antrag des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD
Drucksache 19/2867

Volker Schnurrbusch [AfD].....	8758, 8765
Andreas Hein [CDU].....	8759
Kai Vogel [SPD].....	8760
Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	8761
Kay Richert [FDP].....	8762
Christian Dirschauer [SSW].....	8763
Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus.....	8764
Lars Harms [SSW].....	8766
Peer Knöfler [CDU].....	8768

Beschluss: Ablehnung des Antrags
Drucksache 19/2867.....

8768

Eine Social Entrepreneurship und Social Innovation-Strategie für Schleswig-Holstein entwickeln.....

8768

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2871

Lukas Kilian [CDU].....	8769, 8776
Martin Habersaat [SPD].....	8770, 8775
Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	8771, 8777
Kay Richert [FDP].....	8773, 8780
Christian Dirschauer [SSW].....	8773
Wolfgang Baasch [SPD].....	8774
Dr. Heiner Dunckel [SPD].....	8776
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	8778
Tobias von der Heide [CDU].....	8779
Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus.....	8780

Beschluss: Annahme des Antrags
Drucksache 19/2871.....

8783

Berichtsantrag zu den Planungen der Landesregierung anlässlich 1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland.....

8784

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

Drucksache 19/2786

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur.....	8784
Tobias von der Heide [CDU].....	8785
Martin Habersaat [SPD].....	8786
Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	8787
Jan Marcus Rossa [FDP].....	8788
Lars Harms [SSW].....	8789

Beschluss: Der Tagesordnungspunkt ist durch die Berichterstattung der Landesregierung erledigt.....

8790

Perspektiven für die maritime Wirtschaft entwickeln, schnellere Vergabe von öffentlichen Aufträgen für den Schiffbau.....

8790

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2848

Beschluss: Der Antrag Drucksache 19/2848 hat durch die Mitantragstellung zum Alternativantrag Drucksache 19/2892 (neu) seine Erledigung gefunden

8790

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/2892 (neu)Beschluss: 1. Der Antrag Drucksache 19/2848 hat durch die Mitantragstellung zum Alternativantrag Drucksache 19/2892 (neu) seine Erledigung gefunden
2. Annahme des Antrags
Drucksache 19/2892 (neu).....

8790

* * * *

Regierungsbank:

Daniel Günther, Ministerpräsident

Monika Heinold, Finanzministerin und Erste Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren und Zweiter Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energie- wende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

* * * *

Beginn: 10:04 Uhr**Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:**

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die heutige Sitzung des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Erkrankt sind die Abgeordneten Anita Klahn und Claus Schaffer. Wir wünschen gute Besserung.

(Beifall)

Wegen auswärtiger Verpflichtungen sind von der Landesregierung Minister Claussen ganztätig und Minister Albrecht ab 15 Uhr beurlaubt. Die Abgeordneten Barbara Ostmeier und Dr. Marret Bohn haben mitgeteilt, dass sie nach § 47 Absatz 2 der Geschäftsordnung an der Teilnahme an der heutigen Sitzung verhindert sind.

Bevor wir wieder in die Tagesordnung eintreten, möchte ich dem Abgeordneten Peer Knöfler herzlich zum Geburtstag gratulieren. - Alles Gute für das neue Lebensjahr!

(Beifall - Peer Knöfler [CDU]: Ich sage natürlich vielen Dank dafür. Ich habe mir mein Leben lang nichts sehnlicher gewünscht, als in dieser Runde meinen Geburtstag zu feiern. Vielen Dank! Den entsprechenden Tropfen habe ich in der Fraktion schon geschenkt bekommen; den können wir hier ja nicht zu uns nehmen, das wäre ein Novum! - Zuruf: Lass dich feiern! - Beifall)

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor wir jetzt in die Tagesordnung eintreten, gestatten Sie mir bitte einen Hinweis. Wenn wir auf den Plätzen miteinander reden, dann sollten wir, wenn wir uns wegen der Akustik hinter die Plexiglasscheibe beugen - ich kann das alles gut nachvollziehen -, daran denken, die Masken aufzusetzen. Sonst hat das mit den Trennscheiben und all dem keinen Sinn. Also bitte: Wer sich jenseits der Trennscheibe unterhalten möchte, setzt zur Sicherheit und aus Sorgfalt bitte die Maske auf. Danke schön.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zum Staatsvertrag zur Neuregulierung des Glücksspielwesens in Deutschland (Glücksspielstaatsvertrag 2021 - GlüStV 2021)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 19/2593

(Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber)

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 19/2858

Ich erteile das Wort der stellvertretenden Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, der Abgeordneten Kathrin Bockey.

Kathrin Bockey [SPD]:

Ich erlaube mir, auf die Vorlage zu verweisen.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Ich danke der Frau Berichterstatterin. - Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das sehe ich nicht.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die Landesregierung hat die Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung, Dr. Sabine Sütterlin-Waack.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein langer und umkämpfter Prozess findet heute seinen Abschluss. Mittlerweile gilt Schleswig-Holstein als Vorreiter.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

- Das fängt ja gut an.

(Heiterkeit CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Unser Weg im Glücksspiel hat sich bewährt, aber - ehrlich gesagt -: 2012 galten wir noch nicht als Vorreiter, sondern stattdessen eher als Sonderlinge. Einige unterstellten uns sogar, auf einem Irrweg zu sein.

Die Zeit hat gezeigt: Wir lagen und liegen richtig. Schon 2012 haben wir Sportwetten, virtuelles Automatenpiel und Onlinepoker aus der Illegalität geholt. Der Onlinemarkt lässt sich in unserem Staats- und Rechtssystem eben nicht verbieten; aber er lässt sich sehr wohl regulieren. Das haben auch alle anderen Bundesländer erkannt.

Die Erfahrungen, die wir in Schleswig-Holstein gesammelt haben, konnten wir nun in den neuen Glücksspielstaatsvertrag einbringen. Mit dem Vertrag ist es gelungen, das Glücksspielrecht an die Herausforderungen der digitalen Welt anzupassen. Die zentralen Elemente sind die Sicherstellung des

Spielerschutzes, des Jugendschutzes und des Schutzes vor Suchtgefahren.

So verpflichten wir die Anbieter, sich an eine anbieter- und spielformübergreifende Sperrdatei zum Ausschluss gesperrter Spielerinnen und Spieler anzudocken. Die Anbieter müssen zudem ein automatisiertes System einsetzen, mit dem die suchtgefährdeten Spielerinnen und Spieler frühzeitig erkannt werden können.

Besonders hervorzuheben ist der Safe-Server. Seit 2014 nutzen wir den Safe-Server bereits erfolgreich in Schleswig-Holstein. Der Server ermöglicht den Aufsichtsbehörden jederzeit eine Kontrolle der Anbieter, denn diese müssen ein technisches System einrichten und betreiben, welches sämtliche für die Glücksspielaufsicht erforderlichen Daten erfasst. Das Know-how der Landesverwaltung Schleswig-Holsteins kann von nun an also bundesweit genutzt werden.

Mit dem neuen Staatsvertrag wollen wir gerade den Spieler- und Jugendschutz wirksam regeln. Ich bin mir sicher, dass dies mit dem Dreiklang aus Teillegalisierung des Online-Glücksspiels, strenger Überwachung und konsequenter Regulierung gelingen wird.

(Beifall CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gemeinsam mit den anderen Ländern können wir das Glücksspiel in geordnete und überwachte Bahnen lenken und damit den Schwarzmarkt bekämpfen. Dies dient natürlich dem Schutz der Spielerinnen und Spieler, aber auch dem Schutz der gesetzestreuenden Anbieter. Spielerinnen und Spieler haben zum Beispiel die Möglichkeit, sich über eine sogenannte Whitelist zu informieren, ob der von ihnen gewählte Anbieter über eine Erlaubnis verfügt und auf welche Spielform sich diese bezieht.

Als weiteres Steuerungsinstrument ist ein anbieterübergreifendes und von der Spielerin oder dem Spieler selbst bestimmtes Einzahlungslimit vorgesehen. Dieses darf jedoch grundsätzlich 1.000 € im Monat nicht überschreiten. Mit dem neuen Staatsvertrag stärken wir auch den Verwaltungsvollzug, denn im Vertrag sind Rechtsgrundlagen für Spiele, für Testkäufe, für IP-Blocking und weitere Maßnahmen enthalten. Das stärkt die Aufsicht und unterbindet illegale Glücksspiele.

Sehr geehrte Damen und Herren, die von mir gezeigten Regelungen zeigen: Der Glücksspielstaatsvertrag verbessert vieles und schafft neue Schutzmechanismen. Mit dem neuen Vertrag können wir

(Ministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack)

die Gefahren bestimmter Spiel- und Vertriebsformen reduzieren und die Bürgerinnen und Bürger Schleswig-Holsteins vor den Gefahren des Glücksspiels schützen.

Meine Damen und Herren, wir dürfen die Augen vor einer tatsächlich vorhandenen Situation nicht verschließen. Wir müssen Online-Glücksspiele in geordnete Bahnen lenken und den Markt ordnen und überwachen. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Hans-Jörn Arp das Wort.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, die Zustimmung der CDU-Fraktion kann ich Ihnen schon jetzt zusagen. Ihrem Wunsch werden wir folgen.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, ein langer Weg geht jetzt auf die Zielgerade. Wir sind noch nicht ganz am Ziel. Ich sage Ihnen: Seit 2004 beschäftigen wir uns zusammen mit der FDP und mit Unterstützung der Grünen und auch des SSW damit. Wir diskutieren in diesem Haus immer wieder über diesen Weg.

Warum ist es dazu gekommen? - Mit der Entstehung und der Erfindung des Internets gab es auf einmal ganz neue Vertriebswege, und zwar nicht nur im Einzelhandel, im Buchhandel oder in den Reisebüros. Alles veränderte sich. Die stationären Ausgabestellen waren nicht mehr allein maßgeblich, sondern man konnte auf einmal vieles im Internet bestellen. Damit veränderte auch das Glücksspiel seinen Markt. Man musste nicht mehr in die Lottoannahmestelle oder auf die Rennbahn zu den Pferdewetten gehen, sondern man konnte im Internet Lottoscheine abgeben. Man konnte Sportwetten abgeben, und man konnte im Casino spielen, ohne dass man mit einem Schlips und einem Jackett ins Casino ging. Man konnte das zu Hause, von mir aus mit Latschen und im Pyjama.

Das hatte sich verändert, und darauf hatte sich auch Politik einzustellen. Darum hat sich Politik aber lange nicht gekümmert. Wir haben immer wieder gesagt: Das kann nicht sein bei einem Markt, der milliardenschwer ist. Man schätzt den Umfang des illegalen Marktes auf weit über 20 Milliarden €

Damals waren es 10 Milliarden € bis heute hat sich das Volumen verdoppelt. Man hat sich um diesen Markt nicht gekümmert. Wir sind da rangegangen und haben gesagt: Ja, er muss reguliert werden. Er muss kontrolliert werden, und wir müssen auch sehen, dass wir dafür unsere Abgaben kassieren.

Herr Dr. Stegner, bleiben Sie bitte bei Ihrer Ablehnung. Diese ehrt uns, und ich will hier auch gar nicht um Ihre und um die Zustimmung der SPD werben. Aber eines müssen Sie hier noch einmal erklären. Sie wollen, dass Amazon, Facebook, Google, ich will sie gar nicht alle aufzählen, endlich auch in Deutschland Steuern zahlen und dass es Steuergerechtigkeit gibt. Da haben Sie uns an Ihrer Seite.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Zuruf SPD)

- Frau Kollegin, da haben Sie ein Beispiel, bei dem wir das nicht gemacht haben. Reden Sie über Dinge, von denen Sie etwas verstehen. Sagen Sie uns aber einmal, warum wir denen, die im Glücksspielbereich agieren, keine Steuern und Abgaben abnehmen können. Das ist das Problem.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Die Frage haben Sie bis heute nicht beantwortet.

Sie haben die Anhörung im Innen- und Rechtsausschuss mitbekommen. Im Innen- und Rechtsausschuss waren Suchtberater, die gesagt haben: Mit diesem Gesetz würden wir Tür und Tor öffnen, damit man in Zukunft in jeder Bude Glücksspiel machen kann. Das können Sie heute schon, egal ob wir uns hier dafür oder dagegen entscheiden. Sie können das heute schon machen, seit vielen Jahrzehnten wird dieser Markt illegal betrieben.

Wir sind gemeinsam da rangegangen und haben gesagt: Wir wollen den Markt kontrollieren. Wir wollen für Jugendschutz wirken. Die Frau Ministerin hat hier schon alles aufgezählt. Wir wollen gegen Sucht vorgehen, wir wollen vor allem die Abhängigen mit einer Sperrdatei vor weiteren Verlusten bewahren. Das sind Wege, die wir jetzt aufgezeigt haben.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder eine Bemerkung des Abgeordneten Christopher Vogt?

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Ich freue mich, gern.

(Hans-Jörn Arp)

Christopher Vogt [FDP]: Vielen Dank, Herr Kollege. Ich freue mich genauso. Ich finde Ihre Argumentation absolut nachvollziehbar - es ist der Weg der Liberalität: Legalisieren und Kontrollieren. Finden Sie aber nicht auch, dass man das Gleiche beim Cannabis machen sollte, wo die Union eine andere Auffassung hat?

(Beifall FDP, SSW und vereinzelt SPD)

- Die Frage ist berechtigt, lieber Herr Kollege. Wir werden sicherlich heute Abend Gelegenheit haben, darüber noch einmal zu diskutieren.

(Heiterkeit)

Für uns ist der Koalitionsvertrag entscheidend, aber es gibt gute Gründe dafür, wie es wahrscheinlich aus Sicht der Gesundheitspolitiker gute Gründe dagegen gibt. Ich halte mich an die Dinge, von denen ich etwas verstehe. Das ist die A 20, und das ist das Glücksspiel. Dem bleibe ich treu.

(Beifall CDU, SSW und vereinzelt FDP)

Herr Dr. Stegner, an dieser Stelle noch einmal: Das ist die Frage, die Sie immer noch nicht geklärt haben. Ich habe gesagt, wir sind auf der Zielgeraden, wir sind noch nicht am Ende, denn eines ist noch nicht in dem Entwurf zum Glücksspielgesetz enthalten, über den wir hier diskutieren und für den wir sicherlich die Mehrheit finden, um ihn zu verabschieden und zu ratifizieren. Ein Punkt ist nicht klar: Wir schaffen mit der Steuer auf Casinospiele in Höhe von 5,2 % pro angefangenem Euro eine Situation, die es in 22 europäischen Ländern nicht gibt. Dort gibt es diese Steuer nicht, nur in Deutschland wird sie eingeführt. Damit sind wir international nicht wettbewerbsfähig.

Das Ziel, das wir verfolgen, ist eine Kanalisierung des Glücksspiels. Es war von Anfang an unser Ziel, den Glücksspielmarkt zu kanalisieren und aus dem illegalen Bereich in den legalen Bereich zu holen. Dieses Ziel verfolgen wir, und wir befürchten, dass dieses Ziel mit dem hohen Steuersatz nicht erreicht wird. Deshalb brauchen wir eine Evaluation, um zu sehen, ob dies angenommen wird oder nicht, ob der Markt das erkennt oder nicht.

Wir sind aber nach wie vor für eine starke Begrenzung des illegalen Bereichs. Herr Dr. Stegner, fahren Sie einmal nach Dänemark. Wenn Sie wollen, kann ich mit Ihnen dorthin fahren. Dort sind 90 % des illegalen Marktes legalisiert. Das ist nach wie vor unser Ziel. An dem Ziel halten wir fest.

(Beifall CDU und FDP)

Frau Präsidentin, erlauben Sie mir, zum Schluss zu sagen: Ich möchte mich ganz herzlich für die Geduld bedanken, die meine Fraktion mit mir hatte, weil ich seit 2004 diese Geschichten erzählt und die Kollegen davon überzeugt habe, diesen Weg mitzugehen. Dafür herzlichen Dank. Ich danke auch den Herren Ministerpräsidenten. Auch Herr Albig hat diesen Weg mit unterstützt. Ich bedanke mich insbesondere bei Dirk Schrödter. Eines muss man an dieser Stelle sagen: Seine Hartnäckigkeit und manchmal auch sein Pokerface insbesondere bei den Verhandlungen am Tegernsee haben sicherlich dazu geführt, dass wir hier auf der Zielgeraden sind. Dem Chef der Staatskanzlei ein herzliches Dankeschön, auch dem Herrn Ministerpräsidenten und allen Beteiligten. Danke, dass wir diesen Weg hier so erfolgreich abschließen konnten. Das war nur mit euch möglich!

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Dr. Kai Dolgner das Wort.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „La maison gagne toujours“ - das Haus gewinnt immer - ist eine Weisheit, die so alt ist wie die Spielcasinos selbst. „Der Spieler verliert immer“ ist der bittere Umkehrschluss.

In der Anhörung war das Argument zu hören, man könne eh nichts machen; dem Menschen sei nun einmal der Spieltrieb innewohnend. Dieser Gedanke hat es sogar in den Staatsvertrag geschafft.

Richtig ist, dass Menschen wie alle Säugetiere einen angeborenen Spieltrieb, aber eben keinen angeborenen Glücksspieltrieb haben. Das kann nicht überraschen; denn Geld oder geldähnliche Objekte gibt es erst in den letzten 2 % der bisherigen Existenz des Homo sapiens. Nein, es ist der Nervenkitzel des Risikos. Das Belohnungssystem des Gehirns, das eigentlich dazu dienen sollte, zum Beispiel eine erfolgreiche Nahrungssuche zu wiederholen, ist es, das zu endlosen Wiederholungen anstachelt. Gerade größere Anfangsgewinne erzeugen die Illusion, man könnte halt doch irgendwie das System schlagen.

Spielsysteme, heiße Tipps in eBooks, die für teures Geld verkauft werden und gleichzeitig die Links zu den Onlinecasinos enthalten, mit denen man das passenderweise ausprobieren kann, fördern diesen

(Dr. Kai Dolgner)

gefährlichen Trugschluss. Punktsysteme, Jetons und alle anderen Mechanismen, die den Spieler vom echten Wert des Geldes ablenken, tun ein Übriges.

Das alles soll die Spieler darüber hinwegtäuschen, dass er dauerhaft nicht gegen die Statistik gewinnen kann. In der Forschung wird das „Magisches Denken“ genannt. Und manchmal, liebe Kolleginnen und Kollegen, habe ich den Eindruck, dass das nicht nur bei den selbsternannten Querdenkern verbreitet ist, was die Fehleinschätzung von Statistiken angeht. Ein Studienkollege hat Roulette einmal „Die Rache der Mathenerds“ genannt.

Gegen diese Mechanismen, die schließlich zur Sucht führen können, ist niemand gefeit, auch wenn in der Anhörung behauptet wurde, ab einem gewissen Einkommen beziehungsweise sozialen Status sei das kein Problem. Auch das ist ein Trugschluss. Weder Status noch Intelligenz sind ein Bollwerk gegen die Spielsucht. Selbst Dostojewski, der in seinen großartigen Romanen die Psychoanalytik quasi vorweggenommen hat, konnte zwar einen Roman über die Spielsucht schreiben, sich aber bis zu seinem Tod nicht daraus befreien.

Warum erzähle ich Ihnen das? - Weil die Befürworter der Liberalisierung als Hauptargument immer angeführt haben, dass man durch die Liberalisierung einen Weißen Markt erschaffen könnte und die dortigen Anbieter dann auch ausreichend für den notwendigen Spielerschutz sorgen würden.

In der Anhörung hörte sich das aber ganz anders an. Praktisch jedes Instrument, das im Staatsvertrag dem präventiven Spielerschutz dienen könnte, wurde mit dem Hinweis infrage gestellt, dann sei man ja gegenüber dem Schwarzmarkt nicht mehr konkurrenzfähig. Es gab sogar eine Nachfrage aus der Koalition, ob die Onlinecasino-Vertreter das alles gar nicht mehr wollten.

Nehmen wir zum Beispiel die Beschränkung bei der Werbung. Auch da hat man wieder die Legende gehört, die man von der Tabakindustrie schon seit Jahrzehnten wider besseres Wissen gehört hat, nämlich dass mit Werbung nur Marktanteile verschoben, aber gar keine neuen Raucher generiert werden würden. - Nein, nein.

Genauso wurden Limitdatei, Aktivitätsdatei, Pflichtwartezeiten, alles was den oben beschriebenen Prozess zur Entwicklung einer Spielsucht, durch Verlangsamung, durch Bewusstmachung und so weiter entgegenwirken sollte, angegriffen. Lediglich die Sperrdatei fand eine gewisse Gnade. Wenn jemand sich aber in eine Sperrdatei eintragen lässt, dann ist die Sucht längst eingetreten, und er

ist übrigens wirtschaftlich auch gar nicht mehr interessant.

Nun aber wissen wir, wohin die Reise gehen soll. Mit dem Generalargument des Schwarzmarktes wird die Lobby alles daransetzen, auch die letzten Präventionsinstrumente des Staatsvertrages zu zerlegen.

Sie haben damals in Schleswig-Holstein bewusst die Tür geöffnet, die Anbieter haben ihren Fuß in den Spalt gesetzt und werden alles dafür tun, die Tür ganz aufzustoßen. Wer bei der Anhörung genau zugehört hat, muss zu dieser Erkenntnis kommen.

Übrigens, Herr Kollege Arp, diese ganze Besteuerung und so weiter haben wir ja nicht verhandelt. Aber Sie sehen schon, man fängt jetzt damit an, bereits die ersten Argumente direkt anzugreifen.

Ich hatte Ihnen schon im letzten Frühjahr bei Ihrem euphorischen Begrüßungsantrag prophezeit, dass die anderen Bundesländer Sie dafür sicher nicht auch noch belohnen werden, dass Sie einen guten Teil der Bundesländer durch ein zugegebenermaßen geschicktes Vorgehen in diese Situation quasi genötigt haben. Deshalb kommt die gemeinsame Aufsichtsbehörde natürlich nicht nach Schleswig-Holstein - das haben Sie heute zu erwähnen vergessen -, sondern nach Sachsen-Anhalt.

Das Haus gewinnt immer, der Spieler verliert immer. Wir werden dem Staatsvertrag nicht zustimmen.

(Lebhafter Beifall SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Lasse Petersdotter das Wort.

Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich kann die statistischen Ausführungen des Herrn Kollegen Dolgner sehr gut nachvollziehen. Sie sind in ihrer jeweiligen Individualität auch völlig richtig. Das Problem ist nur, dass statistisch betrachtet fast alles furchtbar ist und all das und vieles von dem, was das Leben ausmacht, eine schlechte Entscheidung war. Wir werden nicht darum herumkommen, dass Menschen Glücksspiel betreiben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

(Lasse Petersdotter)

Daher glaube ich noch nicht einmal, dass es so etwas wie einen natürlichen Spieltrieb dafür braucht; das sehe ich genauso wie Sie. Es mag einen natürlichen Spieltrieb geben; aber der muss sich nicht unbedingt im Glücksspiel ausdrücken, der kann sich auch im Computerspiel Spaceballs oder was weiß ich ausdrücken.

Aber es gibt nichtsdestotrotz die Erfahrungen - die können wir auch nicht ignorieren -, dass das Totalverbot von Online-Glücksspielen krachend gescheitert ist. Der illegale und unregulierte Markt ist trotzdem zuletzt und immer wieder massiv gewachsen. Rund 1 Milliarde € wird von deutschen Spielerinnen und Spielern jedes Jahr netto verzockt. Trotz Verbot hat Deutschland nicht einmal mehr einen der größten, sondern den größten Glücksspielmarkt innerhalb der Europäischen Union, obwohl es hier verboten ist. Das Ganze findet komplett ohne jede Kontrolle statt. Dieser Markt ist da, und da wird nicht kontrolliert. Die Menschen, die sich auf diesem Markt befinden, erfahren keinen Schutz.

Es ist nicht die Lösung eines Problems, wenn man es ignoriert, sondern man muss sich irgendwie damit auseinandersetzen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Das bedeutet eben auch, dass man schon beide Augen wirklich ganz fest geschlossen halten muss, um weiterhin an ein Verbot zu glauben. Ich bin froh und halte es auch für richtig, dass das viele Bundesländer heute nicht mehr tun.

Nach einem langen Prozess wird es ab Sommer einen gemeinsamen Weg geben, der sich an der Realität und an der Wirklichkeit ausrichtet. Das ist gut, auch wenn wir als Grüne mit Sicherheit einiges anders gemacht hätten. Wir haben uns zum Beispiel für mehr Spielerinnen- und Spielerschutz ausgesprochen. Wir haben uns für eine schnellere und deutlichere Kontrolle ausgesprochen, auch für eine bessere Stärkung der Spielsuchtanlaufstellen. All das ist natürlich immer noch im Bereich der Diskussion, auch in der Diskussion, die jetzt erst anfangen kann.

Herr Kollege Arp hat vorhin beschrieben, wir seien jetzt ein bisschen auf der Zielgeraden. Eigentlich sind wir, was regulierte und tatsächliche Glücksspielpolitik angeht, gerade mal am Anfang, weil wir endlich ein Objekt haben, über das wir bundesweit diskutieren können.

Natürlich ist das ein schwieriger Weg. Wir werden immer wieder die Balance zwischen Schutz und

Wettbewerbsfähigkeit halten müssen. Bei der Waagschale des Schutzes und der Wettbewerbsfähigkeit spielen die Interessen natürlich eine große Rolle. Da werden wir eine intensive Debatte über Steuern führen, die wir mit Sicherheit auch im europäischen Kontext führen müssen, in dem natürlich Steuern erhoben werden. Ob das dann allerdings genau so ist, wie wir uns das vorstellen, steht dahin. Wir können entweder eigene Wege gehen, oder wir orientieren uns an den anderen. Aber es ist jetzt überhaupt erst möglich geworden, darüber zu diskutieren.

Ganz gerne wird dann gesagt, es gebe ja diese Glücksspiellegalisierung und man habe sich doch jetzt mit den Lobbys getroffen und so weiter. Nein, das spielt überhaupt keine Rolle. Ich bin aus den gleichen Argumenten genauso für die Glücksspiellegalisierung wie für die Cannabislegalisierung, weil wir uns mit der Realität auseinandersetzen müssen und sie nicht weiter ignorieren können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Ich habe mich immer mehr mit Suchtverbänden als mit irgendwelchen Lobbyverbänden getroffen, und wenn mit Lobbyverbänden, dann nur zu schlechtem Kaffee in meinem Büro.

Wir brauchen also eine ausgewogenere Regulierung, diese muss im Wesentlichen auf drei Säulen stehen: Erstens. Mehr Schutz für Spielerinnen und Spieler durch ein reguliertes Angebot. Zweitens. Ein hinreichend attraktives Angebot, damit es auf dem Markt besteht. Das Argument mag ja irgendwie billig klingen, aber es stimmt auch. Wenn das Angebot nämlich nachher komplett ohne irgendwelche Features stattfindet oder irgendwelche Aufmerksamkeit auslöst, dann nimmt es auch keiner. Dann habe ich keinen Grund, zu einem legalen Angebot zu gehen. Auch hier müssen wir also - das ist Aufgabe der Politik - alle Argumente hören und abwägen. Die dritte Säule ist eine schlagfertige und schlagkräftige Glücksspielaufsicht.

Genau auf diesen Weg machen wir uns jetzt. Neben einem legalen Angebot werden wir auch viele positive Punkte für die Spielerinnen und Spieler haben: eine Spielsuchtfrüherkennung, ein Einzahlungslimit und Wartezeiten beim Anbieterwechsel. Auch das spielt eine große Rolle. Viele klicken zum Beispiel beim Automatenenspiel einfach nur auf eine Summe, und dann spielt sich das von alleine durch. Man muss also gar nicht mehr auf einen Knopf drücken, um ein neues Spiel zu beginnen; das läuft einfach so nebenbei. Alles das ist übrigens illegal, aber

(Lasse Petersdotter)

trotzdem online. Beim Switchen können tausend Leute zugucken, wie sie Online-Glücksspiel betreiben. Das findet statt, das findet auf den Rechnern von Ihnen oder auf den Rechnern Ihrer Kinder statt. Insoweit müssen wir uns da nichts vormachen.

Wir werden einen Panikknopf haben, wir werden mehr Jugendschutz haben, Frequenzbeschränkungen, IT-Sicherheit und eine Aufsichtsbehörde, die zwar erst im Jahre 2023 im eigentlichen Sinne mit ihrer Arbeit in Halle beginnen wird, aber die jetzt schon mit Beginn des Staatsvertrages von der Landesglücksspielbehörde Sachsen-Anhalt übernommen wird. Also zu glauben, hier würde ein Spiel angepfeifen werden, bevor ein Schiedsrichter da ist, stimmt schlichtweg nicht. Wir werden eine Startphase haben, hier werden bereits Stellen besetzt. Nichtsdestotrotz wird die große Behörde erst im Jahre 2023 mit der Arbeit beginnen. Aber jetzt beginnt schon die Kontrolle.

Das Totalverbot ist gescheitert. Heute beginnt endlich ein neuer und vor allem auch, wie ich finde, ehrlicherer Weg. Das ist gut für die Spielerinnen und Spieler sowie für die Angebote. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Jan Marcus Rossa das Wort.

Jan Marcus Rossa [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der heutige Tag ist für Schleswig-Holstein von ganz besonderer Bedeutung.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Er ist der nächste Schritt auf dem Weg zu einem einheitlichen, nationalen Glücksspielrecht. Wir müssen auch daran denken, dass das leider damit verbunden ist, dass wir unser Alleinstellungsmerkmal verlieren. Wir schätzen es sehr, wenn wir im Norden das kleine gallische Dorf mimen dürfen. Das opfern wir gern für eine Vereinheitlichung des Glücksspielrechts, weil wir den Sinn und Zweck eines einheitlichen Glücksspielrechts durchaus erkannt haben.

Man muss kein Freund des Glücksspiels sein, um zu verstehen, dass das generelle Verbot bestimmter Glücksspielarten keine vernünftige Lösung ist, um den Gefahren, die mit dem Glücksspiel verbunden sind, wirksam zu begegnen. Das ist von meinen bei-

den Koalitionskollegen eindrücklich vorgetragen worden. Ich habe von Herrn Dr. Dolgner keine Argumente gehört, wie er das Problem in den Griff bekommen möchte. Ein generelles Verbot jedenfalls hilft weder im Hinblick auf den Spielerschutz noch im Hinblick auf den Jugendschutz oder den Suchtschutz.

(Beifall FDP, CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das, meine Damen und Herren, muss man zur Kenntnis nehmen und Lösungen anbieten. Daran mangelt es der SPD.

Ganz ehrlich: Sie sind damit auch unter Ihren Parteifreunden mittlerweile sehr einsam in Deutschland geworden. Viele SPD-geführte Länder tragen den Glücksspielstaatsvertrag mit. Vielleicht hätten Sie sich bei diesen Rat holen sollen, warum das so ist.

Interessant ist auch das Ergebnis der Expertenanhörung, auf die auch der Kollege Dr. Dolgner hingewiesen hat. Ich habe die Inhalte dieser Expertenanhörung allerdings anders wahrgenommen. Es ist richtig: Keiner der Experten hat den Glücksspielstaatsvertrag vorbehaltlos als gut bewertet. Jeder Experte nannte Kritikpunkte, die durchaus ernst zu nehmen sind. Interessant ist auch gewesen, dass uns keiner dieser Experten empfohlen hat, heute unsere Zustimmung zu verweigern.

Ich habe bei den Suchtschutzverbänden noch einmal ausdrücklich nachgefragt. Diese haben den Glücksspielstaatsvertrag und den Umstand, dass das Onlineglücksspiel legalisiert wird, sehr heftig kritisiert. Wir haben sie gefragt: Sollen wir Ihrer Meinung nach dagegen stimmen? Keiner hat uns diesen Rat gegeben. Warum das von der SPD nicht gehört worden ist, erschließt sich mir nicht.

Die Expertenanhörung ist durchaus sinnvoll gewesen. Man kann sich die Frage stellen, ob eine Expertenanhörung zu den Inhalten eines Glücksspielvertrags sinnvoll ist, wenn wir als Parlamentarier auf den Inhalt überhaupt keinen Einfluss nehmen können. Wir haben nur die Möglichkeit, hier heute Ja oder Nein dazu zu sagen.

Natürlich sind die Expertenmeinungen für uns wichtig, weil das Glücksspielrecht in den nächsten Jahren weiterentwickelt werden muss. Dann werden wir die Erkenntnisse, die wir in diesen Anhörungen gewonnen haben, natürlich nutzen, um das Glücksspielrecht entsprechend weiterzuentwickeln. Wir werden dann nicht nur die Befürworter des Onlineglücksspiels, sondern auch seine Kritiker anhören

(Jan Marcus Rossa)

und entsprechende Schutzvorkehrungen, die wir heute schon eingebaut haben, verbessern.

(Beifall FDP, CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sollten uns vor dem Hintergrund der kleinen Einflussmöglichkeiten, die wir als Parlamentarier vordergründig haben, nicht unbedingt kleiner machen, als wir tatsächlich sind. Wir haben hier im schleswig-holsteinischen Parlament bewiesen, dass wir auf den Inhalt von Staatsverträgen Einfluss nehmen können. Wir haben uns im Herbst 2017 mit dem Glücksspielstaatsvertrag beschäftigt; das war, bevor ich Mitglied dieses Landtags wurde. Damals ist durch dieses Parlament ein Beschluss mit klaren Vorstellungen gefasst worden, was in einem Glücksspielstaatsvertrag geregelt sein sollte.

Wir erinnern uns alle daran: 2018 und 2019 sah es nicht so aus, dass ein Verhandlungsergebnis herauskommt, das von uns hätte mitgetragen werden können. Es ist uns erst in den letzten Monaten vor Abschluss des Vertrages, auch dank der Verhandlungshärte unserer Landesregierung mit Unterstützung von Dirk Schrödter, gelungen, hier eine Wende herbeizuführen, die es uns ermöglicht hat, dieses Ergebnis zu akzeptieren und ihm zuzustimmen. Dazu war dann ein weiterer Beschluss im Februar 2020 notwendig. Ich erinnere mich noch an die aufgeregte Diskussion, dass wir alle parlamentarischen Gepflogenheiten fahren lassen würden. Nein, das war Ausdruck unserer Einflussnahme auf den Inhalt des Glücksspielstaatsvertrags. Das ist gut so.

Deswegen gilt heute: Bringen wir diesen Glücksspielstaatsvertrag mit einer großen Mehrheit auf den Weg. Dass die SPD die Augen vor der Realität verschließt und auf einsamem Posten steht, ist bedauerlich, lässt sich aber nicht ändern. Das lässt sich nicht ändern, Herr Dr. Stegner.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Das Positive ist: Ihre Verweigerungshaltung behindert vernünftige politische Entscheidungen eben nicht. Wo sind Ihre Vorschläge? Das frage ich Sie noch einmal: Wie kann Glücksspiel reguliert werden, damit all das realisiert wird, was Sie fordern und was Sie kritisieren? Von Ihnen gibt es keinerlei Lösungen. Kritik ist keine Leistung und hilft nicht weiter bei der Lösungssuche. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und Beifall Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jedes Spiel braucht Regeln. Darum geht es hier im vorliegenden Staatsvertrag. Der Staatsvertrag sieht eine Einigung aller Bundesländer auf Basis der Vorschläge aus Schleswig-Holstein vor. Damit möchte man dem Glücksspiel ein neues, bundesweites Rahmenkonzept geben. Das ist aus unserer Sicht ein begrüßenswerter Schritt. Alleingänge der Länder sind somit glücklicherweise nicht mehr notwendig. Schlupflöcher sind ausgeschlossen. Deutschland beschreitet daher einen gemeinsamen Weg in puncto Glücksspiel, und das auch noch auf Basis der Regeln, die bereits in Dänemark gelten. Wir freuen uns darüber sehr, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW und vereinzelt CDU)

Wohin soll dieser Weg also führen? Es geht weder darum, das Glücksspiel zu verbieten, noch geht es darum, das Glücksspiel zu bewerben oder zu forcieren. Vielmehr geht es um einen geregelten Umgang mit den Spielen; insbesondere liegt hier der Schwerpunkt auf der Prävention.

Wir alle hier im Raum wissen, dass Glücksspiel süchtig machen kann. Es ist eine Sucht, die krank macht und außerdem ganze Familien in den finanziellen und emotionalen Ruin treiben kann. Es braucht also eine nachhaltige Prävention, aber eben auch ein klar begrenztes Spielen. Genau das findet sich im Staatsvertrag wieder.

Dabei gilt es, für sämtliche Arten des Glücksspiels vergleichbare, strenge Regeln walten zu lassen. Die Regeln gelten dabei für sämtliche Modelle des Glücksspiels, wie etwa in Spielhallen, in Spielbanken, bei Onlinecasino-, -poker- und -automatenspielen, bei Pferdewetten und bei anderen Sportwetten.

Für all diese Bereiche wurden entsprechende Rahmenbedingungen festgelegt. Ich will nur einige Beispiele nennen, damit man einmal ein Gefühl dafür bekommt, was die Rahmenbedingungen eines künftigen Staatsvertrags beinhalten.

Zu den Regeln für Onlineangebote zählen beispielsweise ein monatliches Limit von 1.000 € derzeit gibt es kein Limit. Es gilt auch ein ausgedehntes Werbeverbot im Rundfunk zwischen 6 und 21 Uhr. Für ein weiteres sehr wichtiges Instrument halte ich die Früherkennung von glücksspielsuchtgefährde-

(Lars Harms)

ten Spielern. Die Unternehmen sollen hierfür ein auf eigene Kosten erarbeitetes Frühwarnsystem einführen, das auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruht. Eine solche Maßnahme könnte meiner Ansicht nach den Aspekt der Prävention ein ganzes Stück nach vorn bringen.

Darüber hinaus wird der Betrieb von Spielhallen mit hohen Auflagen erschwert. Eine neu etablierte zentrale Glücksspielbehörde mit Sitz in Sachsen-Anhalt soll für mehr Kontrolle des Geschehens sorgen. Meine Damen und Herren, sie soll eigentlich nicht nur für mehr Kontrolle sorgen, sondern überhaupt für Kontrolle, denn derzeit findet diese außer in Schleswig-Holstein nicht statt.

(Beifall SSW, vereinzelt CDU und Beifall Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine Damen und Herren, ich glaube, Sie können sehen, dass wir in allen Bereichen des Glücksspielwesens durch diesen Staatsvertrag präventive Maßnahmen etablieren.

Ein weiterer Baustein der Prävention kommt in den vorliegenden Unterlagen nicht zur Geltung, da er vielleicht auch nicht in einen Staatsvertrag gehört, sondern einen anderen Platz hat. Ich denke dabei an die Aufklärung der jungen Generation über Glücksspiel und Spielsucht.

Ich weiß, dass an vielen Schulen in unserem Land über dieses und ähnliche Themen gesprochen wird. Natürlich weiß ich auch, dass ein solches Thema im Unterricht derzeit wohl kaum einen Platz finden wird. Die Bildungseinrichtungen im Land sind aufgrund der derzeitigen Situation im Ausnahmezustand. Das ist auch gut nachvollziehbar. Wichtig ist mir zu betonen, dass diese Ebene der Prävention auch mitgedacht wird. Sobald die Schulen bei uns im Land wieder in einen gefestigten und unaufgeregten Alltag zurückgefunden haben, wäre es natürlich eine schöne Sache, sich diesem Thema wieder ganz konkret im Unterricht widmen zu können. Hier ist die Landesstelle für Suchtfragen ja auch aktiv und ein geeigneter Ansprechpartner. Deren Maßnahmen wiederum werden auch durch die Abgaben finanziert, die wir durch das Glücksspiel generieren.

(Beifall SSW, vereinzelt CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, insgesamt kann man also durchaus feststellen, dass der vorliegende Staatsvertrag nicht nur im Bereich der einzelnen Sachgebiete umfassend ist, sondern ebenso in puncto Spielerschutz. Für uns als SSW kann ich sagen, dass das

ein durchaus ausgeglichener Weg ist, der auch zukunftsfähig ist.

Wie ich bereits am Anfang sagte: Jedes Spiel braucht Regeln. Bisher gab es diese außerhalb von Schleswig-Holstein nicht. Illegales Glücksspiel muss aber eingedämmt werden, meine Damen und Herren, und am Ende steht: Illegales Glücksspiel wird eingedämmt. Der Spielerschutz wird gestärkt. Die Betreiber zahlen künftig Abgaben, und diese Abgaben fließen künftig in Suchtprävention, in soziale Projekte und werden für kulturelle Aufgaben genutzt. Wir werden deshalb dem Staatsvertrag zustimmen.

Auch ich möchte mich ganz herzlich für die gute Zusammenarbeit sowohl bei der Jamaika-Koalition als auch bei der Landesregierung, insbesondere bei Dirk Schrödter, bedanken. Es hat sehr viel Spaß gemacht. Ich finde, es war auch ganz wichtig, dass wir hier einen großen Einfluss auf die Bundesebene ausgeübt haben. Jetzt kriegen wir ein gutes Glücksspielgesetz, und das ist wirklich aller Ehren wert. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, CDU, FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Bernd Heinemann.

Bernd Heinemann [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Für Sie Jamaikaner ist heute sicherlich ein Glückstag. Aber Glücksspiel - das hat der Kollege Dolgner schon deutlich gemacht - ist eher die Verliererstraße für die, die sich darauf einlassen oder davon nicht mehr wegkommen. Herr Arp, ich hätte mir sehr gewünscht, dass statt Glücksspielgesprächen auf Sylt oder am Tegernsee Gespräche mit Suchtkranken in der Landesstelle für Suchtfragen stattgefunden hätten. Da hätte sich die CDU mal sehen lassen sollen, um einmal das Ausmaß dessen zu betrachten, was Sie hier heute beschließen.

(Beifall SPD und Dr. Frank Brodehl [fraktionslos])

Da spreche ich auch den Kollegen Lasse Petersdotter an. Sie haben sich in Ihrem Vortrag hier ganz klar für mehr Spielerschutz ausgesprochen. Sie haben sich das gewünscht und bedauern, dass in den einzelnen Ländern zu wenig für Suchtprävention getan wird und dass die Zentrale für Glücksspiel-sucht jetzt ausgerechnet nach Sachsen-Anhalt abge-

(Bernd Heinemann)

wandert ist. Ich denke mal, die einzelnen Länder sind in der Verantwortung. Wir müssen selber in unserem Land dafür sorgen, dass das Glücksspielrisiko im Rahmen bleibt. Da wünsche ich mir auch von den Grünen für das nächste Jahr entsprechende Haushaltsanträge; denn wenn dieser Vertrag im Sommer seine Wirkung entfaltet, wird es sicherlich höchste Zeit sein, dass wir auch Haushaltsmittel für die Landesstelle für Suchtfragen oder die Glücksspielfachstelle bereitstellen. Ich bin sehr gespannt auf Ihre Haushaltsanträge dazu.

Noch eines: Herr Rossa, Sie haben mit den Suchthilfeeinrichtungen gesprochen. Sie haben die Möglichkeit, das Ergebnis dieser Gespräche in Ihren Haushaltsanträgen für das nächste Jahr deutlich zu machen. Ich bin sehr gespannt darauf, Herr Rossa, was Sie da auf den Tisch legen.

Herr Kollege Lars Harms, leider wird die LSSH nicht vorrangig aus Glücksspielmitteln finanziert. Das meiste an Präventionsmitteln geht an den Sport, was ja auch gut ist. Aber ich würde mir wünschen, dass die Glücksspieler, deren Risiken und deren Lebenssituation etwas stärker in den Fokus gerückt würden; denn nach diesem Staatsvertrag, dem wir nicht zustimmen, ist für Präventionsmaßnahmen noch viel Luft nach oben. Da warte ich auf Ihre Vorschläge. Ich bin mir sicher, es gibt in Schleswig-Holstein genug Möglichkeiten für uns alle, um das Glücksspiel im Rahmen zu halten. Dass wir diese nutzen, wünsche ich mir sehr. Ich hoffe, wir kriegen das bei den Haushaltsberatungen gemeinsam hin. - Ich danke für Ihr Interesse.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Kai Dolgner.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Rossa, inzwischen kenne ich ja Ihre Fragestrategien. Ich habe mich vorbereitet; denn ich habe mich gefragt, was diese Frage soll. Sie haben sie nämlich nicht etwa den Suchthilfeverbänden gestellt, sondern Sie haben sie in der Anhörung gestellt, als die Onlineglücksspielwirtschaft quasi vernichtend über jedes Instrument hergezogen ist, das noch ein bisschen für Regulierung sorgt.

(Zuruf Jan Marcus Rossa [FDP])

- Das ist Quatsch? Wiederholen Sie es gerne. Ich lese Ihnen einmal vor, was die Deutsche Hauptstelle

für Suchtfragen e. V. - das war die Dame in dem Video - in der schriftlichen Stellungnahme - es ist ein Gesamtanhörungsvorgang - dazu geschrieben hat:

„Fazit: Wir bitten Sie dringlich, den vorliegenden Staatsvertrag 2021 nicht zu ratifizieren, den bisher gültigen 3. Staatsvertrag zu verlängern, die gemeinsame Glücksspielbehörde aufzubauen und parallel einen aus der Perspektive des Spielerschutzes verbesserten GlüNeuRStV in Zusammenarbeit mit Fachleuten und Betroffenen zu entwickeln.“

(Beifall SPD)

Auch wenn es Ihnen ins rhetorische Konzept gepasst hat: Es geht hier nicht um Argumente pro oder kontra Onlineglücksspiel. Es geht auch nicht darum, wie man Süchte am besten kontrolliert und was im Hinblick auf Legalisieren, Regulieren, aber auch Repression die richtige Mischung ist. Da ist nicht für jede Sucht die gleiche Antwort richtig. Die Debatte wird hier teilweise wirklich sehr simpel geführt. Vielmehr geht es um unsere Zustimmung zu diesem Staatsvertrag. Besser als die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen konnte ich das gar nicht ausdrücken.

Das hat übrigens auch Herr Heinemann eben zum Ausdruck zu bringen versucht. Wir haben hier nämlich ein Problem. Man kann übrigens nicht sagen: Sie haben keine Lösung, deshalb muss unsere Lösung richtig sein. - Man kann auch nicht sagen: Da du nicht weißt, was zu tun ist, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, darf ich ihn zubetonieren. - Das ist die Logik solcher Aussagen nach dem Motto: Sie müssen eine Gegenlösung machen. - Wir gucken uns hier diese Lösung an, und diese Lösung ist schlicht und ergreifend keine.

Die Debatte wird übrigens heute nicht beendet sein, Herr Arp, auch wenn Sie uns zur nächsten Wahlperiode leider verlassen. Darüber habe ich mit den Anzuhörenden intensiv debattiert. Es war vollkommen klar: Sie wollen die letzten Punkte rausschubsen, die überhaupt für ein bisschen Regulierung sorgen. Das heißt, der Deal klappt nicht, sondern das war eine Kampfansage, übrigens auch eine juristische Kampfansage. Gucken Sie einmal in die Anhörungsunterlagen hinein.

(Beifall SPD)

Es ist vollkommen klar, die Anbieter haben gar kein Interesse daran, den Markt zu begrenzen. Sie haben natürlich das goldene Argument: Der Schwarzmarkt ist immer besser. Auf dem Schwarzmarkt werden keine Steuern bezahlt. In Bezug auf den

(Dr. Kai Dolgner)

Schwarzmarkt lässt sich immer wenig regulieren. Das steht im Gegensatz zu einer regulierten Cannabisabgabe. An der Stelle besteht ein großer Gegensatz. Eine regulierte Cannabisabgabe würde den Marktpreis sogar noch verringern, und sich pleite zu kiffen, wird auch Ihnen nicht gelingen, Herr Kollege Petersdotter. Das sind also ganz andere Dinge. Das Gefährliche dabei ist übrigens der Tabak. Das wissen alle, die ein bisschen Ahnung davon haben.

Es ist wirklich nicht alles, was hinkt, ein Vergleich. Aber wir sollten wenigstens so ehrlich sein zuzugeben, dass dieser Staatsvertrag in der Anhörung nicht bejubelt worden ist. Das können Sie natürlich jetzt umdeuten, dass er damit ganz okay ist. Aber die einzigen Instrumente, die etwas für die Prävention bringen würden - das war mein Punkt hier -, werden angegriffen und juristisch infrage gestellt.

Wenn Sie uns daran beteiligen wollen, so hätte ich ganz andere Ideen. Zum Thema Geldwäschebekämpfung könnte man zum Beispiel sagen, alle Geldflüsse müssen durch eine öffentliche Aufsichtsbehörde.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum letzten Satz.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Hier ging es um die Ablehnung des Staatsvertrages.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Können Sie sich mal dafür entschuldigen!)

- Für was soll ich mich entschuldigen?

(Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ist okay!)

Das würde ich gerne mal wissen. - Hier ging es um die Ablehnung des Staatsvertrages und nicht um allgemeine Liberalisierungsdiskussionen.

(Heiterkeit)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter, kommen Sie jetzt bitte zum letzten Satz!

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Ich weiß nicht, warum Sie lachen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Sie sollen hier einem Staatsvertrag zustimmen oder ihn ablehnen. Deshalb muss es

um die Inhalte des Staatsvertrages gehen und nicht darum, was wir allgemeinpolitisch zu bestimmten Fragen denken, die in diesem Staatsvertrag gar nicht geregelt werden.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dennys Bornhöft.

Dennys Bornhöft [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dolgner, ich glaube, es ging eben darum, dass Sie einem Landtagskollegen vorgeworfen haben, wie er mit seinem Geld umgeht und ob er sich irgendetwas in den Kopf reindrückt. Ich sage es einmal so: Das kann man machen, muss man aber nicht unbedingt machen. Ich glaube, daraus entstand eben die Unruhe zum Ende Ihres letzten Statements.

Ich habe mich aber für den geschätzten Kollegen Heinemann von der SPD-Fraktion noch einmal zu Wort gemeldet. Ich kann die meisten Ihrer Argumente nachvollziehen, ich kann aber nicht nachvollziehen, welche Schlüsse Sie als SPD im Endeffekt daraus ziehen. An sich wissen wir alle, dass Illegalität und etwaige daraus sich ergebende soziale Stigmata kein Garant dafür sind, von etwas abzulassen, oder dafür, sich Hilfe zu holen, wenn man schon etwas Illegales tut. Damit müssen wir umgehen. Darüber debattieren wir seit Jahren. Spierschutz oder Schutz vor Sucht durch Verbote und Illegalität sind bisher immer gescheitert.

(Beifall FDP und Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Sei es beim Glücksspiel, sei es bei Cannabis, sei es bei Alkohol, wo es auch einmal eine Prohibition in anderen Ländern gab. Es ist im Endeffekt gescheitert, Herr Stegner. Zeitzeuge waren Sie wohl nicht, aber trotzdem haben Sie das wahrscheinlich mitbekommen.

Was nicht rechtlich geregelt ist, regelt sich selbst. Das sollte gerade bei der SPD eher zu Abwehrreaktionen führen. Das ist doch nicht in Ihrem Sinne.

Worüber sprechen wir heute? Wir sprechen darüber, dass wir die Möglichkeit haben, dass die Insellösung Schleswig-Holsteins, dass an sich nur in Schleswig-Holstein eine Kontrolle in Deutschland stattfindet, aufgehoben wird durch eine Situation, in der wir bundesweit eine Regelung haben und ganz

(Dennys Bornhöft)

Deutschland im Endeffekt von mehr Spielerschutz profitieren kann.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Schleswig-Holstein hat doch damit angefangen!)

- Dann frage ich Sie ganz direkt, Herr Dr. Stegner, wenn Sie sich direkt einbringen wollen: Wenn Sie diesem Staatsvertrag, der ein Kompromiss zwischen verschiedensten Landesregierungen - auch mit SPD-Beteiligung - ist, nicht zustimmen wollen, dann stimmen Sie für den Status quo. Dann sprechen Sie sich dafür aus, dass der Status quo, wie er derzeit in Deutschland besteht, besser ist. Das finde ich spannend, und ich finde es, ehrlich gesagt, schade für die Menschen in diesem Land.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf SPD: Ja, netter Versuch!)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Burkhard Peters.

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt einen schönen Spruch: Nichts ist stärker als eine Idee, deren Zeit gekommen ist. - Die Idee in diesem Zusammenhang ist, dass prohibitive Ansätze in Bezug auf suchtförderndes Verhalten im Grundsatz geschichtlich immer gescheitert sind.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Ich will noch einmal in Erinnerung bringen: Das bezieht sich auch auf Cannabis. Sie haben im März dieses Jahres auf Antrag der nordfriesischen Genossinnen und Genossen einen Landesparteitagsbeschluss beschlossen, der den bis dahin lange in Schleswig-Holstein verfolgten Irrweg, den auch die SPD immer unterstützt hat, im Bereich dieser Problematik beendet hat. Ich bin völlig davon überzeugt, dass auch Sie im Bereich des Glücksspiels irgendwann eines Besseren belehrt sein werden. - Danke schön.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW - Wortmeldung Dr. Kai Dolgner [SPD])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Jan Marcus Rossa.

Jan Marcus Rossa [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Da mich der Kollege Dolgner ja persönlich angesprochen hat, will ich ihm auch persönlich antworten. Herr Dolgner, ganz ehrlich: Es mag ja sein, dass das in den schriftlichen Stellungnahmen stand. Das habe ich auch gesehen. Ich habe aber bewusst in der mündlichen Anhörung in dieser Runde die Frage gestellt, ob irgendein Vertreter uns anrät, diesem Vertrag nicht zuzustimmen.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Im ersten Block, Herr Rossa!)

- Nein, nicht im ersten Block, im letzten Block. Sie mögen das jetzt so schnell nicht finden, das ist aber die Frage, die über allem stand. Es ist von niemandem in dieser mündlichen Anhörung auf die konkrete Frage, was wir tun sollen, daran festgehalten worden, am Ende diesem Vertrag nicht zuzustimmen. Es haben alle bedauert, dass wir nur Ja oder Nein sagen und nicht inhaltlich Einfluss nehmen können. Ja, das stimmt. Dass wir uns einen besseren Glücksspielstaatsvertrag hätten vorstellen können, habe ich auch sehr deutlich gesagt.

Ich werfe Ihnen aber vor, dass Sie sich dieser Diskussion nicht einmal gestellt haben. Wir haben ja eine fraktionsübergreifende, nicht auf die Koalition beschränkte Arbeitsgruppe gehabt, die dieses Thema aufgegriffen hat. Der SSW saß mit am Tisch. Sie hätten auch mit am Tisch sitzen und Ihre Position einbringen können.

(Zuruf: Das hätte es nur verlängert!)

Diesen Wunsch einmal zu äußern, wäre von uns allen aufgenommen worden. Wir beweisen doch gerade, dass wir bei wichtigen Fragen durchaus zusammenarbeiten können. Die Verfassungsänderung haben wir gemeinsam erarbeitet, die wahlrechtlichen Änderungen werden wir gemeinsam beschließen und in diesem Parlament behandeln. Es hat also überhaupt keine Notwendigkeit für diese Abgrenzung in einer so wichtigen Frage gegeben. Deswegen ist es eben nicht ausreichend, dass Sie sich hier hinstellen und sagen, Sie müssten sich hier nur mit der Frage beschäftigen, ob Sie diesem Glücksspielstaatsvertrag zustimmen oder ihn ablehnen. Sie hätten die Möglichkeit gehabt, sich vorher in der Diskussion einzubringen. Das wollten Sie aber nicht.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Aber das entscheiden immer noch wir, ne?)

(Jan Marcus Rossa)

- Natürlich dürfen Sie das entscheiden, aber dann müssen Sie sich auch vorwerfen lassen, dass Sie leider nicht konstruktiv gewesen sind.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Beate Raudies [SPD]: Wie beim Polizeigesetz! Das ist der gleiche Versuch, die gleiche Masche, aber Sie wissen nichts besser!)

- Das ist keine Masche, überhaupt nicht!

(Beate Raudies [SPD]: Natürlich ist das eine Masche!)

- Ist es denn auch eine Masche, wenn wir bei der Verfassungsänderung gemeinsam gearbeitet haben? Ist die Diskussion, die wir hier über den Richterswahlausschuss führen, eine Masche? Dass wir gemeinsam und fraktionsübergreifend hier eine Lösung erarbeiten, ist eine Masche?

(Jörg Nobis [AfD]: Die ganze SPD ist eine Masche, eine Laufmasche!)

Es tut mir leid, da fehlt mir wirklich jedes Verständnis.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sind derartig isoliert; Sie sollten aus Ihrer Ecke herauskommen. Das Angebot an die SPD besteht weiterhin: Bringen Sie sich ein, wir hören Ihnen zu und werden dies auch mit Ihnen diskutieren.

(Zurufe und Widerspruch SPD)

- Erkundigen Sie sich bei Ihrem ehemaligen Koalitionspartner, dem SSW. Da wird nicht über die Köpfe einer Fraktion oder einer Abgeordnetengruppe hinweg entschieden. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Hans-Jörn Arp.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dass gerade Sie, Herr Dr. Dolgner, es bedauern, dass ich aus dem Landtag ausscheide, höre ich zum ersten Mal. Ich weiß gar nicht, ob ich darauf stolz bin. Wir können das unter Kollegen gern noch einmal miteinander diskutieren.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Ich stehe Ihnen aber auch danach jederzeit mit Rat und Tat zur Seite.

Ich habe mich gemeldet, um zwei Dinge aufzuklären: Dieser Glücksspielstaatsvertrag schafft die Grundlage für einen Runden Tisch, an dem die Anbieter, die Suchtverbände, die Beteiligten, die Finanzämter sitzen. Das ist die Grundlage dieses Glücksspielstaatsvertrages. Ich bin in Magdeburg gewesen und habe mich mit den Vertretern dort unterhalten, wie es weitergeht. Genau da sagen Sie: Wir brauchen erst den Glücksspielstaatsvertrag, der bis zum 30. Juni 2021 von allen Bundesländern ratifiziert sein muss, und dann schaffen wir diesen Runden Tisch, an dem wir ein großes Interesse haben. Seien Sie sicher: Da sitzen nicht nur die Anbieter. Von den Suchtverbänden habe ich das Gleiche wie der Kollege Rossa gehört: eigentlich nicht jetzt, vielleicht in zwei Jahren. Der Zeitpunkt ist jetzt nicht gut. - Aber generell haben sie nichts dagegen. Auf die Frage, ob wir zustimmen sollen oder nicht, sagen Sie: Unter diesen Umständen müssen Sie zustimmen.

Die zweite Frage, die Sie angesprochen hatten, betraf die Frage des Standortes. Natürlich hätten wir diese Regulierungsbehörde gern hier in Schleswig-Holstein gehabt. Die Hessen und Bayern sagen jeweils das Gleiche für ihre Bundesländer. Warum kommt die Behörde nach Sachsen-Anhalt? - Nach schlechten Wahlergebnissen der demokratischen Parteien haben die sich hingestellt und gesagt: Die erste Bundesbehörde, die jetzt ins Leben gerufen wird, muss in die neuen Bundesländer.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es!)

Wenn Sie jetzt dagegen sind, dass die Glücksspielbehörde nach Sachsen-Anhalt kommt, dann sagen Sie es auch. Die kriegen dort mindestens 300 Arbeitsplätze inklusive Interessenvertreter. Das ist für sie ein Schub und eine Anerkennung, hier in Deutschland angekommen zu sein.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Das ist für die ein Schub und eine Anerkennung, hier in Deutschland angekommen zu sein. Das sollten Sie wenigstens wissen,

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf Jörg Nobis [AfD])

wenn Sie uns den Vorwurf machen, wir hätten uns nicht dafür eingesetzt, die Behörde hierher nach Schleswig-Holstein zu holen.

(Hans-Jörn Arp)

(Beifall Lars Harms [SSW])

In diesem Fall haben wir sie - schweren Herzens - dort hingehen lassen. Das wollte ich Ihnen nur sagen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Lars Harms [SSW])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! CDU, FDP, Grüne und SSW haben hier im Hause die Mehrheit, das zu beschließen, was sie richtig finden. Das können sie tun. Das ist ihr gutes Recht. Die SPD ist anderer Auffassung und stimmt da anders. Das ist unser gutes Recht. Wir haben dafür gute Gründe. Die mögen Sie nicht teilen.

Wer hier von der Vereinheitlichung der Verhältnisse in Deutschland spricht, die doch erstrebenswert sei, muss hinzufügen: Schleswig-Holstein hat einen Sonderweg beschritten, der die anderen Länder praktisch zu dem gezwungen hat, was sie machen. Das ist so. Das haben wir immer kritisiert, dabei bleiben wir auch.

Natürlich kann man sagen, die Prohibition sei gescheitert. Das ist wahr. Beim Thema Alkohol ist das richtig. Der Vergleich zu Cannabis ist vielleicht in Teilen auch richtig. Aber das Strafgesetzbuch ist voll von Dingen, die verboten sind und die man mit ähnlichen Argumenten legalisieren könnte. Ich habe nicht gehört, dass Sie das vorhaben, aber auch da gibt es andere.

Ich wehre mich dagegen, so zu tun, als sei die Position illegitim, die die SPD hier einnimmt. Das ist sie nicht. Ich weiß, da rufen Journalisten an, auch heute Morgen, ob sich nicht doch irgendein Sozialdemokrat finden lasse, der öffentlich eine andere Haltung einnehme als wir. Bei dem Thema geht es auch um viel Geld, ganz viel Geld.

Ich kann nur sagen: Wir sind bei unserer Position geblieben. Wir finden sie in der Sache weiterhin richtig, finden Ihre Argumente nicht überzeugend. Die Behauptung, Sie machen das nur, um Spielerschutz zu gewähren, ist, wie ich finde, mit Verlaub, ein Zitat, das sich gut für „extra 3“ oder die „heute-show“ eignet. Zu der Behauptung, dass das, was Schleswig-Holstein mache, den Spielerschutz so stark befördert hätte, sollte man einmal die fragen, die sich mit Spielerschutz auskennen. Der Kollege

Dolgener hat das gerade vorgelesen, Kollege Heinemann auch.

In aller Ruhe: Wir ertragen das, dass Sie mit Ihrer Mehrheit hier etwas anderes beschließen, aber verschonen Sie uns bitte mit überheblichen Angriffen darauf, dass Sie die Einzigen seien, die in der Moderne angekommen seien, weil Sie das legalisieren. Wir sind anderer Auffassung. Das will ich hier deutlich sagen.

Herr Kollege Rossa, um auch das noch zu sagen: Ich bin sehr wohl der Meinung, dass es in vielen Punkten außerordentlich wichtig ist, dass wir hier parteiübergreifend und koalitionsübergreifend zu Lösungen kommen. Das tun wir bei vielen Themen auch. Ich finde nicht, dass beim Thema Glücksspiel der Anfang, wie er in der Regierung Carstensen gewesen ist, in irgendeiner Form Anlass für uns geboten hat. Wir waren weder auf Sylt noch auf Malta noch sonst irgendwo dabei. Wir hatten auch keinerlei Sehnsucht in diese Richtung. Wir hatten wirklich keinerlei Grund, an dieser Stelle zu sagen: Jetzt wollen wir gern den Schleswig-Holsteinern helfen, ihren Sonderweg bundesweit zu einem Weg zu machen, den die anderen mitgehen.

Ich habe mit vielen Kollegen in anderen Ländern gesprochen, die gesagt haben: Uns bleibt jetzt mehr oder weniger gar nichts übrig, aber wir respektieren und akzeptieren die Haltung, die die Sozialdemokratie in diesem Hause eingenommen hat. - Dabei bleiben wir auch. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kollege Stegner, Sie haben einmal gefragt: Was haben Sie denn neben dem Spielerschutz noch alles vorgehabt? - In der Tat ist es so: Natürlich will der Staat auch Einnahmen generieren. Es gibt übrigens viele Parteien, die zu vielen Themen irgendwo Äußerungen von sich geben und sagen, da wolle man Einnahmen generieren. Das wollen wir auch. Aber wir wollen eben auch den Spielerschutz etablieren, der bisher keinen Bestand hat. Es gibt in weiten Teilen des Glücksspiels keinen Spielerschutz - außerhalb von Schleswig-Holstein, muss man immer sagen. Deswegen glaube ich schon: Natürlich soll man nicht hingehen und in irgendeiner Form sagen, man wolle keine Einnahmen haben.

(Lars Harms)

Das wäre Blödsinn, das wäre eine glatte Lüge. Natürlich wollen wir auch Einnahmen dazu haben. Das macht auch Sinn. Aber wir wollen eben auch den Spielerschutz haben, nicht nur formell, sondern auch durch diese Gelder, die wir einnehmen, die ja zweckgebunden sind, und durch die wir natürlich auch Projekte des Spielerschutzes fördern können, auch besser fördern können, als wir es in der Vergangenheit konnten.

Vor dem Hintergrund, dass die Einnahmen der Länder möglicherweise in den nächsten Jahren aufgrund der Coronapandemie und der Schuldenlast, die die Länder zu tragen haben, vielleicht geringer ausfallen werden, ist es gerade wichtig, in diesem Bereich rechtliche Regelungen zu schaffen.

Das Problem, Herr Kollege Stegner, ist doch nicht, dass wir Regeln haben wollen, sondern das Problem, das sich heute für uns alle stellt, ist: Wenn wir nicht dem Staatsvertrag zustimmen, was dann? Dann haben wir den rechtlichen Zustand, den wir bisher hatten, dass es keine Regelung gibt.

Was wir, zumindest wir als SSW, erwarten, ist, wenn Sie es kritisieren und wenn Sie nicht zustimmen, dass Sie uns wenigstens bitte schön sagen, wie Sie es denn machen wollen. Das ist das, was uns eigentlich interessiert: Welche Möglichkeiten sieht die Sozialdemokratie, um die Einnahmen zu verbessern, Glücksspiel zu legalisieren und Spielerschutz zu gewährleisten? Das wäre eigentlich das Wichtige. Diese Auskunft sind Sie leider schuldig geblieben. Das ist das Ärgerliche.

Deswegen auch die Einladung. Man hätte natürlich an unserer Runde teilnehmen können. Ich hätte es aber auch nicht erwartet. Das ist auch in Ordnung so. Man kann auch dagegen sein. Damit habe ich als Demokrat überhaupt keine Schwierigkeiten. Ich habe immer nur dann Schwierigkeiten, wenn es eine absolute Kontrahaltung gibt, ohne dass die Botschaft versandt wird: Wir würden es so und so machen.

Sie müssen auch keine Anträge stellen, wenn Sie uns einfach nur heute sagen, wie Sie meinen, dass man es hätte machen können. Dann wäre uns schon geholfen. Aber nur zu sagen: „Wir machen gar nichts und lassen die Spieler wieder alleine“, und das Ganze führt dann dazu, dass die Leute null Hilfestellung bekommen und null Möglichkeiten des Schutzes haben, das ist mir wirklich zu wenig.

(Beifall SSW, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Weitere Kurzbeiträge sehe ich nicht.

Dann hat jetzt der Abgeordnete Dr. Kai Dolgner das Wort für eine persönliche Erklärung.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe eben - ich weiß nicht mehr ganz genau, welche Worte ich gewählt habe - den Kollegen Lasse Petersdotter in Zusammenhang gebracht mit der Möglichkeit, ob man sich in die Pleite kiffen könne. Das war als Scherz gemeint, aber der Scherz ist offensichtlich an der Stelle viel zu übergriffig gewesen. Ich wollte weder Herrn Petersdotter noch irgendjemand anderem hier unterstellen, dass er irgendwie ein Problem mit Cannabis oder irgendetwas anderem hat.

(Zuruf)

- Das kann man glauben, Herr Richert, oder nicht, wenn man mich kennt.

(Zuruf: Das war er gar nicht!)

- Ach so, Entschuldigung, es kam nur aus Ihrer Richtung. Ich entschuldige mich dafür auch gleich mit.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Ich wollte damit nichts insinuiieren.

Was ich damit sagen wollte, war, dass man, wenn man Cannabis legalisieren und den Preis senken würde, nicht Gefahr läuft, dass sich jemand damit fiskalisch ruiniert. Das ist ein großer Unterschied zum Thema Glücksspielsucht. Das sollte die Ungleichheit von Süchten klarmachen. Ja, das war weder so gemeint, noch sollte es etwas unterstellen. - Ich hoffe, du nimmst meine Entschuldigung an.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Der Ausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/2593 anzunehmen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das

(Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber)

sehe ich nicht. Damit ist der Gesetzentwurf mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW, dem Zusammenschluss der AfD und der Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein gegen die Stimmen der SPD und des Abgeordneten Dr. Brodehl angenommen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 auf:

Perspektiven für die maritime Wirtschaft entwickeln, schnellere Vergabe von öffentlichen Aufträgen für den Schiffbau

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2848

Maritime Wirtschaft in der Krise stärken und weiter perspektivisch entwickeln

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2892

Wir das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache.

Das Wort hat für die SPD-Fraktion die Abgeordnete Serpil Midyatli.

Serpil Midyatli [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, Dienstag haben sehr viele in diesem Land durchatmen können. Denn das, was wir gehofft haben, wofür sich viele eingesetzt haben, ist öffentlich und offiziell geworden: Das milliarden schwere U-Boot-Projekt aus Norwegen kommt nach Kiel und wird hier gebaut.

(Beifall)

Den Zuschlag erhält thyssen/krupp Marine Systems. Es waren jahrelange, sehr schwierige Verhandlungen, die sich am Ende gelohnt haben. Allen, die sich daran beteiligt haben, gilt mein ausdrücklicher Dank.

(Beifall)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir wissen, dass die Verhandlungen auf allerhöchster Ebene erfolgt sind, von den beiden Staaten aus Berlin und Oslo heraus; wir hatten hier nicht so viel hineinzubroseln. Dennoch freuen wir uns.

Es gibt wahnsinnig viel Sicherheit über Jahre hinweg für die Beschäftigten, für den Kieler Standort,

aber auch - das vergessen wir oft - für viele Zulieferfirmen in Schleswig-Holstein.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie glauben, dass das unseren Antrag überflüssig macht, irren Sie. Ganz im Gegenteil, die Werften und der Industriestandort Schleswig-Holstein brauchen insgesamt eine Perspektive, eine klare Strategie und einen Plan für die Zukunft. Denn schon lange sind die Werftenstandorte in Schleswig-Holstein, aber auch in vielen anderen Bundesländern in schweres Fahrwasser geraten. Corona hat die Situation deutlich verschärft.

Was können wir, nein, verehrte Kolleginnen und Kollegen, was müssen wir tun? Wir fordern Sie auf, vor der Nationalen Maritimen Konferenz - Achtung, es gibt ein neues Datum, in unserem Antrag steht noch ein anderes Datum - am 10. und 11. Mai 2021 einen Werftengipfel in Schleswig-Holstein mit der Branche, mit den IHK, mit den Handwerkskammern, mit den Gewerkschaften und mit den Standortgemeinden auszurichten. Ach ja, da war doch noch etwas: ein Werftengipfel in Schleswig-Holstein!

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Daniel Günther, da stehen Sie tatsächlich noch im Wort. Denn den angekündigten Werftengipfel nach dem verpassten Auftrag hat es in Schleswig-Holstein immer noch nicht gegeben. Bevor es hier zu unqualifizierten Nachfragen kommt: Ich habe mein Wort gehalten und bin unverzüglich mit der IG Metall aus Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg nach Berlin gefahren und habe dort Gespräche mit dem Minister und Fachleuten geführt, und einen kleinen Teilerfolg gibt es ja auch danach: Danach ist der Unter- und Überwasserschiffbau zur Schlüsseltechnologie erklärt worden.

(Zuruf CDU: Ach, das waren Sie? - Unruhe)

- Dafür haben wir uns alle gemeinsam eingesetzt. Es gab auch einen gemeinsamen Antrag. Ich habe jetzt einmal den Buchholz gegeben; ich hoffe, das kommt hier an, bei Ihnen tut es das ja auch immer.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW] - Zurufe)

Marineaufträge dürfen nur noch innerhalb Deutschlands vergeben werden.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Lage ist sehr ernst. In den letzten Monaten haben wir auf der FSG in Flensburg 300, auf den German Naval Yards 134, bei Nobiskrug in Rendsburg 130 und bei der Gabler Maschinenbau 50 hochqualifizierte, gut bezahlte Arbeitsplätze verloren. Was wir jetzt brau-

(Serpil Midyatli)

chen, sind keine Ankündigungen mehr, sondern jetzt müssten Taten folgen.

Daher fordern wir, dass die Ausschreibungen - das ist von der Bundesverteidigungsministerin bereits lange angekündigt worden - endlich zügig vorgezogen und auf den Weg gebracht werden. Das ist unser gemeinsam erklärtes Ziel; da sind wir uns hier im Hause einig. Die Unsicherheiten für die Standorte, aber auch für die Arbeitsplätze müssen wir schnellstmöglich beheben. Daniel Günther, jetzt kommen alle auf Sie zu. Das bekräftigen Sie ja auch mit Ihrem eigenen Antrag. Wir wünschen uns, dass Sie das aufnehmen und sich für Schleswig-Holstein einsetzen.

(Beifall SPD)

Neben der Auftragslage brauchen wir aber eine Perspektive, einen Plan für die Zukunft. Oft haben wir hier im Plenum - auch auf unsere Initiative hin - über die schwierige Situation der Werften diskutiert. Schwierigkeiten bereitet den Werften oft die Finanzierung, vor allem die Vorfinanzierung im Schiffbau. Wir haben ein Bundesprogramm, das ist richtig und wichtig, aber es soll im Grunde genommen die coronabedingten Ausfälle ausgleichen. Wir brauchen weitere Perspektiven, und vor allem brauchen wir eine klare Aussage. Ich hoffe, Minister Buchholz kann das sagen. Von der 1 Milliarde € für die maritime Wirtschaft sind nach meinen Recherchen in Schleswig-Holstein bisher 0,0 ct angekommen. Herr Buchholz, übernehmen Sie! Mich haben Sie an Ihrer Seite.

(Beifall SPD und Denny Bornhöft [FDP])

Die Werftenbranche braucht aber auch einen Zukunftsplan. Wenn wir das Know-how, wenn wir die Beschäftigung, wenn wir die Standorte nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern in ganz Deutschland halten wollen, um weltweit konkurrenzfähig zu bleiben, müssen wir aufhören, uns untereinander Konkurrenz zu machen. Dafür wäre es sinnvoll, eine Gesamtstrategie für Deutschland auf den Weg zu bringen. Die Unternehmen sind bereit, die Gewerkschaften sind bereit. Wir befinden uns gerade in einem Wandel. Wenn wir wollen, dass Schlüsseltechnologien auch zukünftig in Deutschland produziert werden, dass das Know-how in diesem Land bleibt, brauchen wir eine Gesamtstrategie mit allen fünf Bundesländern. Es ist Zeit, dass wir dies anpacken, für die Zukunft, für unsere Werften, für die guten Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Hartmut Hamerich das Wort.

Hartmut Hamerich [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Midyatli, eine flammende Rede auch für den Standort Kiel - alles in Ordnung. Vielleicht hätten Sie Ihren Oberbürgermeister bei der Vergabe der Fähren einbinden sollen, die jetzt in Holland gebaut werden.

(Beifall Tobias von der Heide [CDU])

Dieser Antrag ist eine erneute Bekräftigung der Beschlüsse vom 18. Juni 2020 beziehungsweise 28. Oktober 2020. Die maritime Branche in Schleswig-Holstein ist und bleibt ein prägender Industriezweig. Unsere Landesregierung setzt sich intensiv und langfristig für eine bessere Stellung der maritimen Wirtschaft ein. Da vertraue ich ganz auf die Zusagen, die wir bekommen haben, auch was den Werftengipfel anbetrifft.

Die maritime Branche bilden jedoch nicht nur die so gern verschriene Rüstung oder die oft kritisierten, hochtechnologischen Kreuzfahrtschiffe, sondern auch hochspezialisierte Forschungsschiffe, Schiffe im Umweltschutz oder für die Arbeit im sensiblen Ökosystem der Ozeane.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt massive Konkurrenz aus dem asiatischen Großraum, und der Preis regelt die Verlagerung aus dem europäischen Markt heraus. So bleibt nur der Spezialschiffbau. Hier handelt es sich um eine forschungsstarke industrielle Branche mit vielen Arbeitsplätzen, auch in der Zulieferindustrie. Die Branche besteht nicht nur aus Großwerften, sondern auch aus vielen kleinen Betrieben. Großwerften sind jedoch der Taktgeber für die Zulieferbetriebe.

Die Betriebe zeigen in der Coronapandemie, wie die Industrie unter Auflagen funktionieren und neue Aufträge abschließen kann. Das Bekenntnis der Politik zur maritimen Branche ist wichtig und in Zeiten von Krisen notwendig, gerade wenn es um zukünftige Projekte geht.

Die öffentliche Hand kann viel zur Bewältigung beitragen, insbesondere durch Bürokratieabbau und gemeinschaftliche Beschaffung; wenn sich Kommunen wie Kiel, Lübeck et cetera zusammentun und gemeinsame Kleinserien ausschreiben, stößt dies auch bei den deutschen Werften auf Interesse. Das Papier des maritimen Unterstützungsbündnis-

(Hartmut Hamerich)

ses nennt hier viele richtige Aspekte. Ich bin froh, dass sich viele daran beteiligt haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Industrie wird mit vorgezogenen Aufträgen nicht gestützt, es ist ein zeitlicher Vorsprung, der nachher wieder fehlt. Wir brauchen für diese Branche, die auch noch unter den Folgen der Weltwirtschafts-, Finanz- und Bankenkrise 2007/2008 leidet, andere Perspektiven, zusätzliche Perspektiven.

Durch die Pandemie fehlen uns 80 % der Nachfrage für den europäischen Schiffbau. Wenn die Branche wieder so stark betroffen wird, dann folgt ein systemischer Schaden durch Know-how-Verlust.

Marineschiffbau-Fokussierung ist nicht die einzige Lösung für die gesamte Branche. Ziviler und Marineschiffbau folgen unterschiedlichen Marktlogiken. Daher braucht es hier kurzfristige Hilfe und langfristige Impulse; Aktionismus ist nicht ausschlaggebend und zielführend.

Auch wenn es für uns als Küstenregion nicht so relevant ist und es oft vergessen wird: Der Binnenmarkt, der Chancen für KMU bietet, ist gigantisch.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unsere Flotte ist überaltert und nutzt Technologien eines anderen Jahrhunderts. Hier wäre bei entsprechender politischer Fokussierung ein verlässlicher Markt für innovative Technologien. Doch wir sind ein Küstenland, und der Marineschiffbau ist wichtig, gerade als Schlüsseltechnologie; das haben wir eben schon gehört. Dies wurde mehr als deutlich.

Effiziente Marineschiffbauproduktion wird langfristig nur möglich sein, wenn eine substanzielle zivile Schiffbauindustrie für Infrastruktur und Wertschöpfungsketten sorgt. Durch die vorangegangene Reduktion der eigenen Flotte braucht es mehr denn je den Export, wenn die Werften überleben sollen, gern auch im Verbund.

Ich nenne hier das Beispiel, das wir erlebt haben, das auf die Schlüsseltechnologien zutrifft: die Vergabe der MKS 180 an die Niederlande - auch wenn Deutsche daran beteiligt sind. Sechs U-Boote für TKMS, vier für Norwegen, zwei für Deutschland, ein Volumen von circa 6,5 Milliarden € bis 7 Milliarden € „Made in Germany“ muss wieder ein Garant für eine geschätzte Technologie sein.

Exporthemmnisse bleiben dennoch ein internationaler Wettbewerbsnachteil. Neben dem Export braucht es aber auch einen Flottenaufwuchs, weil die Marine als kleinste Teilstreitkraft überdurchschnittlich viele Aufgaben im Ausland wahrnimmt.

Zwei neue U-Boote sind ein guter Schritt, dem aber noch viele andere folgen müssen.

Die Marine ist für die globale Sicherheit entscheidend und braucht eine hohe Einsatzbereitschaft, moderne Technologie und eine bedeutende Schlagkraft, wenn wir Menschenleben und weltweite Sicherheit erhalten wollen. Moderne Schiffe sichern das Leben unserer Soldaten genauso wie die Lebensretter, die sie beschützen.

Bei den Ausschreibungen müssen die wahren Kosten berücksichtigt und realistische Budgets ausgeschrieben werden, damit teure Angebote nicht verfallen, man nicht unrealistische Angebote annimmt und dann im Nachhinein gigantische Kostenzuwächse hat. Das kostet Geld bei den Werften und Zeit für dringend benötigte Schiffe. Höhere deutsche Angebote haben sich in der Vergangenheit nach Ablehnung meist als die besseren erwiesen.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

Hartmut Hamerich [CDU]:

Ich komme zum letzten Satz. - Die maritime Wirtschaft ist eine lebensfähige und starke Branche, die nur gute Rahmenbedingungen und einen fairen und chancengleichen Wettbewerb braucht. Stimmen Sie unserem Antrag zu, dann werden wir sicherlich auch unterstützend für unsere maritime Wirtschaft tätig sein können.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Joschka Knuth das Wort.

Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Egal, ob wir jetzt den einen oder anderen Antrag beschließen, ob wir uns darauf verständigen, dass es auch im Land eine Konferenz braucht, ich glaube, es gibt zwei ganz entscheidende Signale, die von dieser Debatte heute ausgehen müssen und werden.

Das eine ist das deutliche Signal in Richtung Bundesregierung, dass wir nicht nur die Ausweisung als Schlüsseltechnologie begrüßen, sondern auch für die Ausschreibungsperspektive deutlich bessere Bedingungen für unsere Werften hier im Land und die maritime Wirtschaft insgesamt brauchen.

(Joschka Knuth)

Das zweite Signal ist, dass wir uns als Schleswig-Holsteinischer Landtag deutlich zur maritimen Wirtschaft und zum Werftenstandort Schleswig-Holstein bekennen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Dieses Bekenntnis ist ein Bekenntnis zu einem superrelevanten Wirtschaftszweig in unserem Land. Das ist nicht nur ein Bekenntnis zur Wertschöpfung aus diesem Wirtschaftszweig, zur hohen Produktivität und zu den Betrieben, sondern das ist immer auch ein Bekenntnis zu den über 30.000 Beschäftigten in der maritimen Wirtschaft hier im Land. Das sind 30.000 Beschäftigte, die sich im Moment in Tarifverhandlungen befinden und die sich genau die gleichen Fragen stellen wie die Unternehmen und wie wir als Politik: Wie können wir eigentlich die Zukunftsfähigkeit unserer maritimen Wirtschaft hier im Land gewährleisten? Wie können wir nachhaltig eine gute Beschäftigungslage und eine gute Wirtschaftslage für diesen Wirtschaftszweig erreichen?

Da ist es in der Tat ein richtig, richtig gutes Signal und auch - so könnte man sagen - ein perfekt getimtes Signal, dass so kurz vor der Sitzung bekannt geworden ist, dass TKMS die U-Boote für Norwegen und Deutschland wird bauen können. Genau solche Aufträge braucht es in diesen schwierigen Zeiten.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Dennoch rettet ein Auftrag nicht die gesamte Situation und Branche, sondern wir brauchen nachhaltig und langfristig eine gute Auslastung der Werften hier im Land. Wir brauchen auch zukünftig und weiter fortschreitend Innovation, wir brauchen tatsächlich neue Technologien, wir brauchen gute Neugründungsintensität auch in dieser Branche, damit wir für die kommenden Jahre gerüstet sind. Dafür haben wir die besten Voraussetzungen. Die Arbeit, die in den Betrieben hier in Schleswig-Holstein geleistet wird, ist vorbildlich. Wir haben Technologien, beispielsweise am Standort der TKMS und bei German Naval Yards, um die uns andere Länder im Bereich des maritimen Unter- und Überwasserschiffbaus beneiden. Wir haben aber auch im Bereich der Antriebstechnologien Standorte, wo wir fortschrittlichste und effiziente Antriebe von Betrieben produzieren lassen können, die wir hier im Land ansässig haben.

(Beifall Jörg Hansen [FDP] und Kay Richert [FDP])

Genau das ist der Weg. Wir brauchen auch für die Zukunft eine Rolle unserer Branche, die vorbildlich ist. Wir müssen die Leader sein, wenn es um neue Anträge geht, um Technologien im Einsatz in der maritimen Wirtschaft.

Wir können das. Wir hinken - dazu gibt es ein paar Studien - bei der Neugründungsintensität in der Branche historisch immer ein bisschen hinterher. Ich würde mir auch wünschen, dass wir da besser werden. Aber wir arbeiten insgesamt ja auch daran, die Gründungsintensität hier im Land zu stärken.

(Beifall FDP)

Es gibt sehr gute Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit, die zeigen, dass wir in Schleswig-Holstein Spitzentechnologieansiedlungen erleben. Darauf können wir auch einmal stolz sein. Beispielsweise haben wir bei uns in der Schleiregion hier oben ein Erprobungsgebiet für den Einsatz von autonom fahrenden Fähren. Das ist genau der Weg, den wir gehen müssen. Ich würde mir sehr wünschen, dass die Technologien, die dort entwickelt werden, in Zukunft auch in Schleswig-Holstein zum Einsatz kommen.

(Vereinzelter Beifall FDP und Beifall Lukas Kilian [CDU])

Dazu gehört eben auch, dass die Ausschreibungen dazu passen.

Weil ich noch ein bisschen Zeit habe, noch ein paar Sätze zum Thema Ausschreibungen. Ich habe mich sehr über das gemeinsame Forderungsschreiben von Wirtschaft, Gewerkschaften und öffentlicher Hand gefreut, das uns hier als Landespolitiker vom UV Kiel erreicht hat. Darin werden unter anderem bürokratiearme Ausschreibungsverfahren gefordert. Dem kann ich sehr zustimmen. Das begrüße auch ich.

Es wird aber auch gefordert, dass wir die Ausschreibungen in Zukunft so konstruieren, dass beispielsweise die Tarifgebundenheit und der Arbeitsschutz ein Faktor bei der Vergabe sind, weil das nachweislich dazu beiträgt, dass wir eine höhere Wertschöpfung in der Region halten und auch mehr Aufträge in die Region bekommen können. Ich möchte ausdrücklich noch einmal hervorheben, dass das ein relevanter Punkt ist, dass wir solche sogenannten vergabefremden Kriterien anwenden, um Wertschöpfung und Wirtschaftskraft hier in der Region zu halten.

(Beifall SPD)

(Joschka Knuth)

Insofern freue ich mich sehr, dass es dieses Schreiben gab. Ich freue mich auch sehr, dass dieses gemeinsame Signal hier von diesem Haus heute ausgehen wird, dass wir uns zum Standort der maritimen Wirtschaft in Schleswig-Holstein bekennen und dem Bund klarmachen, dass es bei dessen Ausschreibungen noch Nachbesserungen bedarf. - Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Kay Richert das Wort.

Kay Richert [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Schleswig-Holstein meerumschlungen“ heißt es schon in unserem Schleswig-Holstein-Lied. Ich finde, das beschreibt uns ziemlich gut. Das ist unsere Tradition, unsere Sprache und unser Denken. Denn bei uns ist alles eng mit Seefahrt und Meer verbunden.

Das ist für uns nicht nur Folklore - das klang schon in den Beiträgen meiner Vorrednerinnen und Vorredner an. 1.800 Betriebe an der Küste und im Binnenland, Industrie und Mittelstand, aus den Bereichen Schiffbau, Marinetechnik, Bootsbau, Häfen, Offshore-Technologie, Aquakultur, Seeschifffahrt und Schifffahrt, Kreuzfahrt, Inseltourismus, Meerestechnik - alles inklusive der zugehörigen Zulieferer -, dazu Ausbildung und Forschung, das alles ist über unser gesamtes Land verteilt. 30.000 Mitarbeitende - haben wir gerade eben vom Kollegen Knuth schon gehört -, inklusive Zulieferer sogar 45.000 Menschen arbeiten hier und erwirtschaften 9 Milliarden € Umsatz im Jahr. Das ist schon eine gigantische Summe.

Ich selbst habe vor dem Studium auch mehrere Jahre bei einem Schiffsausrüster Motorenteile geschleppt. Ich weiß, wie geschnittener Stahl und Tectyl riechen. Ich finde, dass wir zu Recht stolz auf unsere maritime Wirtschaft in Industrie und Mittelstand sein können.

(Beifall FDP und Lukas Kilian [CDU])

Wir sind nicht nur stolz, wir unterstützen die wirtschaftenden Menschen auch an vielen Stellen; wir tun etwas dafür. Zum Beispiel - Kollegin Midyatli hat es angesprochen - ist die Vorfinanzierung von Schiffen natürlich ein Problem. Es ist ein richtig teures Produkt, das bei Abnahme bezahlt wird.

Durch Landesgarantien helfen wir dabei, diese Vorfinanzierung zu ermöglichen.

Es gibt aber auch Verbesserungsbedarf. Was immer wieder auffällt, sind die Vergaben. Die Vergabeverfahren für Neubau und Modernisierung, Instandsetzung und Dienstleistungen sind zu bürokratisch und damit zu langwierig. Sie bringen auch nicht immer das gewünschte Ergebnis. Eine Zusammenfassung von Flotten der öffentlichen Hand in einem Betrieb könnte eine pragmatische Lösung sein. Dieser Betrieb hätte dann die Fachkompetenz, Leistungskriterien passgenau zu formulieren und Investitionsfolgekosten abzuschätzen. Das wäre eine wesentliche Voraussetzung für passende Ausschreibungen.

Die Stadt Hamburg hat mit der Flotte Hamburg GmbH so einen Betrieb. Auch die Marine hat so etwas - wir sehen es hier am gegenüberliegenden Ufer -, das sind nämlich die Marinearsenale in Kiel und Wilhelmshaven. Das sind Spezialbetriebe für genau diesen Fall. Ich bin überzeugt davon, dass wir die vielen Vorteile eines konzertierten Flottenbetriebs beleuchten sollten. Damit verbunden wäre eine Rückkehr zum Prinzip der Wirtschaftlichkeit in der Beschaffung. Natürlich können andere Kriterien als der Beschaffungspreis den Ausschlag geben, aber dafür muss man diese Kriterien auch formulieren können.

Es gibt in der Gesamtdiskussion weitere Punkte. Dabei geht es vor allen Dingen um verlässliche Rahmenbedingungen. Wartungsroutinen und Abnahmezusagen müssen eingehalten werden. Versprochene Aufträge müssen erteilt werden. Rechnungen müssen pünktlich bezahlt werden, gerade von der öffentlichen Hand. Das ist leider nicht immer so.

Schlüsseltechnologien müssen auch in Deutschland bei unseren Werften bleiben. Wir müssen darauf aufpassen, dass es tatsächlich so passiert.

(Beifall FDP und Christian Dirschauer [SSW])

Unsere maritime Wirtschaft ist zu großen Teilen wehrtechnisch geprägt. TKMS und GNYK - German Naval Yards Kiel - haben vier Korvetten für die israelische Marine gebaut. Jetzt sind keine mehr da; sie sind, glaube ich, gerade alle abgeliefert worden oder in der Erprobung. In den letzten Tagen haben wir uns alle darüber gefreut - auch das klang hier schon an -, dass die TKMS den Auftrag für sechs hochmoderne neue U-Boote bekommen hat. Innovation und Qualität sind bei uns vorhanden und nachgefragt.

(Kay Richert)

(Vereinzelter Beifall FDP)

Was den wehrtechnischen Unternehmen bei uns in Deutschland fehlt, sind verlässliche Exportregelungen. Ob die restriktiv oder eher locker sind, ist zweitrangig. Wichtig wäre, dass überhaupt einmal Entscheidungen getroffen werden, und zwar in akzeptabler Zeit, und dass man sich auf den Bestand dieser Entscheidungen nachher auch verlassen kann.

(Beifall FDP und Werner Kalinka [CDU])

Schließlich sollten wir einmal einen selbstkritischen Blick auf uns selbst richten. Auch wir müssen natürlich verlässlich sein. Es geht nicht, dass wir einerseits die maritime Wirtschaft hier haben wollen und andererseits die Wehrtechnik in die Schmutzdecke rücken. In den sogenannten nachhaltigen Finanzanlagen etwa schließen wir sie aus - in einem Atemzug mit Verletzung von Arbeitsrechten, Kinderarbeit und Menschenhandel. Ich fordere auch von diesem Haus ein klares Bekenntnis zu unserer wehrtechnischen Industrie.

(Beifall FDP und Hartmut Hamerich [CDU])

Erlauben Sie mir bitte noch einen letzten Punkt: Dass wir hier über die Schleusentore für den Nord-Ostsee-Kanal reden müssen, ist grotesk. Die Beschaffung und Bevorratung von Ersatzteilen sollte eigentlich nichts sein, womit sich ein Parlament befassen muss. Es sollte selbstverständlich sein, dass die zuständige Verwaltung das in eigener Verantwortung tun kann. Im Fall der wichtigsten künstlichen Wasserstraße Europas scheint das aber nicht der Fall zu sein. Dabei muss man zur Ehrenrettung sagen: Jede Verwaltung kann nur mit den Dingen arbeiten, die zur Verfügung gestellt werden.

So bitten wir die Regierung, weiterhin bei der Bundesregierung darauf zu drängen, das Selbstverständliche zu tun und den NOK mit allen Schleusen einsatzbereit zu halten.

(Beifall FDP und SSW)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir alle haben bestimmte Bilder im Kopf, wenn wir von der maritimen Wirtschaft reden: blaues Wasser, schmutzige graue oder weiße Boote, Gischt auf der Haut und Geruch der See in der Nase. Wir reden immer über Gelder und Programme und so weiter, aber es geht schlussendlich um die Menschen. Es geht um die Menschen, aus denen diese maritime Wirtschaft besteht. Das sind Kaufleute, Ingenieure, Schlosser, Elektriker, Lackierer und so weiter.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum letzten Satz?

Kay Richert [FDP]:

Jawohl. - Es geht um ihre Familien. Was ich damit sagen will: Wirtschaftspolitik ist immer auch Sozialpolitik. Deshalb bekennen wir uns zur sozialen Marktwirtschaft und werden die maritime Wirtschaft weiter so unterstützen, dass sie in unserem Land gut und auskömmlich arbeiten kann. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Christian Dirschauer das Wort.

Christian Dirschauer [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der SPD-Fraktion erscheint angezeigt, zielführend und richtig, und der kurzfristig vorgelegte Antrag von Jamaika ist auch gut. Denn: Der marine Schiffbau ist eine wichtige Branche in unserem Land. Er sichert auf den Werften selbst und bei den Zulieferern viele Tausend qualifizierte Arbeitsplätze. Darum muss er optimal unterstützt werden.

Die Forschung und die Entwicklungstechnologie im marinen Schiffbau waren seit jeher ein Jobmotor im Land. Diese Potenziale, die wir quasi von hier aus auf der anderen Fördeseite in Kiel bestaunen können, gilt es zu bewahren und zukunftsfest zu machen. Wir wollen, dass Schiffe, die durch Steuergeld bezahlt werden, auch von Steuerzahlern gebaut werden. So einfach ist das. Auf diese Weise werden auch tarifliche Bezahlungen und nicht zuletzt soziale Absicherung gewährleistet. Gewerkschaften und Werften haben sich bereits seit Längerem zusammengeschlossen und werben für den heimischen Marineschiffbau.

Die Bundesregierung hatte eigentlich schon vor Jahren einen hoffnungsvollen Auftakt gemacht, als sie im Koalitionsvertrag ankündigte, die Definition der sogenannten nationalen Schlüsseltechnologien um den Bau von Überwasserschiffen der Marine zu erweitern. Es hat sich gezeigt, dass es richtig war, den Begriff Schlüsseltechnologie seit 2015 auf U-Boote anzuwenden.

Gerade jetzt steht Deutschland mit Norwegen vor dem großen gemeinsamen Projekt für den Bau von sechs U-Booten. Allein die Norweger investieren in

(Christian Dirschauer)

den Bau der U-Boote rund 5 Milliarden € Neben der Stärkung der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie macht allein das Volumen des U-Bootprojektes das Potenzial noch einmal deutlich - in Schleswig-Holstein, aber auch bundesweit. Dass es überhaupt so lange gedauert hat, bis Deutschland für sich erkannt hat, den Begriff der Schlüsseltechnologie anzuwenden, ist schon merkwürdig. Daran sieht man wieder, dass Berlin kein klassischer Werftenstandort ist.

Nun scheint der anstehende Bundestagswahlkampf die ganzen Prozesse ein Stück weit zu beschleunigen. Wir begrüßen daher die Nationale Maritime Konferenz Ende April 2021. Es hätte durchaus sein können, dass sie - eine Konferenz mit 800 Teilnehmern - in der pandemischen Lage ausgefallen wäre, sie findet jetzt aber digital statt. In diesem Zusammenhang unterstützen wir den im Antrag der SPD formulierten Ansatz, vorab einen Schiffbaugipfel mit den genannten Teilnehmern zu initiieren. Ein Treffen in der Größenordnung halte ich angesichts der Kürze der Zeit für ein durchaus ehrgeiziges Ziel, aber eben auch für ein sehr sinnvolles. Es ist insoweit unterstützenswert.

Warum machen wir die Beschaffungsverfahren überhaupt so kompliziert? Ob bei Hubschraubern, Maschinengewehren oder eben Schiffen, die Auftragsvergabe des Verteidigungsministeriums ist eine der Achillesfersen der deutschen Verteidigungspolitik. Sie ist kompliziert, langwierig, und nicht immer steht am Ende das beste Produkt. Diese Beschaffungspolitik ist letztlich das größte Problem. Erzielte sie nach den langen Verfahren zumindest gute Ergebnisse, wäre das zu verkraften, aber tatsächlich kommt durchaus der eine oder andere Murks dabei heraus. Darum sind nach meiner Einschätzung die Forderungen nach der Restrukturierung der entsprechenden Stellen mit einer der wichtigsten Punkte des Antrages. Ich hoffe, dass diese Forderungen, die wir ja nicht nur in Schleswig-Holstein aufstellen, nicht schon wieder im Sande verlaufen werden.

Mariner Schiffbau könnte zum Beispiel die Werft in Flensburg und damit gute Arbeitsplätze sichern. Darum ist sie für die gesamte Region von Interesse. Die Flensburger Werft will sich um den Neubauftrag für Tankschiffe der Bundesmarine bewerben. Die Werft hat gezeigt, dass sie gute Schiffe konstruieren und bauen kann. Tarnfarbe und Sicherheitstechnik für ein Tankschiff wird sie dann auch noch hinbekommen. Bereits im Oktober ging die entsprechende Anfrage aus Flensburg durch die Presse. Bislang habe ich jedoch noch nicht gehört, ob

Flensburg überhaupt die Chance bekommt, den Hut in den Ring zu werfen. - Vielen Dank.

(Beifall SSW und Kay Richert [FDP])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für den Zusammenschluss der AfD hat der Abgeordnete Jörg Nobis das Wort.

Jörg Nobis [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit den SPD-Anträgen ist es in diesen Tagen so wie mit den Einkaufserlebnissen im Lockdown. Im Schaufenster liegt die schönste Ware, aber der Laden ist geschlossen. Genauso verhält es sich mit dem hier vorliegenden SPD-Schaufensterantrag. Es ist nichts, worüber wir hier nicht schon mehrfach geredet hätten. Wieso wir heute einen erst vor wenigen Monaten in diesem Haus gefassten Beschluss noch einmal bekräftigen sollen, erschließt sich mir nicht, aber wir machen das natürlich gern, wenn es hilft. Der Beschluss war und ist richtig.

(Zuruf SPD: Ihre Hilfe brauchen wir nicht!)

Meine Damen und Herren, beim Schiffbau läuft es seit Jahrzehnten in Deutschland nicht rund. Sie kommen daher mit Ihrem Vorschlag für einen Schiffbaugipfel viele Jahre zu spät. Ein Impfgipfel sorgt nicht für schnelleres Impfen, und ein Schiffbaugipfel sorgt nicht für mehr Schiffbau. So viel sollte uns allen klar sein. In der Sache hat jedenfalls auch die Bundesregierung das Problem erkannt. Aggressiv auftretende Wettbewerber aus Asien bedrohen nicht nur den maritimen Standort Deutschland, sondern Europa insgesamt, schreibt das Wirtschaftsministerium in seinem jüngsten Bericht.

Meine Damen und Herren, die großen Fehler in der maritimen Wirtschaft wurden bereits vor 20 bis 30 Jahren gemacht und können heute nicht mehr geheilt werden. Die Devise kann folglich nur lauten: Retten, was noch zu retten ist. Deutschland hat seinen Fokus weitgehend auf den Bau von Kreuzfahrtschiffen, Spezialschiffen, Marineschiffen und Yachten gerichtet, doch auch in diesem Segment greift China mit der Strategie Made in China 2025 jetzt an und will etwa bereits 2023 ein erstes Kreuzfahrtschiff fertigstellen. Auch Corona ist zu einem großen Problem für die Meyer Werft in Papenburg geworden. Die Branche liegt am Boden. Derzeit, das ist völlig klar, möchte niemand ein neues Kreuzfahrtschiff haben, während die anderen im Hafen liegen.

(Jörg Nobis)

Meine Damen und Herren, wenn wir uns zukünftig der Konkurrenz aus Asien erwehren wollen, dann müssen wir deutlich mehr tun für den deutschen Schiffbau, als die SPD es in ihrem Antrag fordert. Die schnellere Vergabe von staatlichen Aufträgen kann nur ein erster Schritt sein. Das hilft maximal zur Überbrückung. Vor allem aber müssen Schiffe, die im Staatsauftrag gebaut werden, oder Behördenschiffe im Regelfall auch in Deutschland gebaut werden.

Das betrifft in besonderem Maße die Schlüsseltechnologie Marineschiffbau zum Schutz nationaler Interessen. Ja, liebe Grüne, nationale Interessen gibt es. Das passiert seit der verpatzten Vergabe des Auftrags über vier Fregatten im Volumen von immerhin 6 Milliarden €. Das war ein herber Schlag für Kiel, der jetzt zum Glück durch diesen Auftrag an TKMS kompensiert wird.

Um uns gegen niedrigere Lohnkosten und staatlich subventionierte Werften aus Fernost behaupten zu können - denn diese bekommen dort deutlich mehr Geld vom Staat -, müssen wir vor allem die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass die Vorteile des Standorts Deutschland dauerhaft erhalten bleiben. Dazu gehören vor allem hochqualifizierte Fachkräfte und viele spezialisierte Zulieferbetriebe im technischen sowie im handwerklichen Bereich, und das sind die Schlüsselfaktoren, um die wir uns kümmern müssen.

Nicht zuletzt gehören auch attraktive rechtliche und steuerliche Rahmenbedingungen zu den Faktoren, die darüber entscheiden, ob wir in Zukunft noch eine konkurrenzfähige maritime Wirtschaft haben werden oder eben nicht. Auch das EU-Wettbewerbsrecht und das EU-Vergaberecht gehören auf den Prüfstand. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall Volker Schnurrbusch [AfD])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrte Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Mir brannten noch ein paar Worte zur maritimen Wirtschaft auf der Zunge: Wir können die geschätzte deutsche Technologie nur fortführen, wenn wir tatsächlich auch anfangen, gute, geschätzte deutsche Forschung voranzutreiben. Wir haben eine hervorragende Hochschule am Ostufer, wir haben eine hervorragende Hochschule in Flens-

burg. Dort sind junge, kreative Ingenieurinnen und Ingenieure, die sich auf ihre Zukunft vorbereiten und in Deutschland Wassertechnologie studieren wollen. Wenn man den Master machen will, stellt man fest, dieses Fach wird nur in Süddeutschland angeboten. Das heißt, viele der klugen Köpfe, die wir brauchen, damit wir unsere maritime Wirtschaft auch weiter voranbringen können, suchen sich einen Master-Studienplatz im europäischen Ausland.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich glaube, das kann nicht unser Weg sein, wenn wir den Wirtschaftsstandort Deutschland, Schleswig-Holstein in Bezug auf die maritime Wirtschaft tatsächlich voranbringen wollen. Wenn wir das wollen, dann müssen wir auch dafür Sorge tragen, dass wir diesen jungen Menschen eine gute Perspektive schaffen, denn wir brauchen die qualifizierten jungen Menschen, damit wir diese guten Arbeitsplätze auch ausfüllen können und damit wir nach diesem milliardenschweren Auftrag auch für die Zukunft etwas aufbauen können.

Deshalb dürfen wir das nicht vergessen. Das war etwas zur Hochschulpolitik, aber es waren auch ein paar Worte dazu, wie wir Schleswig-Holstein entwickeln müssen, damit wir junge Ingenieurinnen und Ingenieure bei uns im Land behalten, denn wir brauchen sie. Wir müssen auch dafür Sorge tragen, dass unsere Hochschulen in Zukunft Geld haben, um zukunftsweisende Professuren ausschreiben zu können. Es kann nicht sein, dass die jungen Leute nach Kopenhagen gehen, um ihren Master in Wassertechnologie zu machen, weil es dieses Angebot hier nicht gibt. Wir brauchen sie.

(Thomas Hölck [SPD]: In Hamburg geht das auch!)

- Hamburg ist aber nicht so gut wie Kopenhagen.

(Beifall SSW und Kay Richert [FDP])

Das ist ein großartiger Tag für Schleswig-Holstein. Noch einmal: Beide Anträge sind gut. Der SSW wird beiden zustimmen. Hamburg muss noch ein bisschen von Kopenhagen lernen. Sorry, das ist einfach so.

(Beifall SSW und Dennys Bornhöft [FDP])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Serpil Midyatli.

Serpil Midyatli [SPD]:

Zu eurer Battle zwischen Hamburg und Kopenhagen sage ich einmal nichts. Ich glaube, da wollte

(Serpil Midyatli)

der SSW noch für den Bundestag kandidieren. Im Hamburger Rand wohnen auch ein paar Menschen, das nur zur Info.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich wollte für das Präsidium und die geschätzten anderen Kollegen den Hinweis geben: Sie haben es der Debatte ja schon entnommen, dass wir den Werftenstandort in Schleswig-Holstein alle insgesamt voranbringen wollen. Deshalb schlagen wir Ihnen vor, die Abstimmung zu vertagen, weil wir insgesamt zu einem guten gemeinsamen Ergebnis kommen wollen. Das werden wir sicherlich auch zügig hinbekommen.

Ein Satz vielleicht noch, denn dafür fehlte mir vorhin die Redezeit: Wir haben uns bewusst dazu entschieden, das Thema NOK nicht mit dem Werftantrag zu verbinden. Es geht zwar in beiden Fällen um Schiffe, aber in dem einen Fall geht es tatsächlich um Aufträge, Beschaffung und die Werftstandorte. Der andere Antrag hat eher ein verkehrspolitisches Thema. Aber auch da gibt es im Grunde genommen die gleichen Schwierigkeiten. Im Moment sind mit dem NOK und den Schleusen ja mehr Juristen als Techniker beschäftigt. Darauf wird aber Bernd Buchholz wahrscheinlich noch eingehen.

Wie gesagt, ich würde mich freuen, wenn wir die Abstimmung nach der Mittagspause gemeinsam durchführen könnten. - Vielen Dank, Frau Präsidentin!

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Wirtschaft, Arbeit, Technologie und Tourismus, Dr. Bernd Buchholz.

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Frau Kollegin, jetzt haben Sie den „Verkehr“ vergessen.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Entschuldigen Sie, Herr Minister. Es ist selbstverständlich der Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, Dr. Bernd Buchholz.

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Nicht, dass ich darauf Wert legen würde, aber den Verkehr zu vergessen, wäre bei diesem Ministerium wirklich nicht so schön.

Verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin hocherfreut darüber, dass wir an dieser Stelle so viel Einigkeit darüber haben, wie wichtig die Themen Werft, Schiffbau und maritime Industrie für das Land Schleswig-Holstein sind. Dies ist nicht nur für uns industriepolitisch der wichtigste Bereich. Es wurde vorhin zu Recht gesagt, dieser Bereich macht 10 % unseres Bruttoinlandsprodukts aus. Für 30.000 Menschen ist dies direkt und für viele Menschen darüber hinaus indirekt ein Bereich, der für sie Arbeit und Beschäftigung bedeutet. Umso wichtiger ist es an dieser Stelle, auch deutlich zu sagen, wie dramatisch die Lage tatsächlich ist.

Bei allem Positiven, das heute in der Debatte ist, und bei der Art, wie wir alle uns auch gegenseitig unterhaken und helfen wollen, ist doch einfach eines auch wichtig: Die einzige Stützung dieser ganzen Industrie findet derzeit durch Aufträge aus dem verteidigungspolitischen Bereich statt. Der Auftrag für TKMS ist ein wichtiger Auftrag; er stabilisiert TKMS, er stabilisiert den Industriestandort Schleswig-Holstein, er stabilisiert die Arbeitsplätze von 3.600 Beschäftigten. Die Auftragsbücher sind dadurch bis Mitte der 30er-Jahre gefüllt. Aber diese Stabilisierung kommt ausschließlich aus dem Bereich der Verteidigungspolitik - übrigens des Unterwasserschiffbaus, Herr Kollege Nobis, nur um Ihnen das zu erklären -, ersetzt aber keineswegs das Thema MKS 180, weil das den Überwasserschiffbau betrifft. Das ist leider etwas völlig anderes.

Meine Damen und Herren, deshalb ist eines in dieser Debatte der Ehrlichkeit halber wichtig. Das hat der Kollege Richert vorhin gesagt, das kann auch ich Ihnen nicht ersparen. Wer sich zum Werftstandort Schleswig-Holstein und zum Werftstandort Kiel bekennt, der muss sich auch zur Rüstungsindustrie und zur Verteidigungspolitik bekennen.

(Beifall FDP und CDU)

Es funktioniert nicht, auf der Veranstaltung der IG Metall zu applaudieren, wenn es darum geht zu sagen, das ist aber toll, dass wir so schöne Aufträge haben, anschließend aber auf einer anderen Demonstration zu sagen, dass man diese Igitigitt-Branche und Rüstungsexporte alle nicht will. In solche Industrien zu investieren, sei eigentlich auch

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

des Teufels Sache. Deshalb wolle man solche Investitionen auch als Land gar nicht machen. - Das passt nicht zusammen. Ich bitte deshalb schlicht und ergreifend, dass wir uns alle demnächst ernsthaft vornehmen, zu begreifen, dass das ein wichtiger Bereich ist. Dieser Bereich ist auch keineswegs igittigitt, um das noch einmal ganz deutlich zu sagen. Wir stützen hier mit einem Auftrag, den wir jetzt bekommen, die Marine von Norwegen und zwei Schiffe für die Bundesmarine.

(Serpil Midyatli [SPD]: Und für die NATO!)

- Ja, und für die NATO. Es gibt natürlich auch Aufträge - auch das muss man sagen - im Bereich der NATO, die durchaus nicht unumstritten sind, Frau Kollegin Midyatli.

Wenn ich sage, wir brauchen diese Aufträge auch, dann muss man auch ganz deutlich sagen, dass es beim Thema Ausfuhrgenehmigungen des Bundesaußenministers viele Dinge gibt, die abgearbeitet werden müssen, auch abgearbeitet werden müssen zur Stützung, damit diese Aufträge auch tatsächlich ausgeführt werden können, damit die entsprechenden Vorgänge ausgeführt werden können und die entsprechenden Zahlungen fließen können. Seien wir ehrlich; ansonsten wird das in diesem Bereich schwierig.

Um eines ganz deutlich zu sagen: An den Werften in Schleswig-Holstein haben seit dem Sommer des letzten Jahres 700 unmittelbar beschäftigte Menschen ihre Arbeitsplätze verloren. Um den Kuchen, der da jetzt gerade durch die öffentlichen Aufträge aus dem Bereich der Verteidigung gestützt wird, konkurrieren inzwischen eben nicht nur diejenigen, die bisher schon im Marineschiffbau unterwegs gewesen sind, sondern auch die anderen, die noch dazukommen. Die Flensburger möchten auch gerne bei den Tankern der Bundesmarine dabei sein. Auch die Meyer Werft wird sich demnächst um Aufträge im Marineschiffbau bewerben, natürlich, selbstverständlich. Ich sage leider, meine Damen und Herren: Der Kuchen ist zu klein, als dass davon alle satt werden. Das ist die bittere Realität, die an dieser Stelle aber auch ausgesprochen werden muss.

Ja, natürlich sind wir uns darüber einig, dass wir alles tun müssen, um die Vergaben zu vereinfachen, um die Aufträge der öffentlichen Hand vorzuziehen. All dieses muss passieren. Aber in Wahrheit ist die Nachfrage nach Schiffen im privaten Bereich so gut wie bei null. Das ist nicht nur ein Phänomen, das pandemiebedingt ist. Einige unserer Werften können auch deshalb nicht am Wirtschaftsstabilisie-

rungsfonds partizipieren, weil sie schon vor der Coronakrise als Unternehmen in Schwierigkeiten waren. Der Strukturwandel, der sich in diesem Bereich abspielt, ist nicht zu leugnen. Wir werden ihm nur begegnen können, wenn wir an einer wichtigen Stelle konsequent ansetzen. Das heißt Innovation, Innovation, Innovation, Forschung und Entwicklung in diesem Bereich.

(Beifall FDP)

Deshalb hat die Landesregierung bewusst die Innovationshilfen für die Werften deutlich erhöht. Nur dann, wenn wir mit neuen Antriebsarten, mit neuer Technologie, mit Automatisierung in diesem Bereich arbeiten, nur dann, wenn wir all diese Bereiche stärken, werden wir an dem zukünftigen Kuchen, der nach der Pandemie hoffentlich wiederkommt, teilhaben. Deshalb ist es so wichtig, dass wir in diesem Bereich auch den Technologietreiber im Auge behalten. Und dieser Treiber ist nun mal der verteidigungspolitische Bereich. Wir müssen auch diesen Technologietreiber unterstützen, weil er die Entwicklungen der Innovationen kreierte, die hinterher auch im privaten Schiffbau eine Rolle spielen.

Es gibt den Bedarf. Für unsere Werften in Schleswig-Holstein - das will ich an dieser Stelle auch noch deutlich machen; denn ich bin ja Optimist, der in allem immer das Positive in der Zukunft sieht - gibt es eine Chance. Wer sich die Weltmärkte anguckt, der weiß, dass die RoRo-Fähren und viele andere Fähren alle irgendwie ins Alter kommen. Das sind zum Teil noch mit Schweröl betriebene Schiffe, die irgendwann in den nächsten Jahren alle konsequent ersetzt werden müssen. Es gibt also Märkte für sie; im Spezialschiffmarkt gibt es diese Märkte. Diese Märkte anzureizen, ist sehr wichtig.

Eines lassen Sie mich aber auch noch sagen, meine Damen und Herren. Es bedarf an Aufträgen. Ich bin sehr dafür, dass wir uns auch auf den nationalen maritimen Gipfel gut vorbereiten, wo wir es mit dem maritimen Koordinator der Bundesregierung zu tun haben werden. Auch in diesem Landesparlament möchte ich sagen: Norbert Brackmann macht da einen herausragend positiven Job auch für die Schiffbauindustrie des Landes, auch für viele, die im Lande unterwegs sind. Dass sich jemand, der eigentlich im Haushaltsausschuss mit ganz anderen Dingen beschäftigt ist, so in die Belange auch der maritimen Wirtschaft des Landes hineinfuchst, ist bemerkenswert, und zwar bemerkenswert positiv.

(Beifall FDP und CDU)

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

Deshalb lassen Sie mich abschließend noch Folgendes sagen: Manchmal ist es besser, im Hintergrund und im Verborgenen die richtigen Dinge miteinander zu besprechen und gegebenenfalls auch Marktkonsolidierungen zu begleiten, als bei Gipfeltreffen zusammensitzen und öffentlich nur das auszutauschen, was sowieso alle voneinander denken. Deshalb bin ich ein Fan davon, dass wir dafür sorgen, dass unsere Werften tatsächlich das bekommen, was sie brauchen, nämlich Aufträge, Aufträge, Aufträge für die Zukunft. Wir müssen dazu beitragen, dass es zu einer Konsolidierung im Werftenmarkt kommt. Und wir müssen dazu beitragen, unseren Werften eine gute und positive Zukunftsperspektive zu geben. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Der Minister hat die verabredete Redezeit um knapp 3 Minuten überzogen. Ich sehe aber nicht, dass davon Gebrauch gemacht werden soll.

Ich stelle somit fest: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Die Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 17 wird nach der Mittagspause aufgerufen.

Der Tagesordnungspunkt 28 wurde vom Antragsteller zurückgezogen.

Der Tagesordnungspunkt 42 wurde nach Absprache der parlamentarischen Geschäftsführer auf den Nachmittag verschoben.

(Zuruf: Auf welchen Nachmittag?)

- Auf den heutigen Nachmittag, Herr Kollege.

Somit rufe ich jetzt den Tagesordnungspunkt 25 auf:

Landtag bekräftigt Nein zu Uploadfiltern

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2860

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Lukas Kilian.

Lukas Kilian [CDU]:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben im letzten Jahr eine

vielbeachtete Diskussion in diesem Hause geführt und waren das erste Landesparlament in Deutschland, das sich zur Urheberrechtsreform in der Europäischen Union deutlich positioniert hat. Wir haben hier einen einmütigen Beschluss gefasst und aus diesem Hause heraus sehr deutlich das Signal gesandt, dass wir automatische Uploadfilter, die Inhalte, die auf Plattformen im Internet zur Verfügung gestellt werden, automatisch auf potenzielle Urheberrechtsverletzungen filtern sollen, ablehnen.

Damit haben zwei Fraktionen in diesem Hause sich auch deutlich gegenüber ihren eigenen regierungstragenden Fraktionen positioniert, da ja sowohl CDU- als auch SPD-Vertreter in dieser Großen Koalition an der Zustimmung zur Richtlinie gearbeitet haben.

Frau Barley, damals noch Ministerin, gab bei der europäischen Verhandlung ihre Zustimmung zur Urheberrechtserklärung ab. Daran merkt man, wie interessant das Thema Protokollerklärung sein kann. Damals sind die Verhandlungen nicht gescheitert, obwohl die Bundesrepublik Deutschland eine Protokollerklärung zur Urheberrechtsreform abgegeben hat.

Ich erlaube mir, aus dieser Protokollerklärung zu zitieren. Sie ist seitenlang. Ich zitiere daher nur Nummer 8. Darin heißt es - Zitat -:

„Ziel muss es sein, das Instrument ‚Uploadfilter‘ weitgehend unnötig zu machen. Jeder dauerhafte ‚stay down‘-Mechanismus (‚Uploadfilter‘) muss dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit genügen. Es sind insbesondere verfahrensrechtliche Garantien denkbar, etwa wenn Nutzer beim Upload mitteilen, dass sie Inhalte Dritter erlaubterweise hochladen. Eine Löschung könnte in diesen Fällen also nicht automatisch, sondern erst nach einer von Menschen durchgeführten Überprüfung zulässig sein. Gleichzeitig sollte die Rechtsinhaberschaft an Inhalten, die entfernt werden sollen, hinreichend belegt werden, es sei denn, die Information stammt von einem ‚trusted flagger‘. In jedem Fall müssen die Plattformen einen niederschweligen Zugang zu einem Beschwerdemechanismus gewährleisten, der eine effektive und möglichst umgehende Klärung streitiger Fälle ermöglicht.“

Das klingt sehr kompliziert, heißt aber eigentlich sehr deutlich: Wir wollen nicht, dass ein automatischer Filter Lizenzverstöße herausfiltert. Im Zweifel wollen wir, dass über eine menschliche Kontrolle die Urheberrechtsverletzungen geprüft werden.

(Lukas Kilian)

(Vereinzelter Beifall FDP)

Der Entwurf deckt sich - das ganz nebenbei - mit unserer Position. Es geht keineswegs darum, dass wir Urheberrechtsverletzungen, die illegal sind, legalisieren wollen. Wir wollen, dass Kreative durchaus Nutzungsentgelte für ihre kreativen Angebote bekommen; denn man kann keinen intellektuellen Content mehr produzieren, wenn im Internet auf Youtube alles kostenlos zur Verfügung steht. Uns ging es immer darum, dass es keine Zensur geben darf, wenn etwas hochgeladen wird.

Die Bundesjustizministerin Christine Lambrecht hat nun einen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht, mit dem die EU-Richtlinie in deutsches Recht umgesetzt werden soll. Es geht um einen fairen Interessenausgleich, von dem Kreative, Rechteinhaber und Nutzer profitieren. Morgen wird darüber im Bundesrat beraten, da das Bundeskabinett diesem Entwurf zugestimmt hat. Jetzt stellt sich die Frage: Hat sich die Regierung an ihr Versprechen gehalten? Kommen Uploadfilter? Ja oder nein? Kreative würden vielleicht antworten: „Ja klar, äh nein, ich meine: Jein.“ - Im Endeffekt ist das nämlich nicht ganz klar.

Es bleibt festzuhalten, dass einige Regularien in diesem Urheberrechtsgesetz nicht ohne den Einsatz von automatischen Filtern umsetzbar sind. Deswegen sieht der Regierungsentwurf vor, dass es Kriterien für eine mutmaßlich erlaubte Nutzung geben soll; hier darf also nicht automatisch blockiert werden. Es geht um urheberrechtlich geschützte Filme und Videos. Diese dürfen bis zu einer Länge von 15 Sekunden genutzt werden. Ab 16 Sekunden soll die Plattform davon ausgehen, dass ein Rechteinhaber vorliegt und den Upload blockieren. Bei Tonaufnahmen gilt dies ab 15 Sekunden, bei Texten ab 160 Zeichen. Herr Dr. Stegner und ich wissen von Twitter: 160 Zeichen sind sogar noch weniger als die mögliche Länge eines Tweets. Grafiken und Fotos bis zu 125 KB können hochgeladen werden. Unterschreitet man diese Grenze oder hält man sie ein, dürfen die Plattformen von einer erlaubten Nutzung ausgehen, sonst nicht. Genau das ist unsere Kritik.

Deswegen erinnern wir mit dieser Debatte an unseren einmütigen Beschluss und bitten unsere Landesregierung, in den Verhandlungen im Bundesrat darauf hinzuweisen, dass das Problem der Urheberrechtskontrolle aktuell so bestehen bleibt, was wir nicht wollen. Es wäre schön, wenn sich die Bundesregierung an ihre Protokollnotiz erinnert und möglicherweise wieder den Weg dahin findet, eine Garantieverklärung der Nutzer aufzunehmen und aus-

reichen zu lassen. Denn wenn ich als Nutzer angebe, ein von mir hochgeladener Content verstoße nicht gegen geltendes Recht, dann hafte ich und nicht die Plattform. Es gäbe keine automatische Ausfilterung von Inhalten. Das wäre meines Erachtens ein deutlich sinnvollerer und interessensgerechterer Weg zur Lösung der Thematik. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Stefan Weber.

Stefan Weber [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute haben wir einmal wieder das Thema Uploadfilter auf der Tagesordnung. Die Antragsüberschrift lautet: „Landtag bekräftigt Nein zu Uploadfiltern“. Das wundert mich doch ein wenig; denn nach meiner Erinnerung haben wir - Herr Kilian hat es erwähnt - bereits in unserer 59. Sitzung am 15. Mai 2019 ausführlich über das Thema debattiert und waren uns nach ausgiebigen Diskussionen in den Fachausschüssen am 24. Januar 2020 mehrheitlich einig, Uploadfilter abzulehnen.

Dies nur als Hinweis und Ausdruck meiner Verwunderung darüber, warum heute noch einmal darüber debattiert werden soll. Eigentlich hätte ich jetzt auf meine Rede in der 59. Sitzung zu diesem Thema verweisen können und wäre dann fertig. Das wäre einfach; denn inhaltlich gibt es nichts Neues.

Artikel 17 der EU-Urheberrechtslinie sieht vor, dass Onlineplattformen wie zum Beispiel Youtube für alle hochgeladenen Inhalte urheberrechtlich verantwortlich sind. Die EU hat keine Verordnung beschlossen, sondern nur eine Richtlinie. Deshalb haben die EU-Staaten und damit auch Deutschland Spielräume bei der Umsetzung.

Ein zentraler Aspekt der Urheberrechtsreform ist die urheberrechtliche Verantwortlichkeit von Upload-Plattformen. Diensteanbieter, die Werke in großem Umfang speichern oder öffentlich zugänglich machen, müssen zukünftig geeignete Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass das Recht der Urheber nicht verletzt wird.

Deutschland hat dem Richtlinienvorschlag letztlich zugestimmt, in einer Protokollerklärung aber festgehalten, dass es bei der Umsetzung insbesondere

(Stefan Weber)

darum gehen müsse, die Rechte der Kreativen und der Nutzer zu wahren und nach Möglichkeit auf Uploadfilter zu verzichten.

Der Haftung können die Plattformen entgehen, wenn sie sich um Rechtklärung und Lizenzen urheberrechtlich geschützter Werke bemühen und Inhalte sperren oder entfernen, die eine nicht legale Nutzung beinhalten. Bislang waren die Plattformen nicht sofort für die Rechtsverletzungen durch Dritte verantwortlich, sondern erst, wenn sie auf entsprechende Inhalte hingewiesen wurden.

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung folgt dieser Maßgabe:

„Das Urheberrechts-Diensteanbieter-Gesetz (UrhDaG-E) nutzt die Gestaltungsspielräume des Artikels 17 DSM-RL, um die Rechte und Interessen aller Beteiligten - der Kreativen, der Unternehmen der Kulturwirtschaft, der Plattformen und ihrer Nutzer - bestmöglich zur Entfaltung zu bringen.“

So lautet die Aussage des im Bundeskabinett am 3. Februar 2021 vorgelegten und beschlossenen Entwurfs.

Auf § 10 Satz 1 Telemediengesetz können sich die Diensteanbieter nach § 1 Absatz 3 des Urheberrechts-Diensteanbieter-Gesetzes künftig nicht mehr berufen. Diensteanbieter waren nach § 10 Telemediengesetz nämlich vorher für fremde Informationen, die sie für einen Nutzer speichern, nicht verantwortlich.

Der Entwurf des Urheberrechts-Diensteanbieter-Gesetzes bestimmt, dass die Plattformen dafür verantwortlich sind, dass gesetzlich nicht erlaubte oder lizenzierte Inhalte nicht verfügbar sein dürfen.

Hier frage ich mich, wie das geschehen soll. Fraglich ist auch, ob es angesichts der von Urhebern, Rechteinhabern und -verwertern angeführten Aspekte möglich sein wird, für alle existierenden Inhalte derartige Lizenzvereinbarungen abzuschließen oder für alle weltweit verfügbaren Werke die Rechte zu klären. Manche Rechteinhaber haben vielleicht kein Interesse daran, Lizenzen zu verkaufen und verlangen stattdessen Sperrungen.

Einige Beobachterinnen und Beobachter, Kritikerinnen und Kritiker der Reform halten es für praktisch unumgänglich, dass sich die Plattformen der Uploadfilter bedienen, um in der Masse der hochgeladenen nutzergenerierten Inhalte entsprechende Inhalte automatisiert aufzuspüren. Noch unklar ist allerdings, für welche Plattformen neben Youtube das Gesetz überhaupt gelten soll.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass nur solche Upload-Plattformen in die Pflicht genommen werden, die mit Onlineanbietern wie Spotify oder Netflix konkurrieren. Doch schon bei Twitter und Facebook ist dies zweifelhaft. Solche sozialen Netzwerke dienen weniger dem Upload fremder Inhalte als der Präsentation des eigenen Lebens und der eigenen Meinung. Der Gesetzentwurf wird nun vom Bundestag beraten und muss - so die EU-Vorgabe - bis spätestens Juni 2021 beschlossen sein. Hier wird noch viel zu klären sein. Die Diskussionen laufen also.

Noch eine kurze Anmerkung zu unserem Abstimmungsverhalten: Wir können nicht ganz verstehen, warum wir dieses Thema noch einmal aufrufen müssen. Es gibt einen gültigen Beschluss dieses Landtags. Von daher werden wir uns bei der Abstimmung über Ihren Antrag enthalten. - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Joschka Knuth.

Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Tatsächlich stammt der angesprochene Antrag schon aus der Zeit vor meiner Zugehörigkeit zu diesem Haus, das heißt, aus dem Frühsommer 2019. Seitdem sind zwei ganz entscheidende Dinge passiert. Deshalb ist es wichtig, über unseren Antrag, der sehr deutlich ist und im Kern eigentlich zum Koalitionsvertrag der Bundesregierung passt, noch einmal zu diskutieren und ihn zu erneuern. Im Koalitionsvertrag des Bundes steht sehr deutlich, eine Verpflichtung von Plattformen zum Einsatz von Uploadfiltern wird abgelehnt.

Die beiden Dinge, die in der Praxis passiert sind, werden dem Koalitionsvertrag des Bundes nicht mehr gerecht. Zum einen hat es die Bundesregierung nach dem Sommer 2019 auf EU-Ebene mitgetragen, dass der Einsatz von Uploadfiltern tatsächlich EU-Recht wurde. Zum anderen hat die Bundesregierung einen Referentenentwurf für das Gesetz zur Umsetzung der entsprechenden EU-Rechtsetzung vorgelegt. Dieser Referentenentwurf sieht genau die Uploadfilterregelung vor, die eigentlich abgelehnt werden sollte. Deshalb ist es notwendig, dass wir uns damit noch einmal auseinandersetzen und ein klares Votum abgeben.

(Joschka Knuth)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Der Referentenentwurf der Bundesregierung sieht nicht nur diese eine kritische Regelung vor, sondern er enthält sogar zwei kritische inhaltliche Punkte. Da gibt es nämlich neben dem Uploadfilter noch die Snippet-Regelung. Die sogenannte Snippet-Regelung sieht vor oder - um die aktuelle Formulierung der Bundesregierung zu verwenden - forciert Konflikte zwischen Suchmaschinen und Verlegern. Denn die Snippet-Regelung würde so, wie sie im Moment ist, dazu führen, dass - Zitat - nur noch die Nutzung einzelner Worte oder sehr kurzer Auszüge, insbesondere Überschriften, möglich wäre. Die Formulierung „nur noch kurze Beiträge“ beziehungsweise „kurze Auszüge“ wäre, was die Legaldefinition angeht, maximal diffus. Dadurch würde der politische Auftrag, klar Recht zu setzen, an die Gerichte abgegeben, die am Ende zu entscheiden hätten, wie der Konflikt zwischen Suchmaschinenbetreibern und Verlegern ausgetragen werden soll. - Das kann nicht der Auftrag von Politik sein. Da habe ich einen anderen Anspruch an die Bundesregierung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Der zweite Punkt ist der im Kern angesprochene, um den es in diesem Antrag besonders geht, nämlich die Frage der Uploadfilter. Es war schon kritisch, dass die Bundesregierung der entsprechenden Rechtsetzung auf EU-Ebene zugestimmt hat. Man hätte hoffen können, dass die Bundesregierung diese Klausel so auslegt, dass sie keine Uploadfilterpflicht in Deutschland vorsieht. Aber sie macht genau das Gegenteil. Der Referentenentwurf verschärft die bisherigen Entwürfe sogar noch. So sieht der Referentenentwurf der Bundesregierung ein eigenes Urheberrechts-Diensteanbieter-Gesetz vor, nach dem es konkret nicht mehr möglich ist, dass ein Inhalt geflaggt wird, dass also, wenn zum Beispiel auf Youtube ein kreativer Beitrag mit Ausschnitten anderer hochgeladen wird, klar gesagt wird, dass das Ausschnitte anderer sind, und man das in dem Maße auch verwenden darf und entsprechend flaggt. Es ist also nicht vorgesehen, dass man das als Nutzer beim Upload sagt, sondern nach dem Entwurf der Bundesregierung muss es einen Vorabcheck durch die Plattform geben.

Wenn das stattfindet, dann ist das ein konkreter Uploadfilter, weil nämlich die Plattform darüber entscheidet, ob ein Inhalt hochgeladen werden darf oder nicht. Genau das wollen wir nicht; das wollen wir auch für das freie Internet nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt CDU)

Das ist nämlich eine Verpflichtung zur Einführung von Uploadfiltern durch die Plattformbetreiber. Genau das ist es, was wir nicht wollen. Deswegen braucht es diesen Antrag. Ich hoffe sehr und freue mich, dass unsere Landesregierung sich dazu im Bundesrat klar verhalten wird; denn die von der Bundesregierung vorgesehene Regelung entspricht nicht der Praxis im Netz; sie entspricht auch nicht dem kreativen Geist, der dort herrscht. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Stephan Holowaty.

Stephan Holowaty [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Internet lebt davon, dass ein Jeder Inhalte teilen kann. Statt einer für alle offenen Plattform wird durch Uploadfilter ein weiterer Baustein für eine automatisierte Überwachung des Internets, eine automatisierte Überwachung der User hinzugefügt. Manch einer wird sagen, es geht doch eigentlich nur um Urheberrechtsverletzungen. Es geht nur darum, die Rechte anderer zu schützen. Aber es war übrigens Jean-Claude Juncker, der eine Richtlinie zur Terrorbekämpfung vorgeschlagen hat und damit den Weg zu Inhaltskontrollen durch Uploadfilter vorgezeichnet hat. Die EU möchte ganz aktuell mit der geplanten Aussetzung der E-Datenschutzrichtlinie eine systematische Überwachung, eine systematische Inhaltskontrolle von privaten E-Mails, von privaten Chatverläufen umsetzen. Die vermeintlich edlen Motive, die dahinterstecken, mag es geben. Allerdings stehen am Ende die anlasslose Zensur von benutzergenerierten Inhalten, die anlasslose Überwachung von Kommunikation und die anlasslose Einschränkung von Meinungsfreiheit.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, als Freier Demokrat sage ich ganz deutlich: Mein Land ist ein Land, in dem ich von freien Bürgern, freien Entscheidungen und von freier Kommunikation ausgehe,

(Beifall FDP und SSW)

(Stephan Holowaty)

und nicht ein Land voller Verdächtiger, voller potenzieller Täter und voller potenzieller Rechtsbrecher. Das ist das große Bild. Aber das edle Motiv des Urheberrechtsschutzes und des Schutzes von Inhaltsanbietern scheitert mit dem geplanten Gesetzentwurf krachend. Uploadfilter so zu programmieren, dass sie rechtssicher sind, dass sie funktionieren, ist teuer, aufwendig und außerordentlich kompliziert. Gerade kleine Plattformen haben ein sehr hohes Risiko, trotzdem in die Haftung genommen zu werden. Das Ergebnis wird sein: Kleinere Anbieter müssen all ihre Inhalte, ihre Uploads, über große Anbieter laufen lassen, die die technischen und die finanziellen Möglichkeiten haben, derartige Filterdienste tatsächlich zu implementieren. Was heißt das in der Praxis? In Zukunft wird auch der kleine Anbieter, die kleine Plattform, seine Uploads über Youtube laufen lassen müssen, weil die in der Lage sind, diese Inhalte entsprechend zu kontrollieren.

(Beifall FDP und SSW)

Das bedeutet, der Gesetzentwurf stützt die großen, die ganz großen Plattformen.

Wie sieht es eigentlich für die Rechteinhaber selber aus, gerade für die kleinen Künstler, für die kleinen Content Creator, für alle die, denen wir jetzt sagen, nutzt das Internet, um in der Pandemiezeit wenigstens ein bisschen was zu tun, um euch wenigstens ein bisschen in den Vordergrund zu stellen? Meine Damen und Herren, da sieht es noch schlechter aus. Wer als Content Creator, als Künstler, als Kreativer heute im Internet erfolgreich sein will, braucht eines: Klicks. Das ist die einzige Chance, den Inhalt viral zu verbreiten. Das ist heute der Ritterschlag im Internet. Das funktioniert nicht, wenn plötzlich niemand mehr da ist, der die Inhalte teilen oder zitieren kann. Den kleinen Content Creators wird also durch diese Richtlinie eine zusätzliche Möglichkeit, überhaupt Erfolg zu erzielen, überhaupt Wahrnehmung zu erzielen, genommen, weil niemand mehr die Inhalte teilen und zitieren kann.

(Beifall FDP)

Das übrigens ist großen Anbietern ganz recht. „Bild.de“ beispielsweise hat eine eigene Reichweite, die gigantisch ist. Die brauchen keine Verbreitung durch Dritte. Die müssen nicht zitiert werden. Aber die Kleinen brauchen es, und ohne Zitate können sie nicht mehr leben. Übrigens wird damit den kleinen Konkurrenten auch die Chance auf mehr Reichweite genommen. Wir sehen, was da passieren wird.

Natürlich gibt es Alternativen zu Uploadfiltern. Kollege Kilian hat gerade klar darauf hingewiesen, eine der Varianten ist das Flaggen. Ich finde, das ist eine unheimlich charmante Variante. Youtube macht es zurzeit so: Youtube ist in der Lage, einzelne Abschnitte, in denen eventuell Urheberrechtsverletzungen stattfinden, einfach auszublenden, ohne den gesamten Upload zu verhindern. Ferner gibt es das klassische Notice-and-Takedown-Verfahren. Ich finde, auch das hat sich bewährt. Die Rechteindustrie setzt hierzu automatisierte Verfahren ein.

(Beifall FDP und Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Da bleibt das Verhältnis auch ganz klar: Beschwerde und Beurteilung und nicht einfach Verurteilung, ohne letztlich eine Möglichkeit, effektiv Rechtsschutz zu beantragen.

Meine Damen und Herren, wir Freien Demokraten stehen ganz klar für ein freies Internet. Wir stehen für einen Schutz, auch was die Rechte der Urheber angeht. Wir lehnen aber Uploadfilter nach wie vor ganz entschieden ebenso ab wie eine Chat- und Mail-Überwachung. In keinem Fall rechtfertigen edle Motive falsche Maßnahmen. Das ist, glaube ich, in diesen Tagen eine Lektion, die wir immer wieder lernen sollten. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, Lukas Kilian [CDU] und Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für den SSW hat der Vorsitzende Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nun läuft sie also bald aus, die zweijährige Implementierungsfrist zur Umsetzung der hochumstrittenen EU-Urheberrechtsrichtlinie. Hier im Landtag sind wir uns vom Grundsatz her ja einig: Es ist überfällig, die Rechtslage an die heutige Zeit anzupassen. Doch in dem kürzlich vom Bundeskabinett vorgelegten Entwurf zum Urheberrechts-Diensteanbieter-Gesetz, der nach dem Willen der GroKo bis Anfang Juni diesen Jahres Bundestag und Bundesrat passieren soll, gibt es sehr wohl noch einige Streitpunkte.

Ein ganz entscheidender: Die Bundesregierung hatte einst versprochen, die Reform ohne Uploadfilter umzusetzen. Jetzt sollen sie doch kommen. Entsprechend groß ist der Unmut. Auch der SSW lehnt die Uploadfilter nach wie vor strikt ab. Daher kön-

(Lars Harms)

nen wir den vorliegenden Antrag der Jamaika-Koalitionäre nur begrüßen und unterstützen.

Seit Jahren wird auf europäischer Ebene versucht, das geistige Eigentum besser zu schützen. Dies ist absolut richtig und muss natürlich auch im Netz geschehen. Kreative haben das Recht, an den Einnahmen der Plattformen beteiligt zu werden, um auch im digitalen Zeitalter von ihrer Arbeit leben zu können. Aber für dieses berechtigte Anliegen braucht es keine Uploadfilter. Im Gegenteil: Uploadfilter sind völlig unverhältnismäßig und bringen erhebliche Risiken für die Meinungs- und Informationsfreiheit im Internet mit sich. Eigentlich schien ja auch die GroKo im Bund diese Auffassung zu teilen. Nachzulesen ist dies auf Seite 49 des Koalitionsvertrags - eine leere Worthülse, wie wir nun feststellen müssen. Aber noch ist das Gesetz ja nicht durch.

Tatsache ist: Die EU-Urheberrechtsreform und ihre nationalen Umsetzungen werden das Internet verändern und dabei all diejenigen betreffen, die Inhalte im Netz hochladen, teilen oder einfach nur anschauen - also auch Millionen Menschen in Deutschland. Vor zwei Jahren demonstrierten daher hunderttausende Menschen gegen die Uploadfilterung. Denn wenn Algorithmen entscheiden, was im Netz gezeigt werden darf, dann ist dies nicht nur ein Problem für die Internetkultur, sondern dann sind auch die Meinungs- und Pressefreiheit in Gefahr. Auch Algorithmen werden von Menschen programmiert, die dann letztendlich darüber entscheiden, was veröffentlicht oder nicht veröffentlicht wird. Neben der Kreativität und dem Publikationsrecht der Nutzer wären auch satirische, kritische und überhaupt völlig legale Inhalte im Allgemeinen durch automatisierte, anonyme Filter akut bedroht.

Kurzum: Durch den Bundesgesetzentwurf sind Zensur und Selbstzensur aus Eigenschutz nicht auszuschließen, denn die ursprünglich definierten Bagatellgrenzen, Ausnahmen und Schranken wurden im finalen Entwurf teilweise noch einmal drastisch zusammengestutzt. Viele Nutzer würden sich künftig also deutlich zurückhaltender an neue Eigenproduktionen setzen - dies kann nicht im Sinne der Reform sein. Für uns ist deshalb klar, dass auch in Zukunft Menschen über Urheberrechte, künstlerische Freiheit, Satire und Meinungsfreiheit befinden sollen - und eben keine Künstliche Intelligenz, die noch dazu in dieser speziellen Hinsicht immer fehleranfällig sein wird.

Gleichzeitig enthält der Entwurf einige unklare Formulierungen; so gelten die Beschränkungen für Karikaturen oder Parodien beispielsweise nicht, wenn

dies „durch den besonderen Zweck gerechtfertigt ist“. Wann das zutrifft, ist unklar. Diese Ausnahmen dürften folglich bald die Gerichte beschäftigen, und damit ist der Vorschuss-Schaden doch schon da. Selbst der Europäische Gerichtshof berät ja bereits, ob Uploadfilter gegen die EU-Grundrechtecharta verstoßen; ein Urteil ist aber eher nicht vor dem Herbst zu erwarten. Wir sollten es auch möglichst gar nicht erst darauf ankommen lassen, dass dieses Gesetz dann wieder einkassiert wird.

Insgesamt bleiben wir daher bei unserer Haltung: Uploadfilter sind für die Urheberrechtssicherung der falsche Weg. Stattdessen braucht es vernünftige Abkommen zwischen Verwertungsgesellschaften und den Plattformen. Der Gesetzentwurf enthält ja durchaus sinnvolle Änderungen, aber eben leider auch völlig inakzeptable Vorgaben. Rundum glücklich wird man bei dieser Thematik wohl niemanden machen können. Aber es ist auch noch nicht zu spät, noch einmal an dem Gesetzentwurf zu feilen und einen deutlich besseren Interessenausgleich zwischen den Kreativen, Rechteinhabern, Plattformen und Nutzern zu finden.

Das ist nicht nur eine Aufgabe, die wir alle in Bezug auf unsere Kollegen im Bundestag haben, das ist auch eine Vorgabe, die wir heute als Parlament für die Verhandlungen machen können, die im Bundesrat stattfinden werden. Deshalb sendet der vorliegende Antrag zur richtigen Zeit noch einmal das richtige Signal in Richtung Berlin, auch in Richtung Bundesrat. Wir werden deswegen dem Antrag zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall SSW und FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für den Zusammenschluss der AfD hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Urheberrecht ist ein hohes Rechtsgut. Es garantiert, dass Künstler und Autoren angemessen für kreative Leistungen vergütet werden. Daher war es richtig, dass Verlage und Musik- und Medienunternehmen als Rechteinhaber auf eine Verbesserung der Gesetzesgrundlage gedrungen haben. Insofern ist die Einführung des Leistungsschutzrechtes für Presseverleger im Internet zu begrüßen. Auch Kreative, die sich in der Initiative Urheberrecht zusammengeschlossen haben, begrüßen Verbesserungen durch die Pflicht für Plattformbetreiber, Lizenzverträge mit Verwertungsgesellschaften

(Volker Schnurrbusch)

wie der GEMA, der VG Wort, der VG Bild und so weiter abzuschließen.

Trotz dieser Verbesserungen gingen vor zwei Jahren Hunderttausende auf die Straße, weil sie gegen die EU-Richtlinie zum Urheberrecht protestierten. Dabei ging es um die Uploadfilter, wir haben gerade darüber gesprochen. Diese Filter sollen dafür sorgen, urheberrechtlich geschützte Inhalte auf Netzplattformen hochzuladen. Mit dem Urheberrechts-Diensteanbieter-Gesetz, wie es die Bundesregierung jetzt vorsieht, werden Betreiber von Onlineplattformen mit einer allgemeinen Überwachungspflicht belegt. Plattformen wie Youtube oder Facebook werden dann Inhalte, die von Nutzern hochgeladen werden, automatisch scannen, da eine Überprüfung händisch nicht machbar ist. Das kann dazu führen, dass Inhalte automatisch blockiert werden.

Viele Nutzer befürchten hier nichts weniger als eine Zensur. Diese lehnen wir als freiheitliche Partei natürlich entschieden ab. Schon jetzt kritisieren wir die gängige Praxis, mit der das Netzwerkdurchsetzungsgesetz umgesetzt wird, da dort private Vereine und Unternehmen darüber entscheiden, was rechtens ist. Diese Entscheidung gehört aber in die Hände der Justiz und nirgendwo anders hin.

Der jetzige Entwurf der Bundesregierung verschlechtert die Situation für die Nutzer, die Inhalte ins Netz hochladen wollen. Zwar sind Zitate und Parodien erlaubt, aber deren Umfang wird im Entwurf noch enger gefasst als auf EU-Ebene. Danach sollen nur 160 Zeichen Text als Zitat erlaubt sein, 15 Sekunden eines Bewegtbildes, 125 KB eines Fotos oder einer Grafik. Das ist sehr, sehr wenig. Diese Maßgabe bleibt auch hinter den ersten Ankündigungen des Bundesjustizministeriums zurück. Warum diese sogenannte Bagatellklausel von Frau Lambrecht derart eingedampft wurde, ist nicht nur mir und meinen Kollegen im Bundestag unklar.

Wir treten dafür ein, dass das Internet weiterhin ein Raum der freien Meinungsäußerung sein muss, so, wie es immer gedacht war. Jede Einschränkung lehnen wir ab, sei es durchs NetzDG, durch private Kontrollinstanzen oder durch automatische Filter. Daher fordern auch wir die Landesregierung heute auf, sich im Bundesrat gegen den Einsatz von Uploadfiltern einzusetzen. Daher - das sage ich in Richtung der SPD-Fraktion - kann ein Parlament auch gern aus aktuellem Anlass einen einmal gefassten Beschluss bekräftigen, denn das ist heute wichtiger denn je. - Vielen Dank.

(Beifall Jörg Nobis [AfD])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, Jan Philipp Albrecht.

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Leider ist das Thema Uploadfilter immer noch aktuell. Deshalb ist es richtig, dass Sie hier im Landtag noch einmal bekräftigen, dass Uploadfilter aus unserer Sicht der falsche Weg sind. Die Argumente sind mittlerweile weitgehend ausgetauscht und abgewogen. Es gibt aber auch weiterhin sowohl auf EU-Ebene als auch in Deutschland Befürworterinnen und Befürworter dieser Maßnahmen.

Gar keine Frage: Die Durchsetzung von Recht und Gesetz, von Grundrechten und fairem Wettbewerb auf großen Internetplattformen ist eine entscheidende Frage, und dieser Frage stellt sich die Europäische Kommission deswegen auch weiterhin in richtiger Weise, etwa mit dem Digital Single Market Act und der Market Regulation.

Wir werden in diesem Zusammenhang sicher über viele Fragen weiter diskutieren.

Natürlich müssen wir Rechte und Ansprüche von Rechteinhabern wahren und durchsetzen. Die Lizenzierungs- und Vergütungspflicht im Urheberrecht ist unbestritten. Der verpflichtende Einsatz von automatisierten Uploadfiltern, zu dessen Durchsetzung allerdings gehört, dass der für den Absatz von kreativen Gütern verfügbare Raum eher eingeschränkt wird, richtet mehr Schaden als Nutzen an. Wir alle wollen eine florierende digitale Kreativwirtschaft. Filter, die Inhalt automatisch und präventiv wegen möglicher Urheberrechtsverletzungen blockieren, erzeugen aber gerade bei denjenigen Schaden, die eine Verbreitung ihrer eigenen Inhalte erreichen wollen. Aktuelle Beispiele zeigen bereits, dass vorhandene Filter die Feinheiten zwischen erlaubter Nutzung, kreativer Weiterverwendung und Zitaten nicht gut beherrschen.

Schaden entsteht aber auch, wenn die entwickelten und eingerichteten Technologien seitens weniger demokratischer Akteure zu anderen Zwecken verwendet werden. Autoritäre Regime etwa nutzen bereits jetzt die Möglichkeit aus, unliebsame Berichterstattung durch solche Uploadfilter gern mit dem Vorbehalt des Urheberrechts oder anderer vermeintlicher Ansprüche zu unterdrücken.

(Minister Jan Philipp Albrecht)

Ein Beispiel dazu, von dem vielleicht der eine oder andere gelesen hat, wo das Mitfilmen und Hochladen von Protesten dadurch unterbunden werden sollte, dass bei einer Demonstration urheberrechtlich geschützte Musik abgespielt wurde. Das entsprechende Regime hat darauf gesetzt, dass unabhängige Videoberichte auf den großen Plattformen deswegen zunächst oder dauerhaft geblockt werden.

Das können wir uns als Folge einer solchen Entwicklung nicht leisten. Deswegen ist es gerade in den aktuellen Zeiten wichtig, auch die freien Kommunikationskanäle als wichtiges Mittel für die öffentliche Debatte und auch eine kreative Zivilgesellschaft zu bewahren.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Antrag des Landtags wird von der Landesregierung deshalb unterstützt. Wir werden im Bundesrat die Vorgabe automatisierter Filter auch weiterhin ablehnen. - Herzlichen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP, Volker Schnurrbusch [AfD], Dr. Frank Brodehl [fraktionslos] und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, über den Antrag, Drucksache 19/2860, in der Sache abzustimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe? - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mehrheitlich bei Enthaltung der SPD-Fraktion angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 42 auf:

Mündlicher Bericht zum KI-Handlungsrahmen

Bericht der Landesregierung

Für die Landesregierung erteile ich dem Ministerpräsidenten Daniel Günther das Wort.

Daniel Günther, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bereits im Juli 2019 haben wir ein erstes umfassendes Konzept für Künstliche Intelligenz in Schleswig-Holstein vorgelegt. Der Handlungsrahmen Künstliche Intelligenz wurde intensiv von Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung beraten und vorbereitet. Wir haben dort insgesamt acht Hand-

lungsfelder aus den Bereichen Bildung, Wirtschaft, Gesellschaft bis hin zu Energie und Klima definiert. Wir sind damit das erste Land, das einen solchen Handlungsplan vorgelegt hat.

Anderthalb Jahre später sind viele Projekte ange laufen, und wir sind mitten in der Arbeitsphase. Aus dem Sondervermögen haben wir 17 Millionen € zur Verfügung gestellt, aus den Corona-Maßnahmepaketen 27,5 Millionen €, sodass wir insgesamt 45 Millionen € zur Verfügung stellen. Das unterstreicht unseren Anspruch: Ähnlich wie beim Glasfaserausbau, wo wir Spitzenreiter in ganz Deutschland sind, wollen wir auch bei KI made in Schleswig-Holstein eine Vorzeigeregion werden.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Das brauchen wir auch, um wettbewerbsfähig zu sein, um Wohlstand von morgen sicherzustellen, weil das Grundlage für Innovation und Forschung ist und KI auch ein Impulsgeber für gesellschaftliche Entwicklungen sein kann.

Um es kurz zu sagen: Wer auf der Höhe der Zeit sein möchte, muss beim Thema Künstliche Intelligenz an vorderster Front mit dabei sein. Deswegen haben wir im Handlungsrahmen Künstliche Intelligenz - insgesamt 62 Projekte wurden dort angemeldet - 34 Projekte ausgewählt. Wir haben dort 24 Millionen € zugesagt, für Lehre und Forschung - das ist der größte Teil - 13 Millionen €. Wir legen einen besonderen Schwerpunkt auf die Gesundheit, und wir werden darüber hinaus auch anderen Projekten Mittel zur Verfügung stellen.

Aktuell entsteht eine digitale Lehr- und Lernplattform mit E-Learning- und Blended-Learning-Angeboten. An der Universität Lübeck wird eine Außenstelle des international anerkannten deutschen Forschungszentrums für Künstliche Intelligenz errichtet.

(Beifall Anette Röttger [CDU])

- Ja, da können die Lübecker klatschen, das ist gut.

Mit dem Forschungsverbund KI-Space für intelligente Gesundheitssysteme haben wir außerdem einen richtig dicken Fisch an Land gezogen und viele Millionen Euro Bundesförderung nach Schleswig-Holstein gelenkt. Weitere sollen folgen.

(Beifall CDU, FDP und Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Gute Fortschritte haben wir auch auf anderen Handlungsfeldern vorzuweisen. Im Bereich der Künstlichen Intelligenz in der Verwaltung sind bisher rund 2,8 Millionen € an Fördergeldern zugesagt, unter

(Ministerpräsident Daniel Günther)

anderem verschiedene Chatbot-Projekte wie den Corona-Chatbot. Für Projekte im Handlungsfeld Klima/Energie haben wir bisher etwa 1,6 Millionen € bereitgestellt.

Interessante Vorhaben gibt es auch im Bildungsbereich, die wir mit rund 420.000 € fördern.

Im Handlungsfeld Wirtschaft/Transfer hat der KI-Transfer-Hub seine Arbeit aufgenommen. Dieser ist mit insgesamt 3 Millionen € für drei Jahre ausgestattet. Er wird einen besonders wichtigen Beitrag zum Wissenstransfer leisten und besonders den vielen kleinen Betrieben und Mittelständlern in Schleswig-Holstein helfen, Künstliche Intelligenz zu nutzen.

(Beifall CDU und Lasse Petersdotter
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dazu unterstützen wir KI-Anträge beim Bund. Daran sehen Sie: Künstliche Intelligenz hat auf den verschiedenen Handlungsfeldern kräftige Wurzeln geschlagen. Wir wollen dieses zarte Pflänzchen weiter pflegen, wir wollen dabei aber auch gleichzeitig gesellschaftliche Folgen im Blick haben, weil das viel auch mit Akzeptanz zu tun hat, weil Menschen sich auch Sorgen darum machen und wir natürlich hier auch immer dafür werben müssen, dass das etwas Gutes ist, was uns wirklich weiterbringen kann. Deswegen tauschen wir uns intensiv mit Expertinnen und Experten über die Themen Transparenz, Datenschutz und auch Qualitätsmerkmale aus.

Ich bin überzeugt davon: Wenn wir diesen Weg gemeinsam weitergehen, dann wird es ein Erfolgsprojekt - KI made in Schleswig-Holstein. Ich bitte Sie herzlich um Unterstützung, dass wir daran weiter gemeinsam arbeiten. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Ole-Christopher Plambeck.

Ole-Christopher Plambeck [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank, Herr Ministerpräsident, für Ihren Bericht zum KI-Handlungsrahmen. Ich freue mich sehr, dass das Thema Künstliche Intelligenz - KI - nicht irgendein Schattendasein fristet, sondern zur Chefsache gemacht wird - und das zu Recht, denn KI ist gerade für Schleswig-Holstein ein chancenreiches Zukunftsthema, welches wir bereits heute angepackt haben.

KI beziehungsweise lernende Systeme leben vor allem von großen Datenmengen und deren Verknüpfung. Damit einher geht ein erheblicher Energiebedarf. Dafür ist Schleswig-Holstein als Energieland Nummer eins der beste Standort, denn unser Strom aus erneuerbaren Quellen ist damit genauso zukunftsgewandt wie die KI selbst.

Sie haben richtig beschrieben, Herr Ministerpräsident, dass KI kein alleiniges Thema der Landesregierung ist. Es bedarf des Zusammenschlusses der entscheidenden Akteure aus Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung. Zukunft ist ein gemeinsames Ziel, aber vor allem ein gemeinsamer Weg. In absehbarer Zeit wird fast jeder Lebensbereich durch KI beeinflusst, sei es Medizin, Bildung, Mobilität oder Wirtschaft. Das Schöne ist, dass diese Zukunft in Schleswig-Holstein bereits heute angefangen hat. Insbesondere im Bereich Gesundheit sind wir stark unterwegs. Gemeinsam mit unseren Hochschulen und dem Universitätsklinikum können bereits erste anwenderbasierte Projekte umgesetzt werden, wie zum Beispiel die Verteilung von Blutkonserven, wo es bei notorischer Knappheit vor allem auf eine effiziente Verteilung ankommt. Da kann KI helfen.

Es muss unser Antrieb sein, im Bereich KI führende Positionen einzunehmen. Denn KI kann die Lösung scheinbar unlösbarer Probleme sein. Mit KI lassen sich zum Beispiel große Mengen medizinischer oder klinischer Daten zusammenführen, um eine ganzheitliche Sicht auf den Patienten zu gewinnen. Dies unterstützt die Diagnose, optimiert so den Behandlungserfolg für den Patienten und spart langfristig sogar Kosten im Gesundheitssystem.

Neben den konkreten Beispielen aus der Medizin findet KI auch Anwendungsszenarien in der Bildung; Kompetenzen wie Lesen, Schreiben, Rechnen, aber auch das begleitete Lernen in der Erwachsenenbildung kann KI erheblich unterstützen.

Genauso bietet KI für die Wirtschaft ein enormes Potenzial. Da wir in Schleswig-Holstein aber eher KMU-geprägt sind, wird sich kaum ein Unternehmen eine eigene KI-Abteilung leisten wollen oder können. Hier setzt richtigerweise der KI-Transfer-Hub SH an. Mit Beratung, Förderung und Entwicklung eines geeigneten Netzwerks und des Wissenstransfers ist der KI-Transfer-Hub ein optimaler Partner für die Wirtschaft im Land. Mit Onlinekursen, Workshops und einzelnen Beratungen werden Unternehmen unterstützt, KI in die Praxis umzusetzen.

So hat zum Beispiel mit dieser Hilfe ein Unternehmen aus Henstedt-Ulzburg einen Fahrzeugschein-

(Ole-Christopher Plambeck)

Scanner entwickelt, der das bisherige mühsame Abtippen der aus über 70 Zeichen bestehenden Zahlen- und Buchstabenkombinationen auf dem Fahrzeugschein erspart. Denn nicht nur bei der An- oder Abmeldung eines Fahrzeugs, sondern auch beim TÜV-Gutachten, Werkstattbesuch, Teilekauf oder bei der Kfz-Versicherung werden die Daten des Fahrzeugscheins benötigt. Mit diesem Scanner wird nicht nur Zeit gespart, sondern vor allem werden auch Übertragungsfehler beseitigt. Diese Entwicklung durch KI ist ein echter Gewinn, der in der Praxis durch ein Start-up, durch ein junges Unternehmen in Schleswig-Holstein umgesetzt worden ist.

Es ist absolut richtig, dass wir als Parlament und damit als Haushaltsgesetzgeber das Sondervermögen KI geschaffen haben. Damit haben wir in diesem Bereich zusammen mit den Coronamitteln über 40 Millionen € bereitgestellt. Dies gewährleistet nicht nur die nötige Starthilfe, sondern räumt dem Thema auch haushalterisch einen hohen Stellenwert ein. Das ist auch gut so, denn KI ist unsere Zukunft. Wir sollten dort genauso wie bisher weitermachen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Dr. Heiner Dunckel.

Dr. Heiner Dunckel [SPD]:

Werte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, vielen Dank für den Bericht. Auch wir halten KI für eine strategische Technologie, aber wir halten es hier mit der Europäischen Kommission: Die Technologie bietet viele Vorteile für Bürgerinnen, Bürger, Unternehmen, die Gesellschaft insgesamt, sofern sie auf die Menschen ausgerichtet, ethisch und nachhaltig ist und die Grundrechte und Grundwerte achtet.

(Beifall SPD und SSW)

Das heißt, sie sollte unter anderem transparent, überprüfbar, diskriminierungsfrei sein und die Autonomie menschlicher Entscheidungen erhalten.

Ich muss zugeben, ich war gespannt auf den leider mehrfach verschobenen Bericht der Landesregierung, gespannt auch deshalb, weil wir seit der Veröffentlichung des Handlungsrahmens 2019 wenig von der Landesregierung zu dem Thema gehört haben. Meine Erwartung war, dass die KI-Strategie

der Landesregierung heute erkennbar wird und wir erfahren, wie Sie die selbst gesetzten Ziele erreicht haben.

Ich muss gestehen: Die Strategie ist immer noch nicht klar, und leider haben wir wenig dazu gehört, welche Ziele Sie eigentlich erreicht haben.

(Beifall SPD und SSW)

Natürlich kennen wir die beeindruckenden Projekte der Hochschulen des Landes; Sie haben sie gerade erwähnt, ich will das nicht wiederholen. Diese Vorhaben sind durchaus beeindruckend, und wir unterstützen sie ausdrücklich. Aber seien wir ehrlich: Diese Projekte sind wesentlich ein Verdienst des außerordentlichen Einsatzes vieler Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und weniger der Landesregierung.

Leider konnte uns der zuständige Staatssekretär im Finanzausschuss nicht genau sagen, wie viel Geld die Landesregierung im Bereich KI wofür ausgibt.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Woher soll er das auch wissen?)

- Das hätte man nachlesen können. Wir haben das getan. Wir haben die Zahlen gehört, sowohl gerade vom Ministerpräsidenten als auch von der Finanzministerin: 14,5 Millionen € aus dem Sondervermögen, 27 Millionen € aus dem Corona-Konjunkturprogramm.

Wofür die Mittel eingesetzt werden, bleibt weitgehend offen; eine Strategie mit klaren Ziel- und Schwerpunktsetzungen, Wirkungsebenen, Umsetzungssteuerung und Erfolgsmessungen bleibt weiter aus. - Übrigens kommt das von der Konrad-Adenauer-Stiftung, falls Sie es nachlesen wollen.

Sehen wir uns noch einmal die 2019 von Ihnen formulierten Ziele an; ich darf in aller Kürze daran erinnern: In ausgewählten Forschungsgebieten der Künstlichen Intelligenz sollen schleswig-holsteinische Hochschulen weltweit - ich betone: weltweit! - sichtbar sein. Schleswig-Holstein soll nicht nur das mittelstandsfreundlichste Bundesland werden, sondern bundesweit einen Spitzenplatz beim Einsatz von KI in kleinen und mittleren Unternehmen einnehmen.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP - Hans-Jörn Arp [CDU]: Sehr schön, genau! - Birgit Herdejürgen [SPD]: Das ist der Plan, nicht die Umsetzung! - Weitere Zurufe)

- Warten Sie ab; ich würde nicht zu früh applaudieren. - Dankenswerterweise hat der Chef der Staatskanzlei vor gut einem Jahr noch einmal deutlich ge-

(Dr. Heiner Dunckel)

macht, in welchen Bereichen die Landesregierung Vorreiter sein will. Die Landesregierung beansprucht Vorreiterschaft in fast allen Handlungsfeldern. Der Ministerpräsident hat sie zitiert; ich will sie nicht weiter nennen.

Ich gebe zu, dass eine Überprüfung der Zielerreichung nicht ganz einfach ist, da der Handlungsrahmen 2019, aber auch die Ausführungen des Chefs der Staatskanzlei eher blumig sind. Wenn ich trotzdem versuche, Ihre Ausführungen mit Konzepten und Vorhaben anderer Bundesländer - Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern - abzugleichen, komme ich zu einem eher ernüchternden Bild. Ich habe hier nicht die Zeit, die Konzepte und Programme im Einzelnen durchzugehen, aber ich empfehle Ihnen die Lektüre.

Lassen Sie mich einige Stichworte nennen: Cyber Valley Baden-Württemberg, KI-Transfer-Zentrum in Bremen, 100 zusätzliche KI-Professuren an Bayerns Hochschulen, KI-Zentren in Berlin, München, Tübingen, Dortmund, Bonn, Dresden und Leipzig oder das Deutsche Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz. Da finden Sie in der Tat Vorreiter. Schleswig-Holstein kann hier - zu meinem Bedauern - nicht mithalten.

Oder sehen Sie sich einmal die KI-Landkarten an, zum Beispiel über KI-Start-ups, KI-Kompetenzzentren und so weiter. Auch hier wird Schleswig-Holstein - wenn überhaupt - nur am Rande erwähnt. Nirgendwo wird Schleswig-Holstein wirklich vorn genannt, was ich sehr bedaure.

Das liegt meines Erachtens auch daran - das habe ich schon mehrfach ausgeführt -, dass wir - siehe die Papiere des Chefs der Staatskanzlei zur Vorreiterschaft - im Gegensatz zu anderen Bundesländern keine klaren Schwerpunkte setzen.

(Beifall SPD und SSW)

Kurzum: Die genannten und angezielten Vorreiterschaften sehe ich noch nicht einmal im bundesdeutschen Vergleich; ich erspare Ihnen deshalb den europäischen und weltweiten Vergleich, da uns ja auch hier insgesamt bundesweit nur Mittelmaß attestiert wird, trotz der oben genannten Zentren und Schwerpunkte.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Ich will aber nicht nur lamentieren, sondern Ihnen auch den Grund für die schwierige Situation nennen: Schleswig-Holstein gibt einfach zu wenig Geld für Forschung und Entwicklung aus.

(Beifall SPD und SSW)

Wenn Sie die Gesamtausgaben des Landes beziehungsweise die Ausgaben der Länder für Forschung und Entwicklung in Prozent am Bruttoinlandsprodukt des Landes betrachten - was meines Erachtens ein fairer Vergleich ist -, nimmt Schleswig-Holstein einen der letzten Plätze aller Bundesländer ein. Zu geringe Mittel für Forschung und Entwicklung bedeuten auch zu geringe Mittel für die dringend erforderliche Forschung und Entwicklung von Künstlicher Intelligenz. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Joschka Knuth.

Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! In der Tat, Schleswig-Holstein ist nicht Bayern, und manchmal mag das mit Blick auf die Haushaltslage bedauerlich sein. Aber man kann eine Herausforderung auch sportlich nehmen und sagen: Dann machen wir aus dem, was wir haben, das Beste. Das ist genau unser Ansatz.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Wir können nicht eben mal 100 neue Professuren schaffen oder Riesenzentren mit Multimillionenbudgets hinterlegen. Das ist nicht der Weg, den wir in Schleswig-Holstein gehen können. Diesen Weg können nicht nur wir als Landesregierung nicht gehen, sondern auch die Unternehmen im Land können ihn nicht gehen. Also müssen wir Wege finden, die zu ihnen passen. Daher müssen in Schleswig-Holstein maßgeschneiderte Lösungen entwickelt und unterstützt werden.

Es ist gerade deutlich geworden, dass das Sondervermögen Künstliche Intelligenz, das wir auf den Weg gebracht haben, ein sehr wirkungsvolles Instrument ist, weil es uns die Flexibilität bietet, bei der besonderen Herausforderung einer sehr kleinteiligen Wirtschaftsstruktur und einer sehr spezifizierten Wissenschaftsstruktur die notwendigen Maßnahmen zu unterstützen. Hätten wir dieses KI-Sondervermögen nicht auf den Weg gebracht, hätten wir die guten Projekte, hätten wir den KI-Transfer-Hub, hätten wir das KI-Space für intelligente Gesundheitssysteme und hätten wir insbesondere das Zentrum für Künstliche Intelligenz in Lübeck nicht so einfach in das Land bekommen können. Das sind

(Joschka Knuth)

gute Projekte, die uns als Land weiterbringen werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Dass das Instrument wirkt und ein richtiges ist, sieht man auch daran, dass wir es geschafft haben, seit der Anfangsfinanzierung 2019 spürbar mehr Mittel hineinzugeben, um weitere Projekte auf den Weg zu bringen. Ich bin sehr froh, dass wir das gemacht haben. Das hilft am Ende unserer Wirtschaft. Unsere kleinen und mittelständischen Unternehmen können es sich eben nicht leisten, eigene Units dafür aufzubauen. Sie brauchen dafür die Unterstützung des Landes. Sie wollen auch voneinander lernen. Genau dafür braucht es so etwas wie den KI-Transfer-Hub.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Ich bin mir sicher, dass wir in der Zukunft selbstverständlich unseren KI-Handlungsrahmen weiterentwickeln werden. Das gehört zu solchen Dokumenten, Papieren und Strategien dazu. Jede Strategie wird irgendwann einmal überarbeitet und weiterentwickelt. Mit der Zeit und den Herausforderungen kommen gegebenenfalls andere Schwerpunkte. Wir sitzen hier zusammen, um so einen Prozess zu begleiten.

Wir haben den Handlungsrahmen seit Anfang der Legislaturperiode. Wir haben das Sondervermögen seit 2019. Wir sind bald im zweiten Quartal 2021. Wir haben noch ein Stück des Weges zu gehen. Es werden weitere Entwicklungen kommen. Dann wird man gegebenenfalls Anpassungen machen. Aber dass der Weg beschritten wird, ist das Entscheidende. Es hätte uns als Schleswig-Holstein eben nicht geholfen, nach Bayern zu schauen und zu sagen: „Die können 100 Professuren schaffen und Riesenforschungszentren bauen, dann stecken wir jetzt den Kopf in den Sand“, sondern wir müssen unsere Füße selber auf den Boden bekommen, unseren Weg gehen und sagen: Wir machen das, was wir können. - Das machen wir auch.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Kollege Dunckel, Sie haben gerade ein paar Projekte und Herausforderungen angesprochen, vor denen wir beim Einsatz von Künstlichen Intelligenzen stehen. Ja, das ist richtig. Wir müssen beim Einsatz von Künstlichen Intelligenzen ein paar Punkte klären: Wie definieren wir beispielsweise die Verantwortung für den Einsatz solcher Systeme? Wie können wir den Einsatz solcher Systeme kennzeichnen? Wie können wir nachvollziehbar machen, wie am Ende Entscheidungen getroffen sind? Wie können wir die Sicherheit der Entscheidung gewährleisten? Wie können wir die Sicherheit beim Umgang der zur Entscheidungsfindung herangezogenen Daten gewährleisten? Wie können wir beispielsweise die Kompetenzen in der Verwaltung aufbauen, um mit Künstlichen Intelligenzen in der Verwaltung umzugehen? Wie gehen wir mit Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern um?

Ich sage aber auch eindeutig: Das sind Herausforderungen, vor denen wir beim Einsatz von Künstlicher Intelligenz in der Verwaltung stehen und nicht nur bei Unternehmen. Da gibt es andere Ebenen, die den Rechtsrahmen vorgeben. Mit der Frage: „Was machen wir eigentlich in Schleswig-Holstein, wenn wir auf Landesebene mit der Verwaltung oder auf den untergeordneten Ebenen, in den nachgeordneten Bereichen, Künstliche Intelligenzen einsetzen?“, werden wir uns auseinandersetzen.

Von der Landesregierung ist ein Entwurf eines Digitalisierungsgesetzes für Schleswig-Holstein angekündigt. Ich freue mich sehr darauf, wenn Sie mit Ihrer Expertise und Ihren Recherchetipps dabei sind und mit uns konstruktiv darüber diskutieren, wie wir das bestmöglich für Schleswig-Holstein regeln können. In der Tat wollen wir auch da Vorreiter sein. Das werden wir auch werden. - Vielen Dank, meine Damen und Herren, und weiter gute Beratung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Stephan Holowaty.

Stephan Holowaty [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der von mir und vielleicht auch von Ihnen sehr geschätzte britische Autor Douglas Adams hat in seinem Roman „Per Anhalter durch die Galaxis“ einen Supercomputer namens Deep Thought bauen lassen. Dieser Computer ist eine allwissende Super-KI gewesen und hatte eine einzige Aufgabe, nämlich die Antwort auf die Frage nach dem Sinn des Lebens zu ermitteln.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: 42!)

Die Antwort war - ich höre es -: 42. Ich danke der Landtagsverwaltung heute als ersten Schritt für ih-

(Stephan Holowaty)

ren feinsinnigen Humor, den heutigen Bericht zur KI-Initiative des Landes ausgerechnet auf den Tagesordnungspunkt 42 zu legen.

(Beifall FDP und Dr. Frank Brodehl [fraktionslos])

Ich danke Ihnen, Herr Ministerpräsident, für den ausführlichen Bericht. Ich sehe eines: Schleswig-Holstein gibt ordentlich Gas, zwar nicht, den Sinn des Lebens zu berechnen, aber doch Initiativen in Wissenschaft und Forschung rund um das Handlungsfeld KI und selbstlernende Systeme zu fördern und voranzubringen, und zwar genauso, wie es zu Schleswig-Holstein passt, wie es zu unseren Unternehmen passt, wie es zu unseren Hochschulen passt, wie wir es hier im Land brauchen. Schleswig-Holstein muss und wird die Chancen und Möglichkeiten datenbasierter Software genau auf diesem Weg aktiv und engagiert nutzen.

Unter KI verstehen wir heute eine Vielzahl von völlig unterschiedlichen Typen von Software, mit der versucht wird, Arbeitsabläufe zu automatisieren - nicht durch klassische, schematische Wenn-dann-Beziehungen, sondern durch Systeme, die Informationen nutzen, Informationen in Beziehung zueinander bringen und die vorhandenen Informationen wieder nutzen, um bessere Entscheidungen treffen zu können oder - korrekt gesagt - bessere Entscheidungsempfehlungen, Entscheidungswahrscheinlichkeiten zu ermitteln.

Ob es um Akten- oder Urteilsanalysen in der Juristik geht, ob es um die Analyse bildgebender Verfahren in der Medizin geht, ob es um Social Bots - die haben wir eben angesprochen - in der Kommunikation geht, um maschinelle Übersetzungen von Text und Sprache, um die Analyse von Umweltdaten - auch ein ganz wichtiges Thema -: KI-Verfahren entlasten dort, wo mit viel Routine und Erfahrung Daten analysiert und interpretiert werden müssen.

(Beifall FDP)

Lassen Sie mich das sehr klar sagen: KI ist kein Superhirn, das morgens aufwacht und sich spontan überlegt: Was mache ich heute am liebsten? KI ist kein Skynet, das autonom Aufgaben und Handlungen überlegt. KI hat aber das Potenzial, Daten zügiger zu analysieren, als Menschen das könnten, und damit bestimmte Aufgaben schneller und effizienter zu erfüllen und zumindest Handlungsempfehlungen zu geben.

Ganz wesentlich für KI-Systeme sind damit Daten, mit denen Sie Vergleichsmöglichkeiten haben, aus denen Sie lernen können. Da greift - jetzt ist Minis-

ter Albrecht leider nicht mehr da - auch die Open-Data-Strategie des Landes Schleswig-Holstein und geht Hand in Hand mit der KI-Strategie. Gute Daten sind die Voraussetzung dafür, dass KI sinnvoll eingesetzt werden kann.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Das hat - ich spreche Lars Harms an, ich spreche den SSW an - auch Dänemark erkannt, zum Beispiel durch das Danish Center for Applied Artificial Intelligence, das gezielt darauf ausgerichtet ist, Wirtschaft und Verwaltung, Wirtschaft und öffentliche Hand, zu verzahnen und Daten bereitzustellen, Daten zu generieren, die wiederum von Akteuren in diesem Umfeld genutzt werden können, um damit den KI-Nutzungsgrad zu erhöhen.

Lassen Sie mich das sehr deutlich sagen: Wir können heute mit KI-Technologien Dinge möglich machen, die vor 20, 30 Jahren vielleicht gerade noch im Raumschiff Enterprise möglich waren. Genau das ist der Anreiz dafür, in unserem Land ein Ökosystem zu schaffen, in dem sich kreative, technisch-begabte Menschen in jeder Hinsicht wohlfühlen und an diesen neuen Ideen forschen, mit diesen neuen Ideen Anwendungen entwickeln und damit wissenschaftliche und gesellschaftliche Chancen schaffen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Ja, seit es Computer gibt, seit seit Anfang der 80er-Jahre auf fast jedem Schreibtisch Computer vorhanden sind, gibt es Sorgen dazu. Es gibt Fragen nach den sozialen Folgen, es gibt Fragen nach der Sicherheit von Entscheidungen, es gibt Fragen danach, ob Menschen überhaupt noch selber entscheiden können oder ob das Maschinen machen. Seien wir ehrlich: Das gab es bei der Tabellenkalkulation, das gab es bei der Textverarbeitung.

Die Realität sieht so aus, dass in den letzten 40 Jahren keine Massenverminderung stattgefunden hat, sondern dass über eine Million Menschen heute in der IT-Service- und Softwarebranche arbeiten, dass die Menschen dort die guten Gehälter verdienen, sich dort engagieren können, dort Aufstiegschancen haben. Aus diesem Grunde mache ich mir wenig Sorgen, muss ich ehrlich gestehen. Der Prozess der Einführung und Stärkung der KI wird genau denselben Weg nehmen wie bei der Digitalisierung generell. Die Menschen und die Unternehmen im Land sind viel weiter als der Staat, als das Land, als die öffentliche Verwaltung an vielen Stellen ist. Da gilt es sicherlich, noch ganz viel aufzuholen.

(Stephan Holowaty)

Wir Freie Demokraten stehen ganz klar für die Chancen der Digitalisierung. Wir stehen ganz klar für die Chancen, die Schleswig-Holstein für seine Unternehmen als KI-Hotspot entwickelt. Wir Freie Demokraten stehen vor allem ganz klar dazu, dass Schleswig-Holstein ein guter Ort für neues Denken ist. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrte Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! In Deutschland, aber auch in Schleswig-Holstein wurden gerade im letzten Jahr in der universitären Forschung und Lehre von KI durchaus nennenswerte Investitionen getätigt. Ich bin davon überzeugt, dass wir die Kompetenzen an unseren Hochschulen und in den KI-Netzwerken aus Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft bündeln sollten. Wie diese Kompetenzen am besten gestärkt und weiterentwickelt werden können, soll am besten vor Ort mit konkreten Ziel- und Leistungsvereinbarungen festgelegt werden.

Die Universität zu Lübeck ist dafür ein sehr gutes Beispiel. Dort wächst zurzeit mit mehreren - zu meinem Bedauern allerdings nur männlichen - Professoren ein Leuchtturm im Bereich Robotik und E-Health heran. Das Land tut gut daran, auf eine zukunftssträchtige Technik zu setzen, die gerade in der Medizin in den nächsten Jahren immer mehr an Bedeutung gewinnen wird.

Aber: Der Ministerpräsident hatte vor zwei Jahren die zentrale Rolle der Künstlichen Intelligenz hervorgehoben. In der damaligen Debatte über den Handlungsrahmen war die Rede davon, dass KI der maßgebliche Treiber für den digitalen Wandel und der Schlüssel zur digitalisierten Gesellschaft in allen Lebensbereichen werden sollte.

Nun hat die Landesregierung aber nur einige wenige, wenn auch - das muss ich zugeben - durchaus interessante Projekte vorzuweisen. Den Einsatz von Künstlicher Intelligenz bei der Auswertung historischer Luftbilder im Zusammenhang mit Kampfmittelbeseitigung halte ich beispielsweise für wegweisend. Das Aufspüren und Verorten von Blindgängern, bevor Bauarbeiten beginnen, ist ein echtes und notwendiges Hilfsmittel. Wir leben nämlich in

einem Land, in dem immer noch Tausende Tonnen gefährlicher Weltkriegsschrott vermutet werden. Bei diesen Datenmengen kommen menschliche Augen kaum hinterher. Auch die Erschließung von Archiven und musealen Beständen ist ein wichtiger Anwendungsbereich für den Einsatz Künstlicher Intelligenz, zum Beispiel über eine intelligente Suche oder Sprachsteuerung.

Ich beziehe mich hierbei in Ermangelung eines schriftlichen Berichts vorwiegend auf Presseberichte. Die regierungstragenden Fraktionen haben zwar schon im Juni 2020 - so zumindest das Datum der Drucksache - von der Landesregierung einen mündlichen Bericht zur Künstlichen Intelligenz erbeten. Doch die Landesregierung hat die letzten Monate nicht dazu genutzt, einen schriftlichen Bericht oder zumindest eine Statistik mit handfesten Zahlen vorzulegen, um zu zeigen, wie der Handlungsrahmen umgesetzt wurde. Selbstverständlich muss auch bei KI-Projekten eine fundierte Evaluation erfolgen. Das kann man nicht den Nerds überlassen. Öffentliche Mittel müssen so eingesetzt werden, dass sie Bürgerfreundlichkeit und Anwendungsnutzen verbessern.

(Beifall Dr. Heiner Dunkel [SPD])

Alles andere wäre nur reiner Selbstzweck, um bunte Broschüren zu füllen. Darum hätte ich mir eine schriftliche Grundlage für unsere Debatte gewünscht.

Abgesehen von vielen Einsatzbereichen für KI, die ich mir beim Lernen vorstellen kann, ist KI auch eine Möglichkeit, Behördengänge zu vereinfachen. Norderstedt hat mit einem interessanten Vorhaben auf sich aufmerksam gemacht, das Bürgeranfragen durch Künstliche Intelligenz zur richtigen Ansprechpartnerin beziehungsweise zum richtigen Ansprechpartner lotst. Gerade in diesem Bereich zeigen sich die Stärken einer gut programmierten und lernenden Einheit. Routineaufgaben werden durch einen Bot ersetzt und entlasten damit die Fachleute vor Ort.

Hier zeigt sich aber auch, dass KI ohne Anbindung an eine digitale Struktur nicht viel bringt. Dass es mit den Meldungen der Gesundheitsverwaltung bei Corona nicht klappt, liegt auch an der völlig veralteten Struktur in den Gesundheitsämtern. Hier kann man KI gar nicht einsetzen, weil es gar keine Andockstellen gibt. KI ist also erst dann eine echte Hilfe und nicht nur ein buntes Nice-to-have, wenn die digitalen Strukturen besser ausgebaut sind. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Jette Waldinger-Thiering)

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und Beifall
Dennys Bornhöft [FDP])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich
schließe die Beratung.

Ich stelle zunächst fest, dass der Bericht durch die
Landesregierung erteilt worden ist. Der Tagesord-
nungspunkt ist damit erledigt.

Ich unterbreche die Sitzung bis 15 Uhr.

(Unterbrechung: 13:04 bis 15:02 Uhr)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 20 und 45 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Altem und neuem Rassismus den Nährboden entziehen - Diskriminierung vorbeugen

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2851

Aktionsplan gegen Rassismus - jetzt geht es in die Umsetzung!

Alternativantrag der Fraktionen von CDU,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2890

b) Mündlicher Bericht zur Umsetzung des Akti- onsplans gegen Rassismus

Bericht der Landesregierung

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht.
Somit eröffne ich die Aussprache und erteile das
Wort der Ministerin für Inneres, ländliche Räume,
Integration und Gleichstellung, Dr. Sabine Sütter-
lin-Waack.

**Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Inne-
res, ländliche Räume, Integration und Gleichstel-
lung:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und
Herren! Der Landesaktionsplan gegen Rassismus
befindet sich auf der Zielgeraden. Noch vor den
Sommerferien stellen wir den Aktionsplan der Öff-
entlichkeit vor. Das wird ein Meilenstein für die
Anti-Rassismus-Arbeit in Schleswig-Holstein,
schließlich ist mit dem Aktionsplan ein umfangrei-
ches Maßnahmenpaket verbunden, das alle Berei-
che der Landesverwaltung umfasst und mittelbar al-
le gesellschaftlichen Bereiche anspricht.

Ich weiß, das klingt alles ein bisschen wissenschaft-
lich. Im ersten Moment fragt sich sicherlich der ei-
ne oder die andere, was uns der Landesaktionsplan
konkret bringt. Deswegen möchte ich den Aktions-
plan auf fünf konkrete Maßnahmen herunterbre-
chen. Natürlich handelt es sich dabei nur um einen
kleinen Ausschnitt.

Erstens. Wir ersetzen den Rassebegriff in unseren
Landesgesetzen und unseren Landesverordnungen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW
und vereinzelt FDP)

Denn der Begriff bedient immer noch alte Stereoty-
pe. Er wiederholt Denkmuster aus längst vergange-
nen Zeiten, in denen das Konstrukt von Rassen al-
lein dazu diente, die vermeintliche Überlegenheit
weißer Menschen zu rechtfertigen. In den Gesetzen
einer modernen Demokratie, in einem weltoffenen
Schleswig-Holstein hat das nichts zu suchen.

Zweitens. Wir stärken die Demokratiebildung und
rassismuskritische Aufklärungsarbeit im Bildungsbereich.
Dieser Part nimmt einen großen Teil unse-
res Aktionsplans ein. Bei der nächsten turnusmäßi-
gen Überarbeitung der Leitfäden zu den Fachanfor-
derungen greift das Bildungsministerium das The-
ma Kolonialismus mit auf, denn unser Land hat ei-
ne Kolonialgeschichte, und die möchten wir auch in
den Schulen vermitteln. Auch in der Aus- und Fort-
bildung der Lehrkräfte nimmt das Thema Rassis-
mus zukünftig eine größere Rolle ein. Neue Fortbil-
dungsangebote schaffen zum Beispiel ein stärkeres
Bewusstsein für Rassismus

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
SSW)

und - das ist mir besonders wichtig - ermöglichen
Lehrerinnen und Lehrern, noch besser auf rassisti-
sche Vorfälle zu reagieren.

Drittens. So vielfältig wie das Land, so vielfältig
sollen auch unsere Behörden sein. Wir wollen einen
vielfältigen öffentlichen Dienst.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP
und SSW)

Mit Werbebotschaftern wollen wir alle Bevölke-
rungsgruppen ansprechen und für eine Ausbildung
bei uns in der Landesverwaltung werben.

Viertens. Unsere Sprache beeinflusst unser Denken,
und unser Denken beeinflusst unser Handeln. Des-
wegen steht auch ein Leitfaden zu rassismus- und
diskriminierungskritischer Sprache auf unserer
Agenda. Es gibt bestimmte Begriffe, die sich bei-
spielsweise auf Sinti und Roma oder People of Co-

(Ministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack)

lor beziehen, die aus heutiger Sicht klar rassistisch sind, aber immer noch verwendet werden. Mit einem Leitfaden wollen wir dafür sensibilisieren und über diese und andere Begriffe aufklären.

Fünftens. Die politische Bildung hat eine enorme Bedeutung - gerade in Zeiten wie diesen, in denen an allen Ecken und Enden Extremisten versuchen, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zu untergraben.

Um unsere Bürgerinnen und Bürger resistent gegen rechte und vor allem rassistische Menschenfänger zu machen, brauchen wir rassismuskritische Veranstaltungen, Formate und vieles mehr, und da kommt der Landesbeauftragte für politische Bildung, Herr Dr. Meyer-Heidemann, ins Spiel. Eine wichtige Maßnahme in unserem Aktionsplan: Der Landesbeauftragte und sein Team haben angekündigt, ihre Angebote zu überarbeiten. Das gibt dem Thema Rassismus in der politischen Bildung einen noch größeren Stellenwert.

Meine Damen und Herren, unser Ziel ist klar: Alle Menschen sollen in Schleswig-Holstein diskriminierungsfrei und ohne Angst leben können. Schleswig-Holstein ist ein Zuhause für alle Menschen - egal welcher Hautfarbe oder welchen Glaubens. Deswegen haben wir uns bereits 2019 mit vielen Akteurinnen und Akteuren auf den Weg gemacht, Maßnahmen entwickelt und gebündelt und schon Ende 2019 die erste Dialogveranstaltung mit vielen engagierten Menschen durchgeführt. Viele Organisationen aus der Zivilgesellschaft haben eine wichtige Perspektive mitgebracht, die uns geholfen hat. Sie haben unsere Maßnahmen und Handlungen kritisch hinterfragt, und sie haben uns auch wichtige Hinweise gegeben. Diese Hinweise hat eine interministerielle Arbeitsgruppe diskutiert. Im Ergebnis führten sie dazu, dass wir nun ein umfangreiches Maßnahmenpaket geschnürt haben.

In diesem Paket sind bildungs-, gesellschafts-, sozial- sowie innen- und rechtspolitische Aspekte enthalten. Einen Querschnitt daraus habe ich Ihnen vorgestellt. Natürlich umfasst der Landesaktionsplan noch viel mehr Maßnahmen, auch viele kleinere und noch so manche große Maßnahme. Ich hoffe, Sie verstehen, dass ich heute im Rahmen der Redezeit nicht alle im Detail vorstellen kann. Das hätte heute wohl auch sieben Minuten gesprengt.

Ich freue mich aber sehr, dass Sie unsere Arbeit mit Ihren Anträgen und Initiativen unterstützen. Das gibt uns Rückenwind, und es ist ein wichtiges Zeichen für Schleswig-Holstein.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Es zeigt, dass der Landtag und die Landesregierung zusammen gegen Rassismus, gegen menschenfeindliches und gegen diskriminierendes Verhalten stehen und für ein vielfältiges, für ein weltoffenes und tolerantes Schleswig-Holstein. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Abgeordneten Tobias von Pein das Wort.

Tobias von Pein [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Am Sonntag war der internationale Tag gegen Rassismus. Er wurde 1966 von den Vereinten Nationen im Gedenken an ein Massaker ausgerufen, das 1960 von der südafrikanischen Polizei in Sharpeville an schwarzen Demonstrantinnen und Demonstranten begangen wurde. Wir müssen immer wieder an die Menschen denken, die bei diesem Massaker ihr Leben verloren haben, aber auch an alle anderen, die bei rassistisch motivierten Anschlägen bis in diese Tage ums Leben gekommen sind.

Rassismus fängt aber viel früher an. Es ist daher gut, dass die Landesregierung - wenn auch aus meiner Sicht erst spät - den lang angekündigten Aktionsplan gegen Rassismus nun zumindest in Teilen vorgelegt hat und damit endlich auch den gesellschaftlichen Forderungen nachkommt.

Dass so gut wie jeder Rechtsextremist auch ein Rassist ist, ist keine besonders sensationelle Erkenntnis. Aber es geht um etwas anderes, um etwas Grundlegendes. Rassistische Denkmuster sind in der Gesellschaft extrem weit verbreitet, auch bei Menschen, die vielleicht nicht auf den ersten Blick als Rechtsextreme zu bezeichnen sind. Das zeigen auch die Mitte-Studien der FES aus Leipzig immer wieder.

Auch unterbewusst reproduzieren sich die Denkmuster, mit denen die meisten von uns in der sogenannten Mehrheitsgesellschaft sozialisiert wurden. Die wenigsten Menschen dürfen dabei vollkommen frei von jeglichen diskriminierenden Stereotypen sein. Deshalb sind ja politische Bildung, Aufklärung und Selbstreflektion so wichtig und werden zu Recht eingefordert.

(Tobias von Pein)

Dazu passt die Problemanalyse der Aktivistin Patricia Nnadi in einem Interview aus dem Jahre 2020. Ich finde, das bringt es auf den Punkt: „Rassismus sollte man auch so benennen.“ Solange man ein Problem nicht thematisiert, gibt es keine Möglichkeit, dagegen zu handeln. Es wäre schön, wenn weiße Menschen einfach einmal glauben würden, dass Rassismus existiert, statt zu versuchen, von Rassismus Betroffenen irgendwelche Befindlichkeiten zu unterstellen. Das hat nichts mit persönlichen Befindlichkeiten zu tun; das ist ein gesellschaftliches Problem.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir müssen zuhören und dürfen Erfahrungsberichte nicht weiter zur Seite schieben, auch wenn diskriminierende Erfahrungen einem selber vielleicht fehlen. Nein, anders: gerade dann. Sonst betreiben wir Victim blaming, und das darf nicht sein.

Gleichzeitig radikalisiert sich zunehmend mehr und mehr junge Menschen, fast ausschließlich männliche Weiße, im Netz. Sie stiften sich gegenseitig an und werden zu einer immer größeren rechtsextremen Gefahr. Diese Subkulturen werden noch immer nicht richtig in den Blick genommen. Aber die Attentäter von Christchurch und andere kamen genau von da.

Dass sich solche Einstellungen vereinzelt auch bei Menschen finden, deren berufliche Aufgabe der Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung unseres Rechtsstaates ist, hat sich in den letzten Jahren immer wieder in der Polizei und in den Streitkräften gezeigt. Keine Frage, das ist eine Minderheit. Aber wir müssen das endlich abstellen.

(Beifall SPD)

Wer Rassist ist, hat in Polizei und Verwaltung nichts zu suchen.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich danke der Ministerin für ihren Bericht. Der Aktionsplan enthält viele wichtige Punkte. Ich finde es ausgesprochen gut, dass hier auch in der Breite Ideen vorliegen, wie man Verwaltung und Gesellschaft für antirassistische Arbeit sensibilisieren kann. Das ist ein weiterer Baustein, zu dem auch andere gehören, wie zum Beispiel das Landesprogramm gegen Rechts.

Ich finde es richtig, dass Sie insoweit an unsere Regierungsarbeit als Küstenkoalition anknüpfen. Als SPD sind wir traditionell tief vernetzt im Bereich

der Antidiskriminierung und der Antirassismussarbeit und unterstützen diesen Weg daher mit voller Überzeugung. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen konsequent gegen Rassismus.

(Beifall SPD)

Wir bringen heute zusätzlich noch einen Antrag ein, der der Form der Diskriminierung und Abwertung aufgrund des Aussehens, des Namens, der Kultur, der Religion oder der Abstammung, sprich, dem Rassismus etwas entgegensetzen soll.

Die wichtigsten Betroffenen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind Musliminnen und Muslime, Jüdinnen und Juden, People of Color, Sintize, Sinti, Romnja und Roma; aber auch asiatisch „gelesene“ Menschen sind nicht nur erst, sondern verstärkt seit Beginn der Pandemie Betroffene.

Auch in anderen Ländern verschlechtert sich die Lage. Zuletzt gab es in Atlanta einen schwerwiegenden Anschlag, bei dem acht Menschen ihr Leben verloren haben. Während Anwälte und Behörden immer noch streiten, ist für die Aktivistinnen und Aktivisten schon jetzt klar: Das war Rassismus.

Diese Entwicklung darf es bei uns nicht geben, aber auch nicht an einem anderen Ort. Wir setzen auf Aufklärung, auf politische Bildung, auf Prävention und auf das entschlossene Einschreiten der Behörden. Dazu braucht es aber auch wissenschaftliche Expertise. Rein kriminologische Datenauswertungen helfen da nicht. Wir müssen in Schleswig-Holstein sicher nicht jedes Rad neu erfinden, aber die bestehende Situation und die Entwicklungsdynamik müssen auch wissenschaftlich untersucht werden.

Wir regen deshalb an, an einer der Hochschulen unseres Landes eine Lehr- und Forschungsstelle einzurichten, die sich mit Rassismus in Schleswig-Holstein auseinandersetzt und die auch in der Lage sein soll, für Politik und Verwaltung Handlungsempfehlungen abzugeben.

Ich schlage daher vor, den Bericht und das, was wir als Antrag heute vorlegen, zur weiteren Beratung in die Ausschüsse zu überweisen. Ich freue mich auf die weiteren Beratungen; denn das Thema Rassismus ist kein Thema, das man an nur einem Tag diskutieren sollte, sondern das müssen wir jeden Tag immer wieder aufs Neue diskutieren, damit wir überprüfen können, was wir dagegen tun können. - Ich danke Ihnen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Ich habe vernommen, dass es eben Irritationen gab, weil ich nicht zuerst habe darüber abstimmen lassen, ob ein mündlicher Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir bereits in einer der vorangegangenen Tagungen beschlossen haben, dass in der 46. Tagung ein mündlicher Bericht zu diesem Tagesordnungspunkt gegeben wird. Insofern war heute keine zusätzliche Abstimmung über diese Frage nötig. Wir wären im Übrigen auch gar nicht beschlussfähig gewesen.

(Heiterkeit)

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Aminata Touré.

Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Wahrscheinlich hat jede und jeder Abgeordnete Herzensprojekte. Meines ist unter anderem dieser Aktionsplan gegen Rassismus, über den wir heute sprechen. Ich freue mich, dass er bald von der Landesregierung verabschiedet wird.

Der Aktionsplan gegen Rassismus ist ein Paradigmenwechsel, weil wir verstanden haben, dass Rassismus keine Befindlichkeit Einzelner ist, sondern strukturell ist. Das ist entscheidend für den Kampf gegen Rassismus in reiner Form. Auf diesen strukturellen Rassismus antworten wir mit einem Paket an Maßnahmen. Aber fangen wir von vorne an.

Als ich für das Parlament angetreten bin, habe ich mir vorgenommen, dieses Privileg, Politik machen zu dürfen, auch für diejenigen zu nutzen, die dieselben Erfahrungen gemacht haben wie meine Familie und ich. Das konnte ich mit meiner Fraktion zusammen gut tun durch die Einbringung des Aktionsplans gegen Rassismus in den Koalitionsvertrag.

In den letzten vier Jahren haben wir als Fraktion, aber auch die Landesregierung unzählige Gespräche geführt und Veranstaltungen gemacht. Prägend wie keine andere Veranstaltung für den Verlauf der gesamten folgenden Zeit war für uns die Antirassismuskonferenz unserer Fraktion im Februar 2019. Sie fand genau hier im Plenarsaal statt. Mehr als 500 unterschiedlichste Personen haben daran teilgenommen und saßen hier auf den Plätzen. Jedes Mal, wenn ich selber hier sitze, blicke ich gern auf diesen Tag zurück. Es gibt mir unfassbar viel Kraft, wenn ich mir das vielfältige Bild vor Augen führe, das das Parlament an diesem Tag abgegeben hat.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gab Workshops zu Rassismus gegen Schwarze, Muslime und Musliminnen, Roma und Romnja, Sinti und Sintize. Wir haben deutschlandweit Expertinnen und Experten eingeladen, um zu diskutieren. Wir haben an diesem Tag festgestellt, dass wir als Staat noch mehr tun müssen, um dem Grundrecht, rassismussfrei leben zu können, gerecht zu werden.

Was tun wir also mit dem Aktionsplan? Wir wollen, dass die Schülerin, die rassistisch beleidigt wird, auf eine Lehrerin trifft, die rassismuskritisch fort- oder ausgebildet ist, damit diese der betroffenen Schülerin helfen kann.

Die Ursache für rassistische Sprache hat ihren Ursprung oft im Kolonialismus. Deshalb wollen wir, dass die Debatten um rassistische Beleidigungen ein Ende finden, indem wir in unseren Schulen fundiert über Kolonialismus sprechen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Ein weiterer Punkt des Aktionsplans nimmt die staatlichen Institutionen in den Blick. Wir wollen, dass Menschen im Kontakt mit staatlichen Institutionen keinen Rassismus erfahren - auf dem Amt, mit der Polizei oder mit der Politik direkt oder in öffentlichen Verwaltungen. Und da ist unsere allergrößte Verantwortung als Politik, gemeinsam mit den Verantwortlichen Lösungen zu finden wie die Anlaufstelle Rassismus, die wir in der Polizei schaffen, oder Fort- und Weiterbildungen, die aber auch im öffentlichen Dienst stattfinden sollen.

Wir wollen in Schleswig-Holstein Wissenschaft und Forschung zu Rassismus ausbauen. Es ist wichtig, auf Basis von wissenschaftlichen Erkenntnissen kluge Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten.

Wir wollen die Zivilgesellschaft stärken; denn sie ist es, die die meiste antirassistische Arbeit leistet. Vor allem sind es Menschen, die selbst von Rassismus betroffen sind, die immer und immer wieder auf diesen Missstand aufmerksam machen und Vorschläge nennen, wie es besser laufen kann.

Als Staat können wir nur froh sein, dass es all diese Menschen gibt. Ohne langfristige und gefestigte finanzielle Strukturen ist diese Arbeit auf Dauer nicht zu leisten. Wir wollen ein vielfältiges Verständnis davon, was Deutsch zu sein bedeutet. Es bedeutet mehr, als weiß zu sein und hier seit fünf Generationen zu leben.

(Aminata Touré)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt FDP)

Mein Zuhause ist Schleswig-Holstein. Ich verstehe mich als schwarze Deutsche. Ich bin hier geboren, aufgewachsen und zur Schule gegangen. Ich habe hier studiert und gearbeitet.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP, SSW und vereinzelt CDU)

Ich habe hier die schönsten Erfahrungen gemacht und die schlimmsten. So geht es vielen Menschen in unserem Land, vielen Menschen, die hier aufgewachsen sind und diesen Ort als ihr zu Hause empfinden, obwohl sie oftmals die Erfahrung der Ausgrenzung gemacht haben.

Weil Schleswig-Holstein mein Zuhause ist, werde ich mich weiter dafür einsetzen, dass Rassismus abgebaut wird und die vielfältigen migrantischen Lebensrealitäten anerkannt werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Was wäre Schleswig-Holstein ohne diese unterschiedlichen Menschen und ihre Geschichten? Wir wollen deshalb auch migrantisches Leben und Geschichte sichtbar machen. Das sind nur einige Punkte aus diesem Gesamtpaket. Wir wollen anti-rassistische Maßnahmen nicht als Selbstzweck, sondern für eine vielfältige Demokratie, in der jede und jeder an ihren und seinen Fähigkeiten, Leidenschaften und Interessen gemessen wird und nicht von Rassismus in eben diesen Bereichen begrenzt wird.

Dass eine Erzieherin einen Job nicht bekommt, weil sie ein Kopftuch trägt, dass einem schwarzen Kind nicht zugetraut wird, seinem Berufswunsch nachzugehen, den es nennt, das alles soll es nicht mehr geben. Es geht nicht um die Erfahrung, die eine Person vielleicht macht, um das eine Trauma, sondern es geht um die Summe der Traumata von rassistischer Erfahrung. Deshalb braucht es diesen Paradigmenwechsel.

Wir, die wir in der Verantwortung sind, das umzusetzen, müssen das aus Überzeugung tun. Es wird keine leichte Aufgabe sein; denn Rassismus abzubauen, bedeutet im ersten Schritt immer erst das Eingeständnis, dass noch eine Menge zu tun ist. Es wird unangenehme und konfrontative Situationen geben. Ich sage das, weil wir wegkommen müssen von der Vorstellung, dass es reicht, wenn man einfach dagegen ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Es bedeutet durchaus, dass rassistische Machtstrukturen aufgebrochen werden, die die einen begünstigen und andere benachteiligen. Bei Rassismus geht es im Kern um Macht. Diese infrage zu stellen und neu zu verteilen, das passiert nie nur mit einem Lächeln im Gesicht aller Beteiligten. Ich halte es damit, wie es in einem Buch der Afroamerikanerin Gloria I. Joseph heißt, dass sich nicht alle daran erfreuen werden, dass es mehr Gleichberechtigung gibt; einige werden die bittere Pille schlichtweg schlucken müssen. Der Aktionsplan gegen Rassismus ist ein sehr wichtiger und erster Schritt. Wir werden ihn ergänzen und evaluieren.

Zum Schluss will ich Herrn Kassun und seinen Kolleginnen und Kollegen aus dem Innenministerium danken, ebenso wie der Innenministerin, dem Staatssekretär, der gesamten Landesregierung und unseren Koalitionspartnern. Dass wir das gemeinsam auf den Weg bringen - das haben Sie gemerkt -, das wird einer Menge Menschen in diesem Land einiges bedeuten. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Tobias von der Heide.

Tobias von der Heide [CDU]:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor ungefähr 30 Jahren, in der Nacht auf den 23. November 1992, werfen in der schleswig-holsteinischen Stadt Mölln zwei Neonazis, der 19-jährigen Lars Christiansen und der 25-jährige Michael Peters, in ihrem rassistischen Wahn Brandsätze in zwei Häuser. Die Mörder mussten gewusst haben, dass dort türkische Familien wohnen.

Durch den Brandanschlag sterben in der Mühlenstraße zwei Mädchen, die zehnjährige Yeliz Arslan und die 14-jährige Ayse Yilmaz sowie die 51-jährige Bahide Arslan. Neun Menschen werden bei diesem feigen Anschlag verletzt.

In einer Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, die im vergangenen Jahr veröffentlicht wurde, wurden Bewerbungen von 6.000 fiktiven deutschen Staatsbürgern des Jahrgangs 1992 zu Ausschreibungen von acht verschiedenen Ausbildungsberufen verschickt. Lediglich die Na-

(Tobias von der Heide)

men und das Herkunftsland der Eltern unterschieden sich. Aussehen und Religion variierten die Forscher ebenfalls. Das Ergebnis: Während deutschstämmige Bewerber zu 60 % positive Rückmeldungen erhielten, waren es bei Bewerbern mit ausländischen Wurzeln nur 51 %. Bewerber mit albanischen, marokkanischen, äthiopischen, pakistani-schen oder dominikanischen Wurzeln erhielten nur zu 41 % eine positive Rückmeldung.

Anfang dieses Monats kam eine 45 Jahre alte Frau mit chinesischen Wurzeln gegen 19 Uhr nach Hause und wurde vor ihrer Wohnungstür angegriffen, und zwar von einem Nachbarn. Der ebenfalls 45 Jahre alte Mann besprühte die Frau überfallartig mit einem Desinfektionsmittel und schrie dazu mehrmals das Wort „Corona“, berichtet die Polizei. Die verängstigte Frau rief über den Notruf 110 die Polizei. Einer Streife gelang es, den Angreifer zu beruhigen.

Rassismus hat verschiedene Gesichter. Rassismus ist kein neues, aber eben auch kein altes Phänomen. Rassismus ist kein Problem von Einzelnen, sondern betrifft die Gesamtgesellschaft. Aminata Touré hat gerade von ihren eigenen Erfahrungen berichtet; ich selbst kann das viel weniger. Das Entscheidende, um an diesem Thema etwas zu verändern, ist: Rassismus geht uns wirklich alle an.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Unsere Jamaikakoalition hat das bereits am Anfang dieser Legislaturperiode als Aufgabe erkannt und deutlich gemacht, dass alle Menschen unabhängig von ihrer Hautfarbe, ihrer ethnischen oder religiösen Herkunft diskriminierungsfrei leben können müssen. Wir stellen uns gegen Rassismus bezüglich schwarzer Menschen, People of Color, gegen antimuslimischen Rassismus, gegen Antiziganismus und gegen Antisemitismus.

Deshalb haben wir unseren Landesaktionsplan gegen Rassismus auf den Weg gebracht und dabei bildungs-, gesellschafts-, sozial- sowie innen- und rechtspolitische Aspekte berücksichtigt. Den aktuellen Arbeitsstand hat unsere Innenministerin gerade vorgestellt. Ich finde, das kann sich sehen lassen. Das ist ein umfassendes Paket. Wir erfüllen das, was wir im Koalitionsvertrag beschlossen und versprochen haben. Das machen wir interministeriell. Das ist immer besonders aufwendig. Aber wir machen es auch in Rücksprache mit der Zivilgesellschaft.

Richtig ist: Die Coronapandemie führt dazu, dass sich die Erstellung des Aktionsplans ein bisschen

verschiebt, aber wir liefern und haben Haushaltsmittel eingestellt. Ich bin auf den finalen Aktionsplan gespannt, der uns noch zugeleitet wird. Heute sprechen wir ja nur über einen Zwischenstand.

Wir beschäftigen uns in dieser Legislaturperiode - das ist mir wichtig - nicht das erste Mal mit dem Thema Rassismus, sondern haben das auch in sehr vielen Anträgen intensiv gemacht. Insbesondere der gemeinsame Antrag von Mai letzten Jahres von CDU, SPD, Grünen, FDP und SSW mit dem Titel „Für Demokratie - Gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Terror“ ist immer noch erstaunlich lesenswert. Das sage ich gerade in Richtung der SPD, weil ich ihren aktuellen Antrag wegen des Aktionsplans und alter Beschlussfassungen, die wir fraktionsübergreifend getroffen haben, nicht wirklich verstanden habe.

Alle Punkte, die Sie heute in Ihrem Antrag aufgreifen, sind schon längst bearbeitet und teilweise sogar deswegen, weil Sie das selbst mit auf den Weg gebracht haben. Aus meiner Sicht - ich finde es wichtig, das in diesem Haus noch einmal zu sagen - sollten wir damit aufhören, solche Anträge solitär zu setzen. Gerade bei einem Thema wie Rassismus sollten wir, wie wir es in der Vergangenheit getan haben, immer zusammenarbeiten. Damit erreicht man am Ende mehr.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Aber wir wollen die Opposition auch loben. Ausdrücklich spannend fand ich die Initiative des SSW.

(Beifall SSW)

Er hat eine Große Anfrage zum Thema Kolonialismus gestellt. Da habe ich am Anfang noch gedacht: Wird mich das begeistern? Aber in der Tat: Auch die Anhörung im Bildungsausschuss hat viele Aspekte aufgezeigt, die mich selbst schlauer gemacht haben.

(Beifall SSW)

Ich glaube, dass viel davon in den Landesaktionsplan einfließt. Ich will eine Kontroverse der Anhörung aufzeigen, die auch mich bewegt: Wie gehen wir mit der Vergangenheit um?

In Großbritannien werden Statuen und Denkmäler von Winston Churchill abgesperrt und eingerüstet. Einige sehen den ehemaligen britischen Premierminister als Rassisten, andere halten ihn für einen Helden, der Europa vom Faschismus und Rassismus befreit hat. Ein deutsches Beispiel, das vielleicht ähnlich ist, ist die Kontroverse um Martin Lu-

(Tobias von der Heide)

ther. Ich glaube, es kann nicht klug sein, dass wir die Vergangenheit tilgen, sondern wir müssen uns mit ihr aktiv auseinandersetzen.

Das war auch Thema in der Anhörung. Die Gruppe „Kiel Postkolonial“ führt regelmäßig postkoloniale Stadtspaziergänge durch und macht über dieses Angebot Spuren der Kieler Kolonialgeschichte anhand von Straßennamen und anderen Hinweisen deutlich. Zugegeben, diese Gruppe hat sich in der Anhörung auch für die Umbenennung von Straßen starkgemacht. Ich selber sehe das eher andersherum; denn gerade diese Stadtspaziergänge können ja nur deshalb stattfinden, weil es diese Straßennamen gibt. Das macht am Ende aus meiner Sicht die schwierigen Epochen unserer Vergangenheit sichtbar. So können wir uns damit auseinandersetzen. Das Schlüsselwort an dieser Stelle muss immer Kontextualisierung sein.

Das gilt übrigens nicht nur für die Geschichte, sondern genauso für die Gegenwart. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir Rassismus nicht ausblenden, dass wir aktiv darüber sprechen, so wie wir es hier im Plenum tun, und ihn am Ende sichtbar machen und natürlich bekämpfen.

Ich will - mit Erlaubnis der Präsidentin - mit einem Zitat von Nelson Mandela enden:

„Niemand wird mit dem Hass auf andere Menschen wegen ihrer Hautfarbe, ethnischen Herkunft oder Religion geboren. Hass wird gelernt. Und wenn man Hass lernen kann, kann man auch lernen zu lieben.“

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

„Denn Liebe ist ein viel natürlicheres Empfinden im Herzen eines Menschen als ihr Gegenteil.“

Danke, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die FDP-Fraktion hat jetzt der Abgeordnete Jan Marcus Rossa das Wort.

Jan Marcus Rossa [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Ministerin Sütterlin-Waack, herzlichen Dank für Ihren heutigen Bericht. Ihr Bericht macht deutlich, wie breit die Diskussion darüber, wie wir

Rassismus bekämpfen können und müssen, geführt werden muss. Meine Vorredner haben das ja im Wesentlichen bestätigt. Ich möchte mich hier auf einen ganz speziellen Punkt konzentrieren, der auch in Ihrem Aktionsplan und in Ihrem Bericht angesprochen worden ist. Das ist die Frage, ob wir eine Verfassungsänderung brauchen, wenn wir sinnvoll gegen Rassismus vorgehen möchten.

Meines Erachtens ist es eine längst überfällige Frage, wie wir das Eintreten gegen Rassismus auch in unserer Verfassung noch stärker dokumentieren können als in der Vergangenheit. Die Frage, ob der Begriff der Rasse in der Verfassung gestrichen werden sollte, wird ja schon länger diskutiert, und ich gestehe, dass sich mir zunächst der Sinn einer solchen Verfassungsänderung nicht erschloss. Für mich war es aus juristischer Sicht so, dass das Diskriminierungsmerkmal Rasse ausdrücklich sowohl in der Verfassung als auch in anderen Gesetzen wie dem AGG, in internationalen Übereinkommen oder auch in EU-Richtlinien Voraussetzung dafür war, eine Diskriminierung wegen der Rasse zu verbieten und damit auch Rassismus verurteilen und verfolgen zu können.

Nun hat die Diskussion um den Rassebegriff in den letzten Monaten eine neue Dynamik bekommen, und natürlich sind wir uns einig, dass es nur eine menschliche Rasse gibt. Darauf haben Kritiker des Rassebegriffs auch immer wieder hingewiesen und ihre Forderung nach einer Streichung vor allem naturwissenschaftlich begründet. Nun ist es aber so, dass naturwissenschaftliche und juristische Begrifflichkeiten keineswegs immer deckungsgleich sind und auch nicht sein müssen. Deshalb haben mich als Jurist die naturwissenschaftlichen Argumente auch bis heute nicht wirklich überzeugen können oder - ich möchte sagen - restlos überzeugen können. Solche öffentlichen Diskussionen regen aber zum Nachdenken an. Das ist auch bei mir geschehen.

Es wird Sie vielleicht überraschen: Es gibt neben den naturwissenschaftlichen Argumenten auch rechtliche Argumente, warum wir uns für eine Verfassungsänderung aussprechen müssen. Gibt es nämlich nur eine menschliche Rasse, ist eine Differenzierung nach der Rasse tatsächlich und denklogisch gar nicht möglich. Eine Ungleichbehandlung wegen der Rasse kann schon aus diesem Grund unter keinem denkbaren Gesichtspunkt gerechtfertigt sein. Dadurch unterscheidet sich das sogenannte Diskriminierungsmerkmal der Rasse von allen anderen Diskriminierungsmerkmalen, die in Artikel 3 Absatz 3 Grundgesetz genannt sind. Bei allen ande-

(Jan Marcus Rossa)

ren Merkmalen ist nämlich eine Ungleichbehandlung unter Umständen möglich und gerechtfertigt. Das ist bei dem Merkmal der Rasse eben gerade nicht der Fall.

Warum aber wird dann im Grundgesetz bis heute der Begriff „Rasse“ verwendet? Da muss man sich dann vor Augen führen, dass die Gründe durchaus redlich gewesen sind. Es ist die Reaktion der verfassungsgebenden Versammlung auf den verabschiedungswürdigen Rassismus des Nationalsozialismus gewesen. Er besagt gerade nicht, dass die Mütter und Väter des Grundgesetzes ein verkehrtes Rasseverständnis hatten. Sie wollten den Rassismus ächten und unterbinden und haben sich daher entschieden, den Begriff der Rasse in unserer Verfassung zu verwenden. Auch wenn der Begriff wissenschaftlich nicht zu halten ist - da sind wir uns einig -, waren die Motive des Verfassungsgebers doch auf jeden Fall redlich.

Das ändert aber nichts daran, dass wir heute trotz ernst zu nehmender Gegenstimmen aus der Wissenschaft den Rassebegriff in unserem Grundgesetz nicht mehr verwenden sollten. Es fragt sich deshalb, ob wir den Begriff der Rasse einfach ersetzen können. Da habe ich wiederum meine Zweifel, dass das so einfach geht. Begriffe wie „ethnische Herkunft“, welchen die FDP-Bundestagsfraktion vorschlägt, oder auch „ethnische, soziale und territoriale Herkunft“ - das ist der Vorschlag der Linken-Fraktion vor einigen Jahren gewesen - sind meines Erachtens nicht geeignet, den Begriff der Rasse so zu ersetzen, dass damit die beabsichtigte Schutzwirkung des Artikel 3 Absatz 3 Grundgesetz nicht abgeschwächt und beeinträchtigt würde. Auch der Vorschlag der Grünen im Bundestag vermag mich jedenfalls noch nicht so ganz zu überzeugen, weil auch hier der Bezug zu den anderen Diskriminierungsmerkmalen nicht aufgehoben wird.

Fakt ist doch, dass das Merkmal der Rasse sich von den anderen Merkmalen, wie schon gesagt, in Artikel 3 Absatz 3 Grundgesetz dadurch unterscheidet, dass es ohne Ausnahme nicht als Diskriminierungsmerkmal verwendet werden kann. Es gibt eben nur eine menschliche Rasse. Bereits der Versuch, Menschen in Rassen aufzuteilen, ist eine Form des Rassismus. Deshalb muss man meines Erachtens den Rassismus aus dem Zusammenhang mit den anderen Diskriminierungsmerkmalen verfassungsrechtlich herauslösen, um eine eigenständige Regelung zu schaffen. Wenn man sich diesen Unterschied bewusst gemacht hat, kommt man meines Erachtens zu einer anderen Formulierung, die ich jetzt vorstellen werde und von der ich mir wünschen würde,

dass wir sie gemeinsam in den verfassungsändernden Prozess in Berlin hineintragen. Mein Vorschlag wäre eine Ergänzung des Absatzes 3 mit folgendem Wortlaut:

„Rassismus ist unzulässig. Der Staat ist verpflichtet, rassistisch motivierten Ungleichbehandlungen aktiv entgegenzuwirken.“

Punkt, aus und Ende.

(Beifall FDP und Lars Harms [SSW])

Es wäre mein Wunsch, dass wir dieses Signal aus dem Schleswig-Holsteinischen Landtag gemeinsam an den Bundestag senden, um zu einer Verfassungsänderung zu kommen, die den Bezug zu anderen Diskriminierungsmerkmalen endgültig eliminiert. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Abgeordneten des SSW hat jetzt der Vorsitzende Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir als SSW teilen die Ansicht, dass Rassismus vielfältige Facetten hat, denen man auf unterschiedliche Art und Weise begegnen muss. Deswegen stimmen wir dem Ansatz zu, sowohl alten als auch neuen Rassismen den Nährboden zu entziehen. Ob auf der Straße oder im Internet, mit neuen oder alten Worten, Rassismus als Unterdrückungsmechanismus und diskriminierende Methode wandelt sich zwar manchmal im Aussehen, aber niemals in der Funktion.

Ich finde, dabei sollten wir keinen Generalverdacht gegenüber bestimmten Berufsgruppen äußern, sondern vielmehr Rassismus als ein gesellschaftliches Problem erkennen, das uns alle etwas angeht. Aus diesem Auftrag an die gesamte Gesellschaft ergibt sich gewissermaßen, wenn man es denn ernst meint, eine Verpflichtung für das Land, seine Regierung und Verwaltung. Deswegen ist es auch richtig, dass sich jedes Ressort mit dem Phänomenbereich auseinandersetzen musste. Solche Reflexionsprozesse mögen anstrengend und langwierig sein, besonders natürlich, wenn sie durch so etwas wie eine Pandemie unterbrochen werden. Noch anstrengender ist es aber für Menschen, die von Rassismus betroffen sind, wenn wir hier nicht weiterkommen. Deswegen ist es wichtig, dass wir nicht nur fraktionsübergreifend, sondern auch legislativüberspan-

(Lars Harms)

nend kontinuierlich gemeinsam an Aufarbeitung, Prävention und Stärkung des gesellschaftlichen Engagements arbeiten.

(Beifall SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mir gefällt gut an der Debatte, dass sich an ihr eine Entwicklung der letzten zwei Jahre ablesen lässt. Als wir 2019 hier zum ersten Mal den Landesaktionsplan gegen Rassismus diskutiert haben, haben viele von uns die Situation genutzt, um erst einmal zu sagen, was wir uns überhaupt von einem solchen Plan erhoffen und welche Erwartungen wir mit ihm verbinden. Ich habe damals für den SSW festgehalten, dass es für uns ein besonders wichtiges Anliegen ist, den Blick darauf zu lenken, wie und warum rassistische Denkmuster, Stereotype und Strukturen entstehen, wem sie in der Vergangenheit etwas genutzt haben und wer auch heute noch davon profitiert. Ich habe darüber geredet, dass rassistisches Denken und Handeln entstanden ist, um ganzen Menschengruppen ihre Rechte, ihre Würde, ihr Land und auch ihre Ressourcen zu nehmen.

Wir als SSW haben daraufhin unsere Große Anfrage zur Aufarbeitung der europäischen und deutschen Kolonialgeschichte in Schleswig-Holstein gestellt und nach einer wirklich lehrreichen und zum Nachdenken und Umdenken anregenden Anhörung einen Folgeantrag eingebracht, den wir hoffentlich in der nächsten Landtagstagung diskutieren können.

Der Nachricht aus Atlanta, wo ein 21-jähriger weißer Amerikaner acht Menschen erschossen hat, wurde auch in Deutschland viel Aufmerksamkeit entgegengebracht. Das mag daran liegen, dass auch hier als asiatisch wahrgenommene Menschen seit Beginn der Coronapandemie davon berichten, dass sie vermehrt rassistisch beleidigt und angegriffen werden. Auch hier wirken immer wieder alte, koloniale europäische Erzählungen über asiatische Menschen in unsere heutige Lebensrealität hinein.

Wohin das in letzter Konsequenz führen kann, haben wir am Attentat in Atlanta sehen können. Sechs der Opfer sind Frauen und haben einen asiatisch-amerikanischen Hintergrund. Von der amerikanisch-asiatischen Bevölkerung wird der Anschlag eindeutig als Mordserie auf asiatisch aussehende Menschen gewertet. Der Täter selbst sagt, er habe die Massagesalons, in denen er mordete, als Versuchung empfunden, von der er sich befreien wollte. In einem Radiointerview mit der Journalistin Nhi Le habe ich folgende Erklärung gehört:

„Das ist ein Stereotyp, mit dem sich viele ost- und südasiatische Frauen konfrontiert

sehen, sie werden objektifiziert, hypersexualisiert und als sexuell verfügbar gesehen.“

Wir sehen hier eine Verbindung zwischen Rassismus und Sexismus.

Wir vom SSW unterstützen daher den Aktionsplan gegen Rassismus, denn dass Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe keine Wohnung bekommen, darf nicht mehr sein.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass sie aufgrund ihres Nachnamens nicht zu Bewerbungsgesprächen eingeladen werden, darf nicht mehr sein. Dass Menschen in Deutschland sich aufgrund ihres Aussehens, ihrer vermeintlichen Herkunft oder Religion nicht sicher fühlen, darf erst recht nicht mehr sein.

Schleswig-Holstein ist das Zuhause von allen Menschen, die hier sind. Sie alle haben die gleichen Rechte, und wir alle müssen gegen Rassismus aufstehen, meine Damen und Herren. Ich finde es gut, dass heute der Vorschlag des Kollegen Rossa gekommen ist, um ein konkretes rechtliches Problem zu lösen. Ob es dann so gelöst wird oder anders, ist erst einmal egal. Wichtig ist, dass wir uns alle gemeinsam darüber Gedanken machen, wie wir Rassismus auf allen Ebenen bekämpfen können, sowohl im täglichen Leben, aber manchmal eben auch in der Juristerei. Ich finde, dass wir heute aus diesem Parlament ein sehr gutes Zeichen aussenden. - Vielen Dank!

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Tobias von Pein [SPD])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe somit die Beratung.

Der Kollege von Pein hat beantragt, beide Unterpunkte des Tagesordnungspunkts in den Ausschuss zu überweisen. Ich weise darauf hin, dass mündlich gegebene Berichte nicht überwiesen werden können. Ich gehe somit davon aus, dass der Antrag sich darauf bezieht, die beiden schriftlichen Anträge zu überweisen.

(Zustimmung Tobias von Pein [SPD])

- Wunderbar.

Somit stelle ich fest, dass der Berichts Antrag zu b), Drucksache 19/2666 (neu), durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat.

(Vizepräsidentin Annabell Krämer)

Wir kommen nun zur Abstimmung zu a), Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/2851, und Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/2890. Es ist beantragt worden, beide Anträge dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich ums Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Somit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Es ist dann beantragt worden, in der Sache abzustimmen. Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/2851, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich ums Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion sowie die Abgeordneten des SSW. Die Gegenprobe! - Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die FDP-Fraktion, die CDU-Fraktion, die Abgeordneten des Zusammenschlusses der AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Dr. Brodehl. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der fraktionslosen Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich lasse dann über den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/2890, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich jetzt ums Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion der FDP sowie der CDU-Fraktion bei Enthaltung der SPD-Fraktion und der Abgeordneten des SSW, des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD sowie der beiden fraktionslosen Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein und Dr. Brodehl angenommen.

(Lars Harms [SSW]: Frau Präsidentin, wir haben zugestimmt!)

- Habe ich euch schon wieder übersehen? Entschuldigung. Ich revidiere das somit. Die Abgeordneten des SSW haben sich nicht enthalten, sondern dem Antrag ihre Zustimmung gegeben. Der Antrag ist somit mehrheitlich angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 30 auf:

Abgasnorm Euro 7 stoppen - Verbot des Verbrennungsmotors durch die EU verhindern

Antrag des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD
Drucksache 19/2867

Das Wort zur Begründung wird, wie ich sehe, nicht gewünscht. Ich eröffne somit die Aussprache. Das

Wort für den Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Einmal mehr droht Ungemach aus Brüssel. Noch in diesem Jahr will die EU-Kommission einen konkreten Vorschlag mit neuen Emissionsgrenzwerten für Stickoxide vorlegen. Das Inkrafttreten wird für 2025 angepeilt. Das Ganze läuft unter dem Titel Abgasnorm Euro 7. Noch heißt es, bisher gebe es nur eine vorbereitende Studie. Doch der Vizepräsident der Kommission Timmermans hat schon früh zu erkennen gegeben, Verbrennungsmotoren nur noch eine Übergangszeit gewähren zu wollen.

Mit der Einführung einer Euronorm 7 droht de facto das Verbot der Neuzulassungen von Pkw mit Verbrennungsmotor ab 2025. Die kommenden Monate werden also entscheidend sein, weshalb auch wir die Notwendigkeit sehen, dass sich die Landtage mit dieser neuerlichen Brüsseler Maßnahme befassen. Der Bundestag hat das auf Initiative der AfD bereits getan.

Aktuell liegen die Stickoxidgrenzwerte für Benzi-ner bei 60 mg/km und für Diesel-Pkw bei 80 mg/km. Szenarien, die von der EU-Kommission bereits veröffentlicht wurden, sehen nun aber vor, dass Neuwagen künftig nur noch 30 mg/km oder gar 10 mg/km ausstoßen dürfen. Dies erreichen die besten Dieselmodelle aus deutscher Produktion zwar heute schon, allerdings erst nach einer Warmlaufphase und nicht unter großer Last.

Zu Recht beschwerte VDA-Präsidentin Hildegard Müller sich deshalb darüber, dass es einem faktischen Verbot des Kolbenmotors gleicht, wenn ein neues Fahrzeug auch im Winter beim Kaltstart oder beim Ziehen eines Anhängers am Berg die gleichen Grenzwerte einhalten müsse wie bei Tempo 50 auf gerader Strecke. Hier sind bei der Verordnung, die vielleicht kommt - oder auch nicht - praxisnahe Testumgebungen gefordert.

Für Kommissar Timmermans ist das alles kein Problem. Er fordert eine grundlegende Wende für die Autoindustrie und setzt dabei voll auf Batteriebetrieb - und das, obwohl zu Recht darauf hingewiesen wird, dass die Umweltbilanz von Elektroautos keineswegs so umweltfreundlich ist, wie es gern von links-grünen Technikfeinden propagiert wird. Denn über den kompletten Lebenszyklus hinweg sind die Emissionen aus Produktion, Transport und Betrieb mit Strom aus unterschiedlichen Quellen

(Volker Schnurrbusch)

einzu beziehen. Das Institut für Wirtschaftsforschung hat festgestellt - ich zitiere mit Erlaubnis -:

„Es kann nicht die Rede davon sein, dass die Einführung der Elektroautos ... zu einer Reduktion des CO₂-Ausstoßes im Verkehr führen wird, wie es die EU-Richtlinie für die Berechnung des Flottenverbrauchs nahelegt, die ... die Elektroautos mit einem CO₂-Ausstoß von null annimmt. Das Gegenteil ist der Fall. Der CO₂-Ausstoß von batterieelektrischen Autos liegt beim heutigen Energiemix ... und unter Berücksichtigung des Energieaufwands bei der Batterieproduktion nur im günstigsten Fall auf einem mit dem Dieselmotor vergleichbaren Wert.“

Wohlgemerkt: Dieselmotor, ausgerechnet die Antriebsform, die von Grünen und sogenannten Umweltverbänden zum Teufelswerk deklariert wird.

Vor diesem Hintergrund fordern wir heute, dass die EU-Kommission ihre einseitige Fixierung auf einen Ausbau der Elektromobilität beendet und in einen ergebnisoffenen Entscheidungsprozess eintritt. Neue Studien belegen, dass Verbrennungsmotoren, die mit Kraftstoffen auf Ökostrombasis angetrieben werden, eine ähnlich gute Energiebilanz aufweisen wie batteriebetriebene Fahrzeuge.

Auch der Verbrennungsmotor hat daher eine echte Perspektive verdient, denn der Einsatz von synthetischen Kraftstoffen oder auch Erdgas kann viel sinnvoller sein als die einseitige Förderung von Batterieautos. Über deren Praxistauglichkeit können wir gern an anderer Stelle diskutieren. Jetzt bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag, auf dass die Euro-7-Norm niemals kommen möge. - Vielen Dank.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Andreas Hein das Wort.

Andreas Hein [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Dieser Antrag offenbart auch für mich ganz persönlich, in welchem Zwiespalt wir bei dieser Thematik „Verbrennungsmotor versus Klimaschutz“ stecken. Wie Sie wissen, habe ich Kfz-Mechaniker gelernt, habe selbst an Motoren geschraubt und bin mit den Jahren - ob als Meister, ob als Geschäftsführer - mit immer höheren Standards und auch mit strengeren Abgasnormen konfrontiert worden. Sicherlich habe ich auch genau deshalb eine ganz eigene Sichtweise auf die-

se Dinge. Wir Kfz-Mechaniker und Kfz-Mechanikerinnen, die meiner Generation, haben das sogenannte Benzin im Blut. Motoren waren und sind das Herz eines jeden Autos.

(Beifall CDU, Kay Richert [FDP] und Volker Schnurrbusch [AfD])

Wie Sie aber auch alle wissen, ist bei mir inzwischen Wasserstoff im Blut. Denn Wasserstoff ist ganz eindeutig das Öl und das Gas der Zukunft.

(Beifall Tim Brockmann [CDU] und Ole-Christopher Plambeck [CDU])

Es ist das Element, das den erneuerbaren Strom auf eine andere Weise mit der Mobilität verbindet. Die Autoindustrie ist bei Weitem die größte Branche in Deutschland. Unsere Automobilwirtschaft lebt von den Unterschieden in den Motoren und von den Unterschieden in den Fahrzeugen. Das ist es, was den Unterschied einer Marke ausmacht. Es ist also wenig verwunderlich, dass Autokonzerne und Organisationen gegen eine derart strenge Auslegung der Euro 7 sind. Nach ihrer Ansicht geraten dadurch bisher erfolgreiche Geschäftsmodelle und Hunderttausende von Arbeitsplätzen in Gefahr. Wir alle wissen aber zugleich auch um die bestehenden und so dringend zu erreichenden Klimaziele. Ja, diese Ziele sind hoch, aber selbst dem größten Autobauer nutzt es nichts, wenn wir diese Ziele nicht erreichen.

Daher glaube ich zukünftig für viele Jahre an einen sinnvollen Mix aus Elektromobilität, Wasserstoff und synthetischen Kraftstoffen, den sogenannten E-Fuels.

(Beifall SSW, vereinzelt CDU und Beifall Volker Schnurrbusch [AfD])

Neben der Luftfahrt, der Schifffahrt, dem Schwerlastverkehr, den landwirtschaftlichen Fahrzeugen und den Baumaschinen ist es auch für viele Pkw eine interessante und wichtige Alternative. Daher ist es wichtig, ein sogenanntes Level Playing Field zu schaffen, also gleiche Zugangsvoraussetzungen für die verschiedenen Energieträger. Den Rest sollten wir dann dem Markt überlassen.

Dafür muss der Bund den sogenannten regulatorischen Rahmen anpassen und endlich eine Energiepreisreform auf den Weg bringen. Die Euro 7 sollten wir somit nicht stoppen, sondern wir sollten die notwendigen, sinnvollen und erforderlichen Grenzwerte dafür auf den Weg bringen. Gleiches gilt im Übrigen für die realistischen Testbedingungen. - Herzlichen Dank.

(Andreas Hein)

(Beifall CDU, FDP, SSW und Volker Schnurrbusch [AfD])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Kai Vogel das Wort.

Kai Vogel [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Gäste! Ich fahre selbst gern Bahn, ich fahre aber auch gern Fahrrad. Ich gebe zu: Ich fahre auch gern Auto - wie Millionen andere Personen. Doch damit die Möglichkeiten der Auswahl bestehen bleiben, ist sicher, dass sich die Automobiltechnologie immer weiter zum Erreichen der gesetzten technologieoffenen Ziele entwickeln muss.

Wir haben schon mehrfach über das Thema Luftreinhaltung gesprochen. Die ganzen Maßnahmen zur Luftreinhaltung am Theodor-Heuss-Ring zum Beispiel passieren doch nicht nur, weil jemand seine neueste Technik ausprobieren will. Grenzwerte müssen eingehalten werden und sind keine unverbindliche Empfehlung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Thomas Hölck [SPD] und Christian Dirschauer [SSW])

Gerade in den Städten schützt Luftreinheit Leben. Verdreckte Luft gefährdet und verkürzt Leben. Da wirkt der AfD-Antrag wie aus einer anderen Zeit. In China gelten bereits jetzt übrigens deutlich niedrigere Grenzwerte als in Europa. Und Sie glauben doch wohl nicht ernsthaft, dass wir bei unserem wichtigsten Automobilmarkt auf alte Technik setzen, wie es die AfD nun fordert!

(Beifall Dr. Kai Dolgner [SPD] und Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es gibt aktuell eine Diskussion darüber, ob man nach der Festlegung der alten Abgasnorm aus dem Jahr 2014 nach über zehn Jahren eine neue Abgasnorm festlegen sollte. Es geht darum: Was passiert eventuell im Jahr 2025? Denn dafür ist die neue Norm erst geplant. Bisher sind es einzig und allein Vorschläge eines Expertengremiums, und diese Vorschläge werden innerhalb der EU diskutiert. Ich will nicht sagen, dass ich die nicht richtig finde, nichtsdestotrotz sind die noch nicht weiter innerhalb der EU.

Die Grenzwerte liegen derzeit bei 60 mg Stickoxid für Benziner und bei 80 mg Stickoxid für Diesel. Hier ist nun der Diskussionsvorschlag, ob diese auf

30 mg NO_x, wie es auch genannt wird, gesenkt werden sollen. Bereits jetzt halten viele Fahrzeuge - auch Dieselfahrzeuge - diese möglichen neuen Normen ein. Exemplarisch nenne ich hier einfach einmal den BMW 520 d Touring mit einem aktuellen NO_x-Wert von 1 mg/km. Wenn diese Werte nun für einen Kombi der oberen Mittelklasse erreichbar sind, dürfte das nun wahrlich kein Hexenwerk sein, diese Technik auch in allen anderen Autos zu verbauen.

Als extrem wichtiger Automobilstandort muss sich die Bundesrepublik natürlich schon fragen, was langfristig hilft, damit Deutschland in diesem Kernbereich der industriellen Produktion weiterhin Weltklasse bleibt. Technisch hinterherzuhinken und die Augen vor dem Problem zu verschließen, frei nach dem Motto, vielleicht merkt es ja keiner, hat noch nie geholfen.

Der Aufschrei in der Automobilindustrie bei möglichen veränderten Normen ist und war immer groß. Denken wir zurück: Vor 40 Jahren hatten wir die Diskussion über Katalysatoren, und es ging erst gar nicht und dann mit einem Mal doch. Genauso war es mit dem bleifreien Sprit. Die gesamte Automobilindustrie schien daran zu scheitern und dann mit einmal doch nicht. Genauso war es mit dem Dieselpartikelfilter und vor wenigen Jahren mit dem Kraftstoff E 10. Alles garantierte zu Beginn der Diskussion den absoluten Untergang der deutschen Automobilindustrie, und in Wirklichkeit wuchsen die Produktionszahlen deutscher Automobilhersteller immer weiter und weiter, und das weltweit anerkannt mit einer hervorragenden Technik.

Wer die technischen Möglichkeiten verweigert, verliert Marktanteile. Das erleben wir gerade bei den Hybrid- und insbesondere bei den Elektrofahrzeugen, wo unsere Automobilhersteller mit einer Aufholjagd spät starten, aber auch kräftig aufholen. Wer wie VW allerdings betrogen hat, muss über Jahre wieder um die Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung kämpfen.

Der Automobilindustrie ist endlich bewusst, dass die Themen Klimaschutz und Luftreinhaltung nicht mehr wegzudenken sind. Früher war das Auto fast unwidersprochen „des Deutschen liebstes Spielzeug“ oder „des Deutschen liebstes Kind“, das gilt heute so nicht mehr. Den Menschen sind Klimaschutz und Nachhaltigkeit wichtiger als je zuvor. Die Jugendlichen haben uns vor der Pandemie jeden Freitag vorm Landeshaus klargemacht, wie wichtig Klimaschutz ist. Schade, dass das im Augenblick nicht mehr problemlos möglich ist.

(Kai Vogel)

Es ist einfach unvernünftig, wenn man ein über 2 t schweres Fahrzeug benötigt, um 70 bis 100 kg Mensch zu transportieren. Es ist heute nicht mehr vermittelbar, dass die einzige Lösung für mehr Mobilität breitere und neue Straßen sind - nicht gerade denen, die AfD wählen; aber das tun ja bei den Wahlen glücklicherweise immer weniger. Denn wer nicht mit der Zeit geht, der geht mit der Zeit. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Dr. Andreas Tietze das Wort.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Abgase sind giftig. Das wussten schon die alten Griechen. Ich will jetzt nicht mit Altgriechisch angeben, aber fürs Graecum habe ich hart gearbeitet. Das griechische Substantiv Pharmakon - das kennen Sie wahrscheinlich von „Pharmaindustrie“ - heißt einerseits Gift und andererseits Heilmittel; ein Wort für zwei Bedeutungen. Das heißt, es kommt auf die Mischung und die Menge an.

Lieber Herr Kollege Schnurrbusch, wenn man wie Ihre Partei den Klimawandel leugnet und die CO₂-Ziele des Klimagipfels in Paris ablehnt, kann man nur so einen Murks-Antrag fabrizieren, den Sie uns hier vorlegen. Den lehnen wir ab.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, alle fünf Jahre gibt es eine Veränderung der Euronorm. Was ist der Sinn der Euronorm? - Der Sinn ist, dass wir die Menge der Stickstoffoxide und giftigen Abgase verringern. Was will der, der dagegen ist, eigentlich? Will der, dass das stagniert, will er, dass das hohe Niveau der Abgase erhalten bleibt? Ich kann mich nicht daran erinnern, dass es eine vernünftige Politik ist, das Thema Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Abgasen nicht immer weiter zu verfolgen.

(Jörg Nobis [AfD]: Wir wollen den Verbrennungsmotor erhalten! - Unruhe)

Die Anpassung der Norm ist ein Fortschritt der Technik und keine Verschwörungstheorie und auch kein Ungemach, wie Sie es behauptet haben.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

30 mg Stickoxid pro Kilometer sind das, was die Euronorm 7 will; jetzt sind es 80 für den Diesel und 60 für den Benziner. 30 mg NO_x pro Kilometer werden vorgeschlagen in vier Modellen im sogenannten RDE-Zyklus.

Das ist ein Zyklus, der das Abgasverhalten im Alltag misst und nicht in irgendwelchen Versuchslaboren. Da gab es ja einmal eine Geschichte - die Älteren unter uns erinnern sich -, den Diesel-Abgas-Skandal; da haben Leute Kasse gemacht, geschwindelt und uns hinter die Fichte geführt.

Meine Damen und Herren, Euro 7 ist eine Möglichkeit. Uns Grünen reicht das allerdings nicht aus. Lieber Herr Schnurrbusch, Sie haben vom Lebenszyklus gesprochen. Wenn Sie sich den Lebenszyklus eines Benziners oder Verbrennungsmotors anschauen, ist der wesentlich begrenzter als der Lebenszyklus eines E-Autos. Während Sie mit dem Benziner vielleicht maximal 200.000 km fahren können, können Sie mit einem E-Auto weitaus länger fahren.

(Peer Knöfler [CDU]: Quatsch! - Anhaltende Unruhe)

Die Verschleißarmut ist ja gerade der Vorteil, geringere Wartungskosten, leise, ohne Abgase, volles Drehmoment, für diejenigen, die gern schnell fahren wollen, auch mehr Beschleunigung, besser steuerbar, sparsamer und sicherer. Deshalb fragt man sich, warum wir nicht viel früher auf das E-Auto gesetzt haben, es ist nämlich erfunden worden, bevor es den Verbrennungsmotor gab.

(Dr. Frank Brodehl [fraktionslos]: Aus gutem Grund nicht! Es gab keinen Grund dafür! - Lars Harms [SSW]: Ladestationen! - Anhaltende Unruhe)

Deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab.

Schauen Sie sich einmal die Aktienentwicklung des VW-Konzerns im letzten Monat an! Volkswagen hat seine Produktion sehr klar und eindeutig auf den E-Motor eingestellt. Es gibt eine neue Batterietechnik-Industrieentwicklung in Deutschland, die Batterien werden hier gebaut, im Übrigen neue Nanotechnologien. Die Firma SALD aus den Niederlanden und das Fraunhofer Institut haben eine Beschichtung der Akkus erfunden, mit der die Normreichweite über 1.000 km beträgt. Wenn man sich das einmal auf der Zunge zergehen lässt, wenn man mit einer Batterieladung 1.000 km fahren und die Batterie zu Hause an der Steckdose aufladen kann,

(Dr. Andreas Tietze)

wer wird sich dann noch ein Diesel- oder Benzinauto kaufen?

Darin steckt so viel Innovation. Der Straßenverkehr ist einer der größten Emissionstreiber beim Klimaproblem. Deshalb gibt es tatsächlich überhaupt keine Alternative. Aus wirtschaftspolitischer Sicht ist Ihr Antrag völlig daneben. Wenn man die deutsche Automobilindustrie noch einigermaßen als Leitindustrie in der Zukunft retten will, muss man auf den E-Motor und auf Elektromobilität setzen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gucken Sie sich Volvo in Schweden an, gucken Sie sich die Amerikaner an! Wer glaubt, dass er mit dem Verbrennungsmotor im internationalen Automobilbereich in den nächsten 30 Jahren noch gute wirtschaftliche Kontakte macht, der setzt sprichwörtlich auf das falsche Pferd.

Das Zitat des Kollegen Vogel nenne ich nicht noch einmal, das hat er mir geklaut. Ich sage Ihnen zum Schluss ganz klar: Für uns Grüne gilt: Wir müssen die Innovation jetzt starten, wir müssen jetzt alles tun, damit wir die Arbeitsplätze, die Energie- und die Klimawende miteinander verbinden können. Deshalb ist Ihr Antrag für mich völlig daneben, er ist weit weg von moderner Politik. Motten Sie den ein, ziehen Sie ihn zurück! Er bringt uns in diesem Land nicht weiter. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt FDP, SSW und Beifall Kai Vogel [SPD])

Präsident Klaus Schlie:

Kollege Tietze, ich kann mir gar nicht vorstellen, dass der Kollege Vogel so weit herübergucken kann. - Für die Fraktion der FDP hat der Abgeordnete Kay Richert das Wort.

Kay Richert [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir werden als Jamaikakoalition den Antrag des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD ablehnen. Aber ich will nicht verhehlen, dass wir inhaltlich unterschiedliche Auffassungen zu der Thematik haben. Wir von der FDP glauben an Fortschritt, Innovation und moderne Konzepte.

(Beifall FDP)

Dafür brauchen Forscherinnen, Forscher, Entwicklerinnen und Entwickler gute Rahmenbedingungen und technologieoffene Förderprogramme.

Ambitionierte Zielsetzungen sind gut und wurden von der FDP auch immer mitgetragen. Denken Sie nur einmal an die deutschen Flüsse. In den 80er-Jahren des letzten Jahrhunderts waren Rhein, Elbe und Co giftig und tot. Sie konnten im Sommer noch nicht einmal Ihre Füße zur Kühlung in die Brühe reinhalten. Es war gut, dass hier Umweltstandards formuliert wurden.

(Vereinzelter Beifall FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Übrigens kamen - wenn ich mich richtig erinnere - wesentliche umweltschützende Initiativen damals von der FDP,

(Vereinzelter Beifall FDP)

auch wenn später Umweltminister Töpfer von der CDU im Rhein gebadet hat und die Grünen Umweltschutz für ihre Erfindung halten. Aber das macht ja nichts, Hauptsache, wir haben das Ziel erreicht. Der Erfolg darf ruhig viele Väter haben, Hauptsache er ist da.

(Vereinzelter Beifall FDP - Zurufe)

Heute sind die Flüsse wieder lebendig. So funktioniert Umweltschutz.

Das ist übrigens auch unsere Vorstellung von der Evolution der Antriebstechnik. Statt Verboten brauchen wir bessere Rahmenbedingungen für Forschung und Innovation.

(Vereinzelter Beifall FDP)

Wird denn der vollelektrische Antrieb künftig überhaupt die effizienteste Form sein? Oder werden sich Wasserstoff-, Hybrid- oder Brennstoffzelltechnologien durchsetzen? Das wissen wir nicht. Das werden wir auch nicht dadurch herausfinden, dass wir eine bestimmte Technologie verbieten oder faktisch unmöglich machen.

Für mich hat die Diskussion, die wir hier führen, übrigens auch eine soziale Komponente. Mobilität - auch die Individualmobilität - ist Teilhabe an gesellschaftlichem Wohlstand und öffentlichem Leben. Elektromobilität - also E-Bikes oder E-Autos - können sich derzeit aber nur Vermögende leisten. Kaufprämien für E-Autos sind so konzipiert, dass sie den Vermögenden zugutekommen. Ich finde das falsch. Es kann nicht das Ziel einer sozialen Wirtschaftspolitik sein und auch nicht das Ziel einer sozialen Mobilitätspolitik,

(Beifall FDP, AfD und Peer Knöfler [CDU])

die Vermögenden zu subventionieren und die weniger Privilegierten von der Teilhabe auszuschließen.

(Kay Richert)

Ein weiterer Aspekt ist, dass auch die Umweltverträglichkeit von Antrieben über die gesamte Lebensdauer betrachtet werden muss. Da hat der Batteriebetrieb erhebliche Schwächen.

(Beifall Annabell Krämer [FDP], Peer Knöfler [CDU] und Volker Schnurrbusch [AfD])

Ja, Emissionen entstehen nicht am Auspuff, aber die kritischen Abbaubedingungen für Batteriebestandteile müssen uns schon interessieren. Ob der Auspuff am Auto oder am Kraftwerk hängt, ist der Umwelt schließlich egal. Am Ende liegt die Wahrheit - wie immer - nicht irgendwo in einem Extrem, sondern mehrere Technologien werden ihre Einsatzgebiete finden und ihre Daseinsberechtigung bekommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich stelle mir vor, dass kluge Forscherinnen und Forscher mit guten Rahmenbedingungen die Evolution der Antriebstechniken vorantreiben. Ambitionierte Ziele sind gut. Denkverbote und Technologietabus sind es nicht.

(Beifall FDP)

Vielleicht ist der Verbrennungsmotor ja ein Auslaufmodell. Vielleicht ist er aber auch der Antrieb der Zukunft - mit E-Fuels oder Wasserstoff.

(Beifall FDP, Peer Knöfler [CDU] und Jörg Nobis [AfD])

Vielleicht ist es ja nicht die Technologie, sondern es sind die Kraftstoffe, die wir verwenden, die den Swing bringen.

(Beifall FDP und Dr. Frank Brodehl [fraktionslos])

Wenn wir die klugen Köpfe, die wir haben, ohne Scheuklappen denken lassen, dann werden die auch die Lösung finden. Dann ist mir auch nicht bange um die Zukunft. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und Beifall Volker Schnurrbusch [AfD])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Christian Dirschauer.

Christian Dirschauer [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass die AfD den vom Menschen beeinflussten Klimawandel leugnet, ist nicht neu. Daraus folgert die AfD, dass Maßnahmen zur Verminderung kli-

marelevanter Emissionen nicht notwendig sind. Das ist durchaus ein in sich schlüssiger politischer Ansatz, er hat nur einen Fehler: Er ist grundlegend falsch.

(Beifall SSW, FDP, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daher ist auch dem vorliegenden Antrag in keinem Fall zuzustimmen.

Damit aber nicht genug. Die Diskussion um die Einführung der Abgasnorm Euro 7 auf EU-Ebene ist im vollen Gang. Euro 7 betrifft alle Schadstoffemissionen, also nicht nur klimarelevante Gase. Es geht dabei um den nächsten Schritt zur Verringerung der Emissionen bei Benzinern und Dieselfahrzeugen, die ab 2025 gelten könnten und unter welchen Voraussetzungen diese gemessen werden.

Die deutsche Automobilindustrie hat sich zur Weiterentwicklung der EU-Abgasnorm kritisch bis ablehnend geäußert. Die AfD setzt nunmehr hier an und stellt sich vermeintlich an die Seite der Automobilindustrie. Aus Sicht des SSW leistet die AfD der Autoindustrie damit jedoch einen Bärendienst, einen großen Bärendienst. Denn aus der Vergangenheit wissen wir, dass die deutsche Autoindustrie immer wieder ein Problem mit schärferen Emissionswerten hatte. Es war ja auch so schön einfach und bequem, am Altbewährten festzuhalten, statt auf Innovation und emissionsärmere Techniken zu setzen. Diesen Fehler hat die deutsche Automobilindustrie bedauerlicherweise gemacht. Sie hat mit ihrer Politik der ruhigen, ja der zu ruhigen Hand und wohl manchmal auch einer Portion Überheblichkeit den Wandel hin zu einer nachhaltigen und umweltfreundlichen Mobilität sowie die Innovation bei der E-Mobilität über Jahre verschlafen - und das zum Teil mit politischer Rückendeckung aus Berlin.

(Beifall SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anders lassen sich auch die bekannten Skandale der Vergangenheit wohl nicht erklären. Heute rächt sich das, denn beim Rennen um die vorderen Plätze muss die Autoindustrie jetzt ihren Rückstand mit erheblichem Aufwand versuchen wieder wettzumachen.

Die Automobilindustrie muss sich nun aber ihrer Verantwortung stellen. Zu viel wurde ihr über die Jahre nachgesehen, ob es eben der Dieselskandal war, das Schönrechnen von Emissionswerten oder die Pkw-Verbrauchsangaben, die mit dem realen Verbrauch nichts zu tun haben. Das Image der deutschen Autoindustrie hat in den letzten Jahren leider

(Christian Dirschauer)

gelitten. Daher halte ich es für einen politischen Fehler, der deutschen Autoindustrie in Sachen Euro 7 an die Seite zu springen. Wer das macht, verhindert die innovative und nachhaltige Weiterentwicklung in der Autoindustrie und schadet ihr damit unter dem Strich im langfristigen Wettbewerb.

(Beifall SSW und Dr. Andreas Tietze
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Diskussion um eine geplante Euro-Abgasnorm ist in vollem Gang, und es ist bisher nicht absehbar, wie das Ergebnis am Ende aussehen wird. Eines ist aber klar: Wir brauchen weitere Verschärfungen, wenn Fahrzeuge aus der EU am Weltmarkt bestehen wollen. Länder wie China und USA haben bereits angekündigt, neue Obergrenzen einzuführen. Wenn unsere Autoindustrie das nicht berücksichtigt und entsprechend handelt, kastriert sie sich selbst und stellt sich damit ins umweltpolitische, aber eben auch wettbewerbstechnische Abseits. Sich selber vom Weltmarkt zu nehmen, kostet dann Arbeitsplätze. Das kann nicht in unser aller Interesse sein.

(Beifall SSW und FDP)

Anstatt hier also den Teufel an die Wand zu malen und Ängste zu schüren, indem das Aussterben des Benzin- und Dieselmotors heraufbeschworen wird, sollte die Zeit genutzt werden, um sich an einer konstruktiven Diskussion und Weiterentwicklung der EU-Abgasnorm zu beteiligen. Dies würde Arbeitsplätze sichern und wäre gleichermaßen ein wertvoller Beitrag zum Klimaschutz. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, FDP, Kai Vogel [SPD] und
Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, Dr. Bernd Buchholz.

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der Abgeordneten der AfD ist wortgleich mit dem Antrag der AfD-Bundestagsfraktion vom 25. November 2020 im Deutschen Bundestag. In Wahrheit ist mir meine Zeit zu schade, die hier wie-

der aufgebrühten Anträge der AfD im Landtag noch einmal zu diskutieren.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
SSW, vereinzelt CDU und SPD)

Das gilt insbesondere deshalb, weil es bisher überhaupt keinen Verordnungsvorschlag von der Europäischen Kommission gibt. Die Kommission hat bis zum November 2020 169 unterschiedliche Anordnungspositionen entgegengenommen, die sich sehr breit streuen. Es gibt keinen Vorschlag, den sich die EU-Kommission zu eigen gemacht hat. Deshalb wird man den Vorschlag der EU-Kommission zunächst abzuwarten haben, bevor man darüber diskutieren kann.

Ihr Antrag allerdings, einer Abgasnorm Euro 7 komplett entgegenzutreten, widerspricht jeder Logik der Zukunft. Denn selbstverständlich wird es irgendeine Weiterentwicklung der Abgasnormen und -grenzwerte geben müssen. Wobei auch Ihre Aussage, dass eine entsprechende Abgasnorm so, wie sie in Ihrem Antrag steht, das Ende des Verbrennungsmotors bedeuten würde, ebenfalls unrichtig ist, Herr Schnurrbusch. Denn nach den Aussagen der deutschen Autoindustrie gibt es auf dem deutschen Markt bereits Fahrzeuge, die die Grenzwerte von 30 mg NOx/km deutlich unterschreiten können und im normalen Fahrbetrieb unterschreiten. Dazu gehört zum Beispiel ein Fahrzeug aus München, 520 d Touring, ein Opel Astra, 1,6 D - alle mit einem Milligrammwert von bis zu 1 mg NOx/km. Es gibt einen anderen aus dem Stuttgarter Bereich, der lag sogar bei 0 mg NOx/km, allerdings unter anderen Testbedingungen. Das ist also keineswegs das Ende des Verbrennungsmotors.

Zusätzlich kommt allerdings erschwerend hinzu, dass natürlich auch andere Technologien zukünftig eine Rolle spielen können. Insoweit sollte man sehr wohl auch die Möglichkeit schaffen, synthetischen Kraftstoffen, die auf der Basis von erneuerbaren Energien erzeugt worden sind, eine Chance zu geben. Denn in der Tat: Das allein Seligmachende, Kollege Tietze, erscheint mir der Elektromotor dann doch vielleicht nicht zu sein,

(Beifall FDP, SSW und Peer Knöfler [CDU])

angesichts der Tatsache, dass wir alle doch auch einmal unter ökologischen Gesichtspunkten zur Kenntnis nehmen müssen, dass angesichts des gegenwärtigen deutschen Strommix der Stickoxidausstoß eines Elektroautos durch die Stromerzeugung bei etwa 80 bis 100 mg NOx/km liegt und damit deutlich höher als der eines Dieselfahrzeugs.

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

(Beifall FDP, SSW und vereinzelt CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Minister, gestatten Sie eine Bemerkung des Abgeordneten Tietze?

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Selbstverständlich.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Minister, vielen Dank, dass ich diese Bemerkung machen darf. Zunächst einmal werden Sie mir sicherlich zustimmen, dass es nicht nur um E-Motoren mit Akkus geht, sondern auch um wasserstoffbetriebene Autos. Das ist wahrscheinlich zwischen uns hier kein Dissens.

Dass man in der Energiewende natürlich auch ambitionierter dafür sorgen kann, dass die Erneuerbaren in unserem Land noch stärker an das Netz gebracht werden, vielleicht auch dafür sorgen muss, dass andere Bundesländer die Netze schneller ausbauen, werden Sie mir doch sicher zugestehen. Derzeit können die Erneuerbaren - jedenfalls was ich lese - die Stromproduktion für die kommenden E-Autos auch sicherstellen.

- Wir sind uns da insoweit einig, Herr Kollege Tietze, dass wir alles dafür tun müssen, dass wir in der Mobilität alle Fahrzeuge oder zumindest weitestgehend alle Fahrzeuge so emissionsarm wie möglich auf den Weg bringen. Daran müssen wir arbeiten. Aber ich warne davor, Herr Kollege Tietze, dass die nicht technologieoffene und einseitige Bevorzugung eines batteriegetriebenen Fahrzeugs beim gegenwärtigen Strommix übersteigert wird. Denn - mit Verlaub - es macht keinen Sinn, wenn nur der Auspuff woanders steht.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Minister, den Kollegen Tietze drängt es, eine weitere Bemerkung zu machen.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Minister, das ist auch mein politisches Ziel. Deshalb sollten wir gemeinsam dafür streiten, dass in Deutschland die Kohlekraftwerke insgesamt abgeschaltet werden. Ich glaube, wenn Sie mir zumindest das zugestehen, dann sind wir wieder einer Meinung.

(Beifall Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Dazu gibt es ein Kohleausstiegsszenario, zu dem sich die Landesregierung heute angesichts des AfD-Antrags an dieser Stelle nicht äußern möchte, Herr Kollege Tietze. Aber um ehrlich zu sein: Wir wissen doch alle, wo wir hinwollen.

Herr Kollege Tietze, jetzt haben Sie mich herausgefordert. Lassen Sie mich an der Stelle noch etwas sagen: Wenn wir gemeinsam zu einer noch besseren Regulatorik kämen, die unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten dafür sorgen würde, dass der CO₂-Preis das steuernde Element ist und es deshalb marktwirtschaftlich überhaupt nicht mehr attraktiv ist,

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

CO₂ auszustoßen, weil das einfach viel zu teuer wird, was man durch einen Emissionshandel viel besser als durch eine CO₂-Steuer regeln könnte, dann würden wir das Ziel noch viel frühzeitiger erreichen und das auch noch mit marktwirtschaftlichen Mitteln und damit angetrieben durch alle Marktteilnehmer gemeinsam.

(Beifall FDP)

Sehen Sie, da sind wir doch zum Schluss wunderbar einig. Wir sind uns besonders einig in der Ablehnung des AfD-Antrags, weil da nichts Sinnvolles drinsteht. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, SSW, vereinzelt SPD und Johannes Callsen [CDU])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil hier ein paar Dinge unrichtig dargestellt worden sind. In dem Antrag können gar nicht so furchtbar viele falsche Sachen drinstehen, denn auch die Kollegen im Bundestag von FDP, CDU und CSU haben unserer Einschätzung zugestimmt. Ich zitiere - wenn ich darf mit Ihrer Erlaubnis - den Abgeordneten Luksic:

„Die Flottengrenzwerte sollen weiter verschärft werden, jetzt auch noch bei Euro 7,

(Volker Schnurrbusch)

was in der vorgelegten angedachten Version in der Tat einem Verbot von Benzinern und Dieseln gleichkäme. Unsere Industrie kann Strukturwandel, das wäre aber Strukturbruch. Wir brauchen Technologieoffenheit, keine Autoplanwirtschaft.“

Das ist aus dem Protokoll des Bundestags. Die Debatte ist insofern schon sinnvoll. Auch wenn es noch keine Norm gibt, muss man sich Gedanken machen, was das bedeutet. Die deutsche Automobilindustrie hat sich bis jetzt immer offen gezeigt für neue Technologien. Sie war immer innovativ, und sie hat immer dafür gesorgt, dass die Autos umweltfreundlich waren. Sie hat sich darauf eingestellt. Deshalb ist die Nachfrage nach wie vor ungebrochen.

Deswegen halte ich es für falsch, wenn man immer wieder sagt: Die haben den Wandel verschlafen. Elektroautos wurden schon vor 25 Jahren in Stuttgart und in München gebaut. Man hat aber gesagt: Die sind nicht marktfähig, die will der Verbraucher nicht, und es gibt viele ungelöste Probleme, was die Batterietechnik betrifft. Diese Probleme sind bis heute nicht gelöst. Deswegen werden die Batterien im Moment auch noch in Fernost hergestellt.

Sie können nicht 410.000 Mitarbeiter auf die Straße setzen und sagen: Jetzt lernt mal um vom Kfz-Mechatroniker auf Batteriezusammenkleber. Batterien werden von Maschinen gebaut. Dafür brauchen Sie keine hohe Qualifikation. Bei Elektroautos und bei autonomem Fahren brauchen wir IT-Leute, das ist richtig. Wir brauchen eine Umschulung, wir brauchen viel mehr IT-Fachleute, aber wir können nicht sagen: Entlasst mal 410.000 Leute; Thema Wirtschaftspolitik, Herr Dr. Tietze. Diese Version wäre wirtschaftspolitisch nicht sinnvoll. Aber es geht um die Angestellten. Bei 410.000 Leuten sind noch nicht einmal die betroffenen Familien eingeschlossen. Sie vernichten also, wenn der Verbrennungsmotor zum Auslaufmodell erklärt wird, nicht nur unglaublich viel Volksvermögen durch die Verschrottung von Autos, sondern eben auch von Einkommen. Dass diese Gefahr besteht, habe ich vorhin skizziert.

Das, was wir kritisieren, und dabei muss ich Sie leider auch korrigieren, Herr Dr. Tietze, ist dies: Je länger Sie einen geregelten Verbrenner fahren, desto - in Anführungszeichen - umweltfreundlicher ist er. Ich fahre selbst alte Autos, und es gibt eine Studie der TU Saarbrücken, die genau ausgerechnet hat, dass die ganzen Umweltbelastungen, die in der Produktion entstehen, nach acht bis zehn Jahren ausgeglichen sind. Das heißt, wenn Sie den Wagen

länger fahren, ist er sauberer als jedes Elektroauto, bei dem Sie die Batterie nach acht bis zehn Jahren austauschen müssen.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter!

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Deshalb stimmt Ihre Behauptung mit dem Lebenszyklus leider nicht. Dass wir den Klimawandel leugnen, stimmt auch nicht. Wir sagen nur - -

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist leider beendet.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Danke für die Nachsicht. Dann müssen wir noch einmal einen neuen Antrag stellen.

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Beitrag des Kollegen Schnurrbusch hat mich einfach veranlasst, noch einmal nach vorn zu kommen, denn das war sehr viel Tinnel, was er von sich gegeben hat, und ich finde, das muss man richtigstellen.

(Beifall SSW)

Herr Schnurrbusch, Sie können sich hier nicht hinstellen und sagen: Diese Norm gibt es noch nicht, aber ich bin dagegen, und wir alle sollten uns dagegen wenden. Das ist doch Blödsinn. Wir müssen doch erst einmal abwarten, was beschlossen wird. Dann kann man sich natürlich eine Meinung bilden. Man kann sich auch gern in einem Prozess eine Meinung bilden, aber dann muss man auch sagen, welche Abgasgrenzwerte man haben will. Das tun Sie nicht, weil es Ihnen leichter gefallen ist, einfach einen Antrag Ihrer Bundestagsfraktion abzuschreiben. Ich finde, das ist aber zu wenig.

Ich finde auch, sich hier hinzustellen und zu sagen: 410.000 Leute verlieren ihren Job, wenn wir Abgaswerte einhalten oder diese ein bisschen verschärfen, ist ein bisschen far out. Niemand in der politischen Diskussion hat darüber gesprochen, dass man in irgendeiner Art und Weise irgendwelche Technologien ausschließen will, wenn diese

(Lars Harms)

Technologien dazu führen, dass Abgaswerte verringert werden. Darin besteht eine große Chance. Sich in der Vergangenheit verweigert zu haben und Abgaswerte nicht eingehalten zu haben, hat genau zu den Problemen geführt, die die Automobilindustrie jetzt hat. Deswegen sind koreanische Fahrzeuge, deswegen sind chinesische Fahrzeuge und deswegen sind amerikanische Fahrzeuge derzeit besser, weil dort diese Regelungen eben schon bestehen und diese Unternehmen am Markt wesentlich marktfähiger sind.

Wenn wir in unserer Industrie nicht darauf hinarbeiten, dass solche Abgaswerte eingehalten werden können, dann kriegen wir in der Tat Schwierigkeiten. Sich aber jetzt schon hier hinzustellen und den Leuten Angst zu machen, dass 400.000 Leute ihren Job verlieren, das ist wirklich fast schon eine Frechheit.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Harms, gestatten Sie eine Bemerkung des Abgeordneten Vogt?

Lars Harms [SSW]:

Selbstverständlich, wir sind Brüder im Geiste.

Präsident Klaus Schlie:

Da verschlägt es dem Abgeordneten Vogt die Sprache.

Christopher Vogt [FDP]: Vielen Dank, Genosse Harms. Ich wollte nur fragen: Haben Sie gerade ernsthaft gesagt, amerikanische Autos sind besser als deutsche? Ist das die Position des SSW?

Lars Harms [SSW]:

Das ist nicht die Position des SSW, sondern es ist eine Tatsache, dass die Abgaswerte besser einhalten können als unsere Fahrzeuge. Deswegen haben unsere Fahrzeuge auf dem amerikanischen Markt erhebliche Schwierigkeiten. Ich sage Ihnen: Wir müssen wieder genauso gut werden wie andere Nationen auch, was das Einhalten von Abgaswerten angeht.

Ich bin begeisterter Fahrer eines deutschen Fahrzeugs, wirklich. Das ist ein Fahrzeug, das sehr gut Abgaswerte einhalten kann. Trotzdem bedeutet das für uns und für unsere Automobilbranche natürlich, dass wir weiterhin daran arbeiten müssen, noch besser zu werden. Gerade die Einhaltung der Abgaswerte ist eine große Herausforderung. Wir soll-

ten alle an einem Strang ziehen und unsere Automobilbranche dabei unterstützen, diese Abgaswerte noch besser einhalten zu können, weil das Arbeitsplätze sichert. Das schafft Arbeitsplätze, das schafft Innovation, und das schafft vor allem auch wirtschaftliche Entwicklung.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Kollege Harms, nun hat der Abgeordnete Vogt noch einmal eine Bemerkung auf Lager.

Lars Harms [SSW]:

Bruder Vogt darf gern noch einmal.

Christopher Vogt [FDP]: Herr Kollege Harms, ich wollte fragen: Hat Ihr Fahrzeug einen Elektroantrieb?

- Mein Fahrzeug hat keinen Elektroantrieb. Das liegt an zwei Tatsachen. Erstens. Ich habe keinen Parkplatz vor der Tür, sodass ich es nicht aufladen könnte. Das ist ein Schicksal, das ich mit vielen anderen Menschen teile. Zweitens. Es ist auch so, dass es in meiner Region wirklich keine ausreichende Anzahl an Elektroladesäulen gibt, sodass ich ohne Schwierigkeiten parken und das Auto aufladen könnte. Ich müsste 2 km fahren oder mich fortbewegen. Natürlich könnte ich nachts, wenn ich irgendwann von der Arbeit komme, auch zu Fuß laufen, das können Sie mir zumuten, wenn Sie wollen. Ich mute mir das derzeit nicht zu.

Sollte aber irgendwann die Elektromobilität so ausgebaut sein, dass an jedem Haus und an jeder Mietskaserne ein Stecker wäre, an dem ich aufladen könnte, oder wenn es möglich wäre, dass ich tatsächlich schon mit einem Wasserstofffahrzeug fahren könnte, dann würde ich das gerne wählen. Zurzeit ist das noch nicht möglich, damit die Reichweiten zu schaffen, die ich als Fraktionsvorsitzender brauche. Das ist leider so. Aber wenn das irgendwann einmal so weit ist, dann sind wir alle uns wohl einig, dass wir gern ein solches Fahrzeug fahren würden.

Präsident Klaus Schlie:

Das wiederum führt dazu, Herr Kollege Harms, dass auch der Kollege Dr. Tietze noch eine Bemerkung machen will.

Ich stelle bei dieser Gelegenheit fest: Es gibt auch die Möglichkeit, nach 18 Uhr solche individuellen Fragen durch persönliche Testfahrten miteinander zu klären.

(Präsident Klaus Schlie)

(Beifall)

Lars Harms [SSW]:

Ich bin natürlich Demokrat und würde eine Frage trotzdem zulassen.

Präsident Klaus Schlie:

Das habe ich befürchtet.

(Heiterkeit)

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank. - Herr Kollege Harms, da Sie ein wenig negativ über unsere gemeinsame Heimatstadt Husum gesprochen haben, wollte ich doch zumindest darauf hinweisen, dass es ein Förderprogramm gibt, wonach Sie jederzeit an Ihrer Haustür oder in Ihrem Wohnbereich eine geförderte Ladesäule - übrigens auch ein gutes Programm der Landesregierung und der Bundesregierung - beantragen können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lars Harms [SSW]:

Lieber Kollege Tietze, das stimmt, da haben Sie recht. Nur kann ich die Ladesäule bei mir nicht hinstellen, weil das Grundstück vor meinem Haus an der Straße der Stadt Husum gehört. Die müsste das beantragen, nicht ich. Das gehört also nicht mir, und über fremdes Eigentum darf ich ja nicht verfügen.

Mein Problem ist im Übrigen, dass ich auch auf der öffentlichen Straße leider keinen Lars-Harms-Parkplatz habe. Den beantrage ich auch gar nicht, um das gleich klar zu sagen. Ich kann also nicht vor meinem Haus parken. Das heißt, wenn die Säule vor meinem Haus stehen würde, müsste ich jede Menge Kabel haben bis zu dem Parkplatz, den ich dann irgendwann einmal gefunden habe. Wenn das alle machen würden, dann stellen Sie sich bitte einmal vor, welches Kabelgewirr wir auf dem Bürgers-teig hätten. Das will ich niemandem zumuten.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir aber noch eine letzte Botschaft. Es ist ja nett, dass wir alle uns darüber unterhalten, welche persönliche Situation einzelne Personen haben. Wichtig ist aber doch am Ende die Botschaft, dass wir dafür sorgen müssen, dass unsere Automobilbranche gut aufgestellt ist. Wir sollten keinen Popanz aufbauen, indem gesagt wird: Da kommt irgendeine Abgasnorm, die in irgendeiner Art und Weise Arbeitsplät-

ze bedroht. Das ist nicht so. Abgasnormen helfen dabei, dass wir Arbeitsplätze weiter halten können und dass wir eben auch Innovationen voranbringen können. Das ist die entscheidende Botschaft, die von diesem Haus heute ausgehen müsste.

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Wir kommen zur Abstimmung in der Sache.

(Zuruf: Hier ist noch eine Wortmeldung!)

- Wo gibt es noch eine Wortmeldung? - Die habe ich geflissentlich übersehen. Bitte, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort zu einem Kurzbeitrag.

Peer Knöfler [CDU]:

Herr Präsident, ich werde keine 3 Minuten brauchen. Nicht nur wegen der fortgeschrittenen Zeit bitte ich, wenn wir beim nächsten Mal über dieses Thema sprechen, alle Redner darum, sich wesentlich mehr in die Fachlichkeit einzulesen und nicht die Artikel zur Vorbereitung der Reden zu nehmen, die von Journalisten oder auch von Fachjournalisten geschrieben wurden,

(Beifall CDU)

sondern sich vielleicht besser mit Fachbüchern zu beschäftigen; dann könnte die Debatte einen etwas anderen Verlauf nehmen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Nach diesem Beitrag stelle ich jetzt aber fest, dass es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt. Ich schließe die Beratung. Wir kommen zur Abstimmung in der Sache. Es ist beantragt worden, über den Antrag in der Drucksache 19/2867 abzustimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten des Zusammenschlusses der AfD und die Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Abgeordneten. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 33 auf:

Eine Social Entrepreneurship und Social Innovation-Strategie für Schleswig-Holstein entwickeln

(Präsident Klaus Schlie)

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2871

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht.
Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die CDU-
Fraktion hat der Abgeordnete Lukas Kilian.

Lukas Kilian [CDU]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Meine Damen und Herren! Gute Ideen müssen auch umgesetzt werden. Und damit gute Ideen in unserem Land auch umgesetzt werden, wollen wir eine Strategie entwickeln, um Social Entrepreneurship, also soziales Unternehmertum, in unserem Land zu fördern.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Statt Lebensmittel in den Müll zu schmeißen, könnte man daraus zum Beispiel einen Brotaufstrich produzieren, wie dies zum Beispiel ein Social-Unternehmen hier in Kiel macht. Nach der Geburt eines Kindes unabhängig vom Geldbeutel der Familien und insbesondere ohne soziale Bindungen in einer Stadt praktisch zu helfen und unter die Arme zu greifen, ist ein anderes Beispiel für ein Sozialunternehmen in Schleswig-Holstein. Oder als Refurbisher durch Aufarbeitung und Verkauf gebrauchter IT- und Mobilgeräte Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung zu schaffen, ist nicht nur ein beispielhaftes soziales Projekt, sondern auch ein beispielhaftes ökologisches Projekt. Das sind alles hervorragende Beispiele für soziales Unternehmertum, die wir auch in unserem Lande schon haben.

(Beifall CDU und FDP)

Eines ist klar: Soziales Unternehmertum trägt ganzheitlich zum wirtschaftlichen Wohlergehen bei. Gerade junge Start-ups in der Szene, die sich ganz speziell nicht breit unternehmerisch aufstellen wollen, sondern sich auf gezielte Probleme spezialisiert haben und nur diese Probleme sozialunternehmerisch lösen wollen, helfen dabei, soziale und gesellschaftliche Probleme zu lösen.

Aktuell gibt es in Schleswig-Holstein für soziale Unternehmer keine eigenständige Förderkulisse und auch noch keine ausgetretenen Pfade, um zu wissen, an wen man sich im Zweifel im Falle einer solchen Gründungsidee wenden kann. Das Wirtschaftsministerium fördert im Rahmen des Projektes „Innovationsorientiertes Netzwerk StartUp SH“ zwar das Teilprojekt „Social Entrepreneurship“, das auch Beratungen für Gründungen von Sozialunternehmen anbietet. Dieses bildet aber nur einen sehr

kleinen Teilbereich ab, was das gesamte Projekt Social Entrepreneurship angeht. Das liegt auch daran, dass in Schleswig-Holstein nicht klar definiert ist - ganz nebenbei: in Deutschland nicht klar definiert ist -, was eigentlich unter Sozialunternehmen und als Social Entrepreneurship genau verstanden werden sollte.

Ich möchte eines klar sagen: Auch bei uns in der Koalition gibt es durchaus den einen oder anderen, der auch in den Beratungen zu diesem Antrag die Frage gestellt hat: Ist BioNTech nicht auch ein Sozialunternehmen? Die lösen doch gerade ein sehr großes spezielles und gesellschaftliches Problem und stellen mit dieser Lösung ein großes soziales Projekt insgesamt dar.

Die Definitionen gehen wie wild auseinander. Ich finde auch, wir sollten nicht in eine Aufteilung zwischen sozialen Unternehmen und möglicherweise fast asozialen Unternehmen kommen, die Gewinne erwirtschaften. Nein, diese Aufteilung wünscht sich keiner. Sozialunternehmertum zeichnet sich vielmehr dadurch aus, dass die Gewinne dazu genutzt werden, die Idee weiterzuentwickeln und weiter voranzutreiben, das Problem also weiter zu lösen und weniger dazu, selbst Geld zu erwirtschaften.

Wir wollen eine Strategie entwickeln, die bestehenden Förderstrukturen des Landes zu untersuchen und zu bewerten. Und wir wollen keine unnötigen Doppelstrukturen haben, sondern wir wollen einen eigenen Handlungsrahmen, eine Förderungsstruktur und Förderprogramme für Sozialunternehmen in Schleswig-Holstein schaffen. Sozialunternehmen muss der Zugang erleichtert werden, und es muss gerade jungen Gründern erleichtert werden, sich abseits eines starren Businessplans mit solchen Ideen und solchen Gründungsmöglichkeiten hier in Schleswig-Holstein niederzulassen.

Ich glaube, dazu brauchen wir auch eine vergleichende Analyse von Förder- und Unterstützungsprogrammen im europäischen Ausland; denn gerade im skandinavischen Raum hat dieses Thema einen ganz anderen Stellenwert als bei uns in Deutschland.

Lassen Sie uns in Schleswig-Holstein nicht nur geografisch an der Spitze von Deutschland stehen, sondern lassen Sie uns auch beim sozialen Unternehmertum eine Führungsrolle in Deutschland übernehmen. Deswegen bitte ich Sie, diesem Antrag zuzustimmen. Wir brauchen eine solche Entwicklung. Gerade für unser Land wäre das ein super Aufschlag.

Ich bitte um Zustimmung. - Vielen Dank.

(Lukas Kilian)

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Martin Habersaat.

Martin Habersaat [SPD]:

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit Social Entrepreneurship ist das so eine Sache. Wir haben es gehört: Genau weiß nicht einmal bei den Antragstellern jeder, wovon eigentlich die Rede ist. Deshalb stellen CDU, Grüne und FDP ihrem Antrag ja auch eine Erklärung voran: Es gehe darum, die großen gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit mit sozialunternehmerischen Geschäftsmodellen zu bewältigen. Ich will einmal versuchen, diese Definition in die Praxis zu übersetzen.

Versuch eins: Die Herausforderung unserer Zeit ist eine Pandemie. Die Gesellschaft braucht Schutzmasken. Nikolas Löbel und Georg Nüßlein entwickeln ein Geschäftsmodell, um diese Herausforderung zu bewältigen. Ist das Social Entrepreneurship? - Nein, das ist asozial.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Versuch zwei: Die Herausforderung unserer Zeit ist eine immer komplexer werdende Welt, die immer mehr Wissen anhäuft. Die Gesellschaft braucht Orientierung. Nun kommt ein Unternehmen, dessen Ziel es ist - ich zitiere -,

„die Informationen der Welt zu organisieren und allgemein zugänglich und nutzbar zu machen.“

Ist das Social Entrepreneurship? - Nein, das ist Google.

Versuch drei: Sozialdemokratische Bildungsreformen haben es ermöglicht, dass immer mehr junge Menschen studieren können. Auch Kindern von Nicht-Akademikern steht der Weg zu Abitur und Hochschule offen. Allerdings fehlt diesen die Netzwerkstruktur der anderen. Oft sind sie die ersten in ihrer Familie, die sich an einer Universität zurechtfinden müssen. Ein Unternehmen ermutigt diese jungen Menschen auf ihrem Weg und organisiert ehrenamtliche Unterstützung. Ist das Social Entrepreneurship? - Ja. Zu finden ist es unter www.arbeiterkind.de.

Es muss um Lösungen für soziale Probleme und einen positiven Wandel der Gesellschaft bei gebremsten

Gewinnerwartungen gehen. Allerdings reicht der gute Zweck allein nicht zur Abgrenzung.

Unternehmen der Sozialwirtschaft zum Beispiel müsse man anders betrachten, schreibt die Landesregierung in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage meiner Kollegin Özlem Ünsal. AWO und DRK fielen offenbar nicht darunter, findet die Landesregierung. Die Bundesregierung stellt auf soziale Organisationen ab, die von Personen aus individuellem bürgerlichen Engagement heraus gegründet werden, um gesellschaftliche Herausforderungen zu lösen.

Waren Marie Juchacz und Henry Dunant also vielleicht doch Social Entrepreneurs? Jamaika will sozial engagierte Unternehmen und Innovationen. Das ist zunächst einmal gut. Eine Social-Innovation-Strategie ersetzt aber niemals die Notwendigkeit, sich für einen starken Sozialstaat einzusetzen. Sie macht auch nicht vergessen, meine Damen und Herren, dass Sie es waren, die zum Beispiel die Mietpreisbremse und das Tariftreue- und Vergabegesetz in Schleswig-Holstein geschleift haben.

Meine Damen und Herren, wir lassen es Ihnen auch nicht durchgehen, Social Entrepreneurship als Feigenblatt zu missbrauchen.

(Beifall SPD - Dennis Bornhöft [FDP]: Sie sollten sich bei den Start-ups entschuldigen!)

Es wäre ein Irrtum, anzunehmen, dass die Mehrheit der Menschen auf einen funktionierenden Sozialstaat verzichten könne, wenn Social Entrepreneurs an seine Stelle träten. Gerade in dieser pandemischen Zeit erweist es sich als Glücksfall, dass die SPD sich selbst als kleinerer Regierungspartner im Bund erfolgreich dagegen gewehrt hat, den Sozialstaat weiter zu schleifen und stattdessen kräftige Investitionen in die soziale Absicherung der von den Auswirkungen der Coronapandemie gebeutelten Menschen durchgesetzt hat.

„Privat vor Staat“ war noch nie eine Perspektive für die Mehrheit der Menschen, Solidarität schon. Wir wollen, dass junge Menschen Verantwortung für sich und andere übernehmen. Menschen wollen etwas Sinnvolles tun. Das mag zu Social Entrepreneurship ermutigen. Aber auch eine Lehrerin oder ein Krankenpfleger tun aus unserer Sicht etwas Sinnvolles und übernehmen Verantwortung. Wir haben gestern gelernt, dass Teile der CDU Schwierigkeiten damit haben.

Wir wollen auch, dass junge Menschen Sprachhüllen erkennen. Sonst kann man übergangslos von Landtagsanträgen zu Satiretexten wechseln. Das

(Martin Habersaat)

folgende Zitat stammt von Marc-Uwe Kling und Jamaika:

„Haben Sie Ihre Human Resources schon upgedated, dass sie wegen den Shareholders outgesourced und lohngedumpt werden?“

Danach bitte „unter Einbindung relevanter Stakeholder eine Strategie von Social Innovation und Social Entrepreneurship“ entwickeln.

Und dann bitte den Senior Assistant Manager Director fragen, er solle „bitte den Head of Saubermachung briefen, dass ich beim Brainstorming ins Mainoffice gevomitted habe.“

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Joschka Knuth.

Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich könnte jetzt sagen, Ihre Rede hinterlasse mich ratlos,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt FDP)

aber stattdessen sage ich: Ich stehe hier mit großer Freude. Denn wir schließen in Schleswig-Holstein eine strategische und programmatische Lücke, die wir hatten. Wir, die Jamaika-Koalition, begegnen neuen Ideen und Entwicklungen nicht mit Häme, sondern mit Mut und Gestaltungswillen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und FDP)

Schleswig-Holstein bekommt eine Social-Innovation-Strategie. Das ist eine gute Nachricht. Es geht darum, soziale Innovation zu fördern und zu unterstützen. Es geht um soziale Innovationen, die sich eben nicht immer klar abgrenzen lassen von technologischen Innovationen, von prozessualen Innovationen, die diese sich aber zu eigen machen können, was in der Kombination dazu beiträgt - mit technologischen Innovationen, mit prozessualen Innovationen -, den gesellschaftlichen Herausforderungen mit neuen Lösungsansätzen zu begegnen. Wir wollen Social Entrepreneurship im Land fördern, und wir wollen Open-Social-Innovation-Prozesse fördern. Das machen wir, weil sich in den vergangenen Jahren hier im Land tatsächlich ein sehr vitales Akteurs-, Strategie- und Strukturnetzwerk, ein großes

Netzwerk und Ökosystem an Akteurinnen und Akteuren, entwickelt hat, die in soziale Innovationen investieren wollen, die sozialunternehmerisch gründen wollen. Solche Entwicklungen nehmen wir auf und gestalten wir.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Kollege Knuth, gestatten Sie eine Bemerkung des Kollegen Dr. Stegner?

Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr gern.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Herr Kollege Knuth, ich wollte Ihnen bei Ihrer Ratlosigkeit ein bisschen helfen. Es geht uns keineswegs darum, gegenüber neuen Entwicklungen nicht aufgeschlossen zu sein. Aber ich habe die Frage, ob man mit flotter Form und Benennung mit Anglizismen, ohne zu sagen, was eigentlich dahintersteckt, das Problem gelöst hat?

Wir haben heute gelernt, dass die Landesregierung gesagt hat, sie sei bei der Künstlichen Intelligenz Vorreiter mit weltweiter Ausstrahlung, obwohl man dem Feld hinterhergaloppiert, jedenfalls im Vergleich mit den anderen deutschen Bundesländern. Uns ging es ein bisschen mehr um die Substanz, darum, über Ihre Konzepte ein bisschen inhaltlich zu erfahren und weniger den PR-Teil, der ja reichlich dargeboten wird.

Ich bin aus der Rede des Kollegen Kilian jedenfalls nicht schlau geworden und weiß nicht, was er inhaltlich meinte. Es sei denn, er meinte, was er gestern Abend gesagt hat; aber das wäre erschreckend.

- Ich biete Ihnen sehr gern an, dass wir uns noch einmal in Ruhe zusammensetzen und wir zusammen durchgehen, worum es sich bei sozialen Innovationen und sozialunternehmerischen Lösungen handelt.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

In der klassischen Innovationsförderung spricht man beispielsweise vom Dreiklang der Innovationen. Man spricht von technologischen Innovationen; das kann ein besserer Motor sein. Man spricht von prozessualen Innovationen; das kann Airbnb sein. Man spricht von sozialen Innovationen; das

(Joschka Knuth)

sind Innovationen, die sich Teile der technologischen und prozessualen Innovationen zu eigen machen, aber gleichzeitig die Lösung gesellschaftlicher Probleme in den Fokus nehmen und nicht gewinnorientiert oder gewinnmaximierungsorientiert arbeiten.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Birgit Herdejürgen [SPD]: Das habe ich bereits vor 30 Jahren im Studium gelernt!)

Das ist ein einfacher Dreiklang. Wir haben uns im Land - übrigens unter einem SPD-Wirtschaftsministerium - auf die Förderung von prozessualen und technologischen Innovationen konzentriert. Wir sagen: Da ist eine Lücke. Da fehlt ein Standbein. Das wollen wir jetzt stärken. Dafür machen wir die Strategie. Ich finde, das ist sehr logisch.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie gesagt: Wir haben in Schleswig-Holstein ein sehr vitales Netzwerk und Ökosystem an Akteurinnen und Akteuren, an Ideen. Viele sind in den vergangenen Jahren in Vorleistung gegangen, beispielsweise mit yooweedo an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. Es gibt tolle Unternehmen, die hier aus dem Land kommen. Ich möchte Goldeimer, Spielköpfe und myBoo nennen, die sich zum Ziel gesetzt haben, gesellschaftliche Herausforderungen unternehmerisch anzugehen. Es gibt Projekte wie den „Muddi Markt“ auf der Kieler Woche oder WEstartUp.SH, die das Gründungsinteresse von Frauen stärken wollen. Das alles sind tolle Projekte. Diese wollen wir strukturell besser unterstützen und zum Ziel führen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und FDP)

Wir sehen, dass die Probleme in der Welt drängender werden. Deswegen ist es jetzt an der Zeit, dies strategisch zu forcieren. Wir sehen, dass wir vielen anderen Ländern in der Europäischen Union hinterhinken. Skandinavien ist angesprochen worden. Dänemark hat tolle Projekte, beispielsweise das Copenhagen Project House, wo sich Sozialunternehmen ansiedeln können, sich die Leute treffen, ihre Ideen weiterentwickeln und in die Gründung begeben können.

Schweden hat übrigens eine Innovationsagentur, die ganz deutlich sagt, dass es nicht reiche, prozessuale und technologische Innovationen zu fördern; innovative Produkte und Technologien allein können eine nachhaltige Zukunft nicht gestalten. Vielmehr

geht es um den gesamtheitlichen, den holistischen Ansatz, den wir fördern wollen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und FDP)

Für unsere Strategie müssen wir deshalb von anderen Ländern lernen. Wir müssen die vielen engagierten Menschen in unserem Land und die Initiativen vernetzen und zusammenbringen. Wir müssen Orte und Akteure identifizieren, die es in Schleswig-Holstein zu unterstützen gilt. Wir müssen auch unsere bestehende Landesförderung kritisch dahingehend überprüfen, wo sie gegebenenfalls Lücken hat und wo nachgesteuert werden kann.

Dann können wir tatsächlich die gesamte Innovationskraft, die wir im Land haben, für die Zukunft noch besser heben, und das muss unser gemeinsames Ziel sein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und FDP)

Genau dafür haben wir im Haushalt das Geld zur Verfügung gestellt. Jetzt erteilen wir als Landtag oder zumindest wir als Koalition den Auftrag, diese Strategie zu erstellen, um in den kommenden Jahren konkrete Projekte, die im Rahmen dieser Strategieerstellung identifiziert und entwickelt werden, umsetzen und unterstützen zu können. Darauf freue ich mich sehr. Auch die Menschen in diesem Land freuen sich darauf. Ich bin mir sicher, wenn beispielsweise das Netzwerk von SEND, also das Netzwerk des Social Entrepreneurship Deutschland oder die vielen engagierten Menschen Ihre Rede hier heute gehört haben, Kollege Habersaat, dann haben sie den Eindruck, dass Sie kein Interesse daran haben, mit denen zusammen die Zukunft im Land zu gestalten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Wir hingegen haben dieses klare Interesse und setzen entsprechend die Förderung auf. Ich freue mich auf die Zukunft. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Kay Richert.

Kay Richert [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Social Entrepreneurship oder Social Innovation, ehrlich gesagt, das klingt schon ein bisschen nach steuergeldfinanziertem Aktionismus. Dabei ist das Misstrauen, das einen beschleichen kann, hier total fehl am Platz. Lediglich die Begriffe sind ungewohnt; denn das Prinzip kennen wir alle. Wir sind sehr wohl damit vertraut. Soziales Unternehmertum ist nämlich grundsätzlich gar nichts Neues. Stiftungen, gemeinnützige Vereine und Genossenschaften sind gemeinwohlorientierte Unternehmen, und zwar schon sehr lange. In Deutschland sind damit die Namen Friedrich Wilhelm Raiffeisen, Hermann Schulze-Delitzsch oder Adolph Kolping verbunden, übrigens ein Katholik, ein Protestant und ein Liberaler. Man könnte also sagen, soziales Unternehmertum ist so eine Art schwarz-gelbe Geburt. Die Grünen hat es im 19. Jahrhundert ja noch nicht gegeben.

Es geht um die Lösung gesellschaftlicher Problemstellungen mit unternehmerischen Mitteln, also um kontinuierliche wirtschaftliche Tätigkeit mit leistungsbasierten Einnahmen, um die Vereinbarung ökonomischer Prinzipien mit dem NonProfit-Gedanken. Herkömmliche Unternehmen maximieren den Profit. Die Gewinne des sozialen Unternehmens sollen nicht maximiert werden, sondern sie sollen den Weiterbetrieb sicherstellen. Man könnte also sagen, soziale Unternehmen maximieren auch, aber eben den sozialen Nutzen.

Profitmaximierung hat ja durchaus ihre guten Seiten. Sie ist die Triebfeder für Innovation und für technisch-organisatorischen Fortschritt. Damit trägt es zum allgemeinen gesellschaftlichen Wohlstand durch echten Mehrwert bei.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber Profitmaximierung kann auch unsozial sein, zum Beispiel, wenn es um Raubbau oder um Ausbeutung geht. Profitmaximierung kann einer Gesellschaft also nutzen oder schaden. Das ist auch der Grund, warum wir als FDP überzeugte Verfechter der sozialen Marktwirtschaft sind.

(Beifall FDP)

In einer funktionierenden Volkswirtschaft haben beide Arten von Unternehmen ihre Berechtigung; denn auch wenn der Ansatz eines sozialen Unternehmens auf den ersten Blick philanthropischer erscheint, ohne gewinnorientierte Unternehmen würde vor allen Dingen der Staat nicht über ausreichende

de Einnahmen verfügen, um seine Aufgaben zu erfüllen. Unternehmertum ist wichtig für uns als Gesellschaft. Deswegen gibt es das Landeskonzept Entrepreneurship Education, um junge Menschen dafür zu begeistern, ihre Ideale umzusetzen, ihre Träume zu leben und gleichzeitig als Unternehmerinnen und Unternehmer diese Gesellschaft voranzubringen. Dabei sind die Träume und die Ideale der jungen Menschen genauso vielfältig und unterschiedlich wie die Menschen selbst. Deswegen ist es richtig, dass Social Entrepreneurship als eine der unternehmerischen Facetten in dem Landeskonzept Entrepreneurship Education beleuchtet wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen Unternehmerinnen und Unternehmer. Wir brauchen Lösungen für gesellschaftliche Problemstellungen, und die Förderung von sozialunternehmerischen Ansätzen ist ein guter Weg, um diese Herausforderungen anzugehen. Daran ändern auch misanthropisches Genörgel und weinerliche Nabelschau nichts, Kollege Habersaat. Lassen Sie mich noch anfügen: Nicht jeder Versuch feinsinnig intellektueller Kritik gelingt. Manches wirkt einfach unangemessen und peinlich.

(Beifall FDP - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sie sollten mal in den Spiegel schauen, Herr Kollege!)

- Mit der letzten Bemerkung waren durchaus auch Sie gemeint, Herr Kollege Stegner.

Die Lösung von gesellschaftlichen Problemen durch unternehmerische Tätigkeiten ist eine bessere Lösung und eine nachhaltigere Lösung als die Verteilung von Subventionen. Ich bitte Sie um Zustimmung zu unserem wirklich gelungenen Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Christian Dirschauer.

Christian Dirschauer [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wirtschaftlicher Erfolg und positive gesellschaftliche Wirkung: Immer mehr Unternehmerinnen und Unternehmer wollen diese beiden Ziele kombinieren und gleichermaßen erreichen. Sie sind Social Entrepreneurs, ordnen ihre Produkte und Dienstleistungen also dem sozialen Unternehmertum zu. Eigener Erfolg wird hier auch daran gemessen, dass

(Christian Dirschauer)

gesellschaftliche Verantwortung übernommen und gelebt wird. Dies ist grundsätzlich eine positive Einstellung; denn Tatsache ist: Wir stehen als Gesamtgesellschaft vor immer drängender werdenden komplexen Herausforderungen, und die machen neue Wege erforderlich. Hinzu kommt, dass auch und gerade in Krisenzeiten, wie wir sie zurzeit durch die Coronapandemie erleben, neue kreative Ansätze und Lösungen gesucht und gefunden werden müssen. Diese Krise wird nachhallen und unsere Wirtschaftslandschaft verändern. Darauf müssen wir uns vorbereiten. Dazu gehört, dass auch die Möglichkeiten für sozialunternehmerische Ideen sowie innovative und nachhaltige Geschäftsmodelle klug ausgebaut werden. Eine Strategie zur Weiterentwicklung des sozialen Unternehmertums und des gesamten Netzwerkes, das dahintersteht, unter Federführung des Landes ist daher eine sinnvolle Sache. Die Haushaltsmittel dafür sind ja schon bereitgestellt worden.

Natürlich ist klar, dass es in diesem Prozess noch einige Unklarheiten gibt. Das fängt schon bei den Begrifflichkeiten an. Wie wird Social Entrepreneurship denn konkret definiert? Wer fällt in diese Kategorie, wer aus welchen Gründen nicht? Dies hat auch Auswirkungen auf potenzielle Förderprogramme und -summen. Wer wird in den erlesenen Kreis der relevanten Stakeholder aufgenommen, die laut Antrag an der Ausarbeitung mitwirken sollen?

Teilweise findet man immerhin schon mal Halbantworten. So merkte die Landesregierung bei der Beantwortung einer entsprechenden Kleinen Anfrage der Kollegin Ünsal vom August 2020 zu Recht an, dass es unterschiedliche Ansätze zur Definition des Begriffs Sozialunternehmen gibt. Weiter wird in der Vorbemerkung notiert, dass Sozialunternehmen von Unternehmen der Sozialwirtschaft und Inklusionsunternehmen ebenso abgegrenzt werden müssten wie von Unternehmen beziehungsweise freigemeinnützigen Institutionen der Sozialwirtschaft, zum Beispiel Betreibern von Pflegeeinrichtungen, Werkstätten für Menschen mit Behinderung oder Kindertagesstätten. Eine Förderung von Sozialunternehmen im Rahmen der bestehenden Wirtschaftsförderungsprogramme ist zudem laut Auskunft nur möglich, wenn diese auf Dauer mit der Absicht zur Gewinnerzielung betrieben werden.

Hier kommen wir zu einem für mich ganz entscheidenden Punkt: Soziales, insbesondere die klassische Daseinsvorsorge, gehört zuallererst in die öffentliche Hand;

(Beifall SSW und SPD)

denn grundsätzlich sollte bei sozialen Themen nicht die Gewinnmaximierung im Vordergrund stehen. Dies kann letztendlich nur der Sozialstaat leisten. Unternehmen, auch Sozialunternehmen, werden immer auch gewinnorientiert denken und handeln müssen. Selbstverständlich können diese gern die vorhandenen Strukturen nutzen, ergänzen und vorhandene Lücken identifizieren und schließen. Genau hier sind gerade innovatives unternehmerisches Denken und proaktives Gestalten gefragt. Natürlich kann das soziale Unternehmertum erfolgreich und nachhaltig zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen beitragen. Es sollte daher passgenau unterstützt werden, aber eben als Einbettung in die bestehenden Strukturen; denn grundsätzlich wird der große Bereich Soziales immer hauptsächlich in die öffentliche Hand gehören.

(Beifall Beate Raudies [SPD])

Noch ein Satz zu der Lobpreisung unserer skandinavischen Nachbarn in diesem Punkt. In Dänemark setzen beispielsweise die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung, die sogenannten SDGs, den natürlichen Rahmen für die Arbeit aller Sozialunternehmen, die im Verband Sociale Entreprenører i Danmark organisiert sind, ein Ansatz, den wir nur begrüßen können. Hiervon sollte sich Schleswig-Holstein bei der Strategieerstellung gern inspirieren lassen.

(Beifall SSW)

In der Summe sind wir dem vorliegenden Gesamtantrag also durchaus positiv gesonnen. Aber es wird letztendlich darauf ankommen, wie die Details aussehen und wie die Gesamtstrategie umgesetzt werden soll. Dann allerdings werden wir sicherlich in diesem Haus noch einmal darüber sprechen. - Vielen Dank.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem ersten Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Wolfgang Baasch.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Gesellschaftlicher Fortschritt braucht soziale Innovation“: So lautete die Überschrift einer Erklärung der deutschen Wohlfahrtsverbände, die gemeinsam mit dem Social Entrepreneurship Netzwerk Deutschland SEND und dem Netzwerk der Start-Ups für soziale Innovationen herausgegeben worden ist. In dieser gemeinsamen Erklärung haben

(Wolfgang Baasch)

sich die Wohlfahrtsverbände und die Verbände des Netzwerks Entrepreneurship darauf verständigt, gemeinsame Arbeitsnetzwerke zu gründen und sich in einen regelmäßigen Austausch auf Fachebene zu begeben. So sollen gemeinsame Konferenzen zur sozialen Innovation und zur Initiierung gemeinsamer Vorhaben auf den Weg gebracht werden. Es läuft also auf Gemeinsamkeit und auch auf die Entwicklung einer gemeinsamen Verantwortung hinaus.

Natürlich haben die Wohlfahrtverbände und die Netzwerke des Social Entrepreneurship auch festgelegt, welche Rahmenbedingungen dazu geschaffen werden müssen. An erster Stelle ist das natürlich die Verbesserung der Finanzierung von sozialen Innovationen und vor allem eine verlässliche Finanzierung von Programmen im sozialen Bereich. Wohlfahrtsverbände und Sozialunternehmen sind nämlich Schlüsselakteure für die Förderung eines zukünftigen sozialen Sektors.

(Beifall SPD)

Im Sozialwesen der Bundesrepublik Deutschland sind im Moment circa 4,4 Millionen Menschen beschäftigt. Die Bruttowertschöpfung im Sozialwesen liegt bei über 165 Milliarden € Diese Zahlen alleine machen deutlich, welche Bedeutung dem Sozialsektor über den gesellschaftlichen Zusammenhang hinaus in der Bundesrepublik Deutschland zukommt.

Auch in Schleswig-Holstein soll diese Entwicklung und Umsetzung landesweiter Förderstrategien und der Aufbau von gemeinsamen Netzwerken der Akteurinnen und Akteure im Sozialwesen im Mittelpunkt stehen. Es sollen Förderprogramme entwickelt werden, die die Ansprüche gemeinnütziger Organisationen in den Mittelpunkt stellen. Gemeinnützige Organisationen dürfen nicht über gewerbliche Unternehmen im Sozialbereich benachteiligt werden.

(Beifall SPD)

Die Gesundheitsbereiche Krankenhaus und Pflege sind hier mahnende Beispiele. Das Ziel aller Angebote im sozialen Bereich - auch derjenigen, die sich sozialinnovativ neu entwickeln - muss es sein, Hilfe und Teilhabe zu organisieren. Dabei bleibt die Schaffung einer sozialinklusiven Gesellschaft der Antrieb zum Handeln. Ich finde, dieser Ansatz ist richtig und notwendig.

Ich frage mich nur, warum Sie darüber noch nicht in Ihrem Zukunftslabor zum Thema Sozialpolitik einmal diskutiert haben. Sie hätten schon zwei Jah-

re lang mit diesem Zukunftslabor Antworten geben können, anstatt jetzt mit so einem Antrag zu kommen, wo vieles schon bei anderen Leuten auf den Weg gebracht worden ist. - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Martin Habersaat.

Martin Habersaat [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als ein positives Beispiel, das auch wirklich ein positives Beispiel ist, wurde yooweedoo genannt. Da machen jedes Jahr ungefähr 100 Studierende mit, und jedes Jahr im Sommer kommen ungefähr 30 Teams zusammen, die Geschäftsmodelle entwickeln. Wenn ich einer von denen wäre und mich nun fragte, nachdem ich Ihren - Zitat Herr Richert - „wirklich gelungenen“ Antrag gelesen habe, was denn aus der Landesförderung für yooweedoo wird, ob sie aufgestockt oder irgendwie nennenswert verändert wird, dann müsste ich feststellen: Aus Ihrem Antrag geht das nicht hervor. Es ist von Konzeptentwicklung und Vergleichen die Rede. Das ist letztendlich nichts anderes, als alten Wein in neue Schläuche zu füllen, ihn umzubeschriften und englisch zu benennen, aber noch nichts mit Substanz zu liefern. Das dürfen wir an dieser Stelle kritisieren.

(Beifall SPD)

Genauso, wie wir auch nichts gegen Künstliche Intelligenz an sich haben

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

aber ein Problem sehen, wenn hier dargestellt wird, Schleswig-Holstein sei nun weltweit führend bei Künstlicher Intelligenz. Wenn man da einmal dahinter guckt, ist es wenig mehr als eine Luftnummer. So ähnlich ist es mit Ihrer Wasserstoffstrategie, und so ähnlich ist es an verschiedenen anderen Punkten auch. Sie müssen es einfach ertragen, wenn wir das an dieser Stelle so benennen, Herr Richert.

Es ist ja auch nicht so, dass die Flüsse in den 80er-Jahren ganz alleine und wegen der tollen technischen Innovationen sauber geworden sind. Dafür bedurfte es auch einiger umweltpolitischer Regelungen und gesetzlicher Festlegungen. Man sollte also berücksichtigen: Wenn man über Social Entrepreneurship nachdenkt, dann muss man auch den

(Martin Habersaat)

Sozialstaat als solchen bedenken. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Lukas Kilian.

Lukas Kilian [CDU]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte erst einmal etwas klarstellen, weil vonseiten der SPD-Fraktion seit dem gestrigen Tag versucht wird, das ein wenig durcheinanderzubringen. Ich habe gestern deutlich gemacht, dass Unternehmer grundsätzlich nicht vom Staat bezahlt werden sollten, sondern durch eigene Hände Arbeit Geld verdienen möchten.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Ich habe überhaupt kein Problem mit dem öffentlichen Dienst, aber liebe Kollegen von der SPD-Fraktion: So, wie Sie uns manchmal und durchaus zu Recht vorwerfen, dass in unserer Fraktion mehr Frauen sein dürften, möchte ich Ihnen doch sagen, dass ein Unternehmer oder eine Unternehmerin in Ihrer Fraktion ganz guttäte.

(Zurufe SPD: Haben wir doch!)

Man stellt in diesen Debatten immer wieder fest: Sobald es um Unternehmensfragen, um wirtschaftspolitische Fragen oder Gründungsfragen geht, dann hält man bei Ihnen lieber oberlehrerhafte Reden, die Häme über ein wirklich wichtiges Thema auskubeln.

Herr Kollege Baasch hat es noch gerettet. Er hat ausdrücklich als einzigen Kritikpunkt genannt: Warum nicht früher? - Darüber kann man streiten, das stimmt, das akzeptieren wir. Man könnte auch fragen: „Warum die Küstenkoalition nicht?“, et cetera.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

„Warum nicht früher?“, kann man als Kritik anbringen. Die Rede aber von Ihnen, Herr Kollege Habersaat, zeigt, dass die nächste Landtagswahl bei Ihnen in der Zusammensetzung der Fraktion wirklich strukturell an der einen oder anderen Stellschraube etwas verändern sollte.

(Heiterkeit Hans Hinrich Neve [CDU])

Ich glaube, dass es nicht sinnvoll ist, jetzt so zu tun, als ob Sozialunternehmertum den Sozialstaat abschaffen sollte, als ob wir mit Sozialunternehmert-

umförderung den Sozialstaat abschaffen wollen und uns ein Feigenblatt für irgendetwas vorbehalten. Das hat damit überhaupt nichts zu tun.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wissen Sie, ganz offen gesprochen: Ich habe manchmal bei Ihrem Fraktionsvorsitzenden das Gefühl, dass er im Textbausteinkasten rumwühlt und dann eine Rede zusammensetzt. Da sind die einen oder anderen Textbausteine drin, die medial ganz gut transportiert werden.

(Christopher Vogt [FDP]: Den Eindruck hat man gar nicht!)

- Der Kollege Andresen hat sich einmal hier hingestellt und vier, fünf Textbausteine von Ihnen zusammengekleistert, und man dachte wirklich: Es spricht Herr Dr. Stegner. Dass Sie nun aber, Herr Habersaat, als Nachwuchshoffnung der SPD-Landtagsfraktion den gleichen Fehler machen und auch solche Textbausteine absolut unpassend zum Thema hinterherwerfen, ist wirklich schade.

(Heiterkeit CDU und FDP)

Wir brauchen gute Leute in der SPD. Ich hoffe, dass sie sich langsam, aber sicher durchsetzen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU und FDP - Zuruf Beate Raudies [SPD])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Heiner Dunckel.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das Märchen, das Sie aufführen, heißt: Des Kaisers neue Kleider!)

Dr. Heiner Dunckel [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Kilian, vielleicht nur für Sie zur Erinnerung: Wir leisten uns sogar als Landesvorsitzende eine Unternehmerin.

(Beifall SPD - Serpil Midyatli [SPD]: Kapitalistin!)

Ich habe aufmerksam zugehört, weil ich gern bereit bin, zu lernen. Ich gebe allerdings zu: Ich habe einen gewissen Hang zu präzisen Definitionen.

(Heiterkeit Dr. Ralf Stegner [SPD])

(Dr. Heiner Dunkel)

Das mag etwas mit meinem früheren Leben zu tun haben. Was ich jetzt gelernt habe, ist: Social Entrepreneurship ist irgendwie sozial, irgendwie innovativ,

(Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch schon sehr konkret!)

weniger gewinnmaximierend, aber schon ein bisschen gewinnorientiert, in das soziale Kapital investierend, eine Lücke schließend, und so weiter und so fort.

(Beifall Tobias von der Heide [CDU])

- Entschuldigung, das ist nicht wirklich präzise. Wenn Sie klatschen, würde ich Ihnen, wären Sie meine Erstsemester, sagen: Schauen Sie einmal, was eine präzise Definition ist!

(Beifall Regina Poersch [SPD], Beate Raudies [SPD] und Dr. Ralf Stegner [SPD] - Zuruf FDP)

Ich erläutere das einmal an zwei Beispielen. Wenn ich jetzt als Unternehmer, was aktuell von Bedeutung wäre, einen Spucktest für Kinder entwickelte - das ist eine rein technologische Innovation -, ist das Social Entrepreneurship oder nicht? Was ist es? - Es ist innovativ, es investiert in soziales Kapital. Ich erkläre auch, ich möchte den Gewinn nicht maximieren, sondern nur ein bisschen Gewinn machen und den Rest wieder in den Betrieb reinvestieren, was ich als Start-up sowieso machen muss. Das ist also Social Entrepreneurship, richtig?

Oder ein anderes Beispiel: In normalen Betrieben wird seit vielen Jahren der sogenannte soziotechnische Systemansatz gefördert. Es gibt keine rein technologischen Innovationen. Das wissen alle guten Betriebe. Es sind immer soziotechnische Systementwicklungen. Das können Sie in jedem Lehrbuch nachlesen. Also sind die dann ja auch soziale Entrepreneure.

Wenn Sie schon etwas fördern wollen, wenn Sie schon eine Lücke schließen wollen, dann halte ich es doch für vernünftig, dass Sie saubere Kriterien angeben, nach denen man bemessen kann, wann jemand ein Social Entrepreneur ist und gefördert werden kann. Das haben Sie nicht getan, das kann ich nicht erkennen.

(Beifall SPD - Zuruf - Martin Habersaat [SPD]: Aber es klingt geil! - Dennys Bornhöft [FDP]: Im Gegensatz zu Ihrer Rede, Herr Habersaat! - Weitere Zurufe)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Joschka Knuth.

(Dennys Bornhöft [FDP]: Keine Anglizismen! - Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Keine Fremdwörter!)

Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich gehe noch einmal rein. Herr Kollege Dr. Dunkel, zur Definitionsfrage habe ich Ihrem Fraktionsvorsitzenden vorhin eine, wie ich finde, sehr klare Antwort gegeben. Die können Sie sich gern später noch einmal anschauen und durchlesen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, vereinzelt CDU und Beifall Lars Harms [SSW])

Ich glaube aber, dass Sie hier tatsächlich eher zwei grundsätzliche Verständnisprobleme haben. Ich komme noch einmal auf die sozialen Innovationen zurück: Es geht bei sozialen Innovationen mitnichten darum, staatliche Leistungen durch private Leistungen zu ersetzen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Lukas Kilian [CDU])

Es geht darum, dass wir gegebenenfalls sogar die staatlichen Dienste und Leistungen durch soziale Innovationen verbessern. Das ist es, was wir fördern wollen: die Verbesserung des Staatswesens.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt CDU)

Das unterscheidet sich von einer sozialunternehmerischen Lösung beispielsweise in dem Moment, wo eine entsprechende sozialunternehmerische Lösung ein bestehendes Angebot nachhaltig verbessert.

Goldeimer war vorhin angesprochen. Die bieten Festivaltoiletten an. Die hatten ein großes Problem mit dem ganzen Chemiemist, der auf Festivals am Ende aus den klassischen Toiletten übrigblieb. Dazu wurde eine ökologische Alternative unternehmerisch am Markt angeboten, und mit dem Profit wird am Ende ein soziales Projekt in Afrika gefördert. Das ist ein sozialunternehmerisches Projekt.

Da ist dann auch die Unterscheidung zu einer sozialen Innovation. Das könnte man dann so durchdeklinieren für die anderen Projekte, die ich Ihnen genannt habe, die Spielköpfe, die diskriminierungsfreie Spielkarten entwickeln beispielsweise und den

(Joschka Knuth)

Profit nachhaltig investieren. Die Firma myBoo war angesprochen. Die bauen ein klassisches Produkt, Fahrräder, aber die reduzieren ihren Profit dadurch, dass sie von ihrem Überschuss Schulen in Afrika finanzieren. - Gutes Projekt und sozialunternehmerisch.

Das zweite Verständnisproblem, das Sie haben, ist das zu einem Strategieprozess. Ein Strategieprozess beginnt nicht mit dem Ergebnis. Ein Strategieprozess beginnt mit einem Auftrag.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Natürlich hoffe ich sehr, dass am Ende des Strategieprozesses auch steht, wie wir unsere Förderstrukturen hier im Land verbessern können, beispielsweise für yooweedo und andere Projekte. Aber genau das zu eruieren, wie das dann am besten ausgestaltet wird, ist ja Auftrag des Strategieprozesses und der Mittel, die wir da hinterlegt haben. Darauf freue ich mich sehr. Ich glaube, die Ergebnisse werden uns als Land am Ende weiterbringen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

(Zuruf Dennys Bornhöft [FDP])

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es immer faszinierend, dass Sie Anträge formulieren, die Sie selbst als hervorragend bezeichnen, und uns versuchen in die Ecke der Gestrigkeit zu rücken, bis man dann einmal konkret auf den Zahn fühlt, was eigentlich mit dem gemeint ist, was Sie da sagen - flotte Anglizismen, inhaltlich sagen Sie, Sie wollen einen Strategieprozess einleiten. Der Strategieprozess wird ein Jahr vor der Landtagswahl eingeleitet. Da fangen Sie an, Strategieprozesse einzuleiten.

(Zuruf Lukas Kilian [CDU])

Wenn der Kollege Baasch fragt, warum Sie eigentlich in Ihrem Sozillabor keine Ergebnisse haben, dann heißt es, wir würden Sie falsch kritisieren.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dann kommt der Kollege Richert und liefert uns so eine Rosamunde-Pilcher-Version von Unternehmertum. In Wirklichkeit sind Sie gegen Tariftreue, Sie lehnen, wenn es konkret wird, solche Sachen ab.

(Dennys Bornhöft [FDP]: Sie sind auch ein Jahr vor der Wahl!)

Dann kommen Sie uns mit Anträgen, wo ich wirklich nur sagen kann: Das sind des Kaisers neue Kleider.

Dann kommt ein Kollege von der CDU-Fraktion und sagt, wir würden ihn komplett missverstehen, weil das, was er meine, Unternehmer seien, die mit ihrer eigenen Hände Arbeit Geld verdienen. - Komisch, das tun die Pflegekräfte im öffentlichen Dienst auch, mit ihrer eigenen Hände Arbeit Geld zu verdienen. Darüber haben wir gestern gesprochen. Dann fühlen Sie sich zu Unrecht beschuldigt, wenn man darauf einmal hinweist.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich muss ehrlich sagen: Das ist wirklich eine Karikatur, was Sie hier abliefern. Solche Anträge winkt man nicht einfach durch, weil Sie von Jamaika so wunderbar sind, sondern erlaubt sich, einmal hinzuschauen. Der Kollege Heiner Dunckel hat das in der ihm eigenen Art getan, der übrigens Hochschullehrer ist und gelegentlich Erstsemester zu sehen bekommt.

(Zuruf Tobias von der Heide [CDU])

Ich muss sagen: Das, was die Erstsemester da bieten, ist mit Sicherheit besser, als das, was Ihre Redner hier dargestellt haben.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Stegner, gestatten Sie eine Bemerkung des Abgeordneten Kay Richert?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Da ich bereits am Ende meiner Ausführungen bin, nein.

(Christopher Vogt [FDP]: Der Kollege wollte eine fachliche Nachfrage stellen! - Birgit Herdejürgen [SPD]: Da bist du sicher? - Dennys Bornhöft [FDP]: Der hätte es auch auf Deutsch geschafft!)

Präsident Klaus Schlie:

Pardon, Herr Abgeordneter von der Heide, ich hatte das vorhin übersehen. Sie hatten sich zuerst gemeldet. Sie haben nunmehr das Wort.

Tobias von der Heide [CDU]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Danke sehr. Vorweg will ich noch einmal auf diese Verbalkritik an Formulierungen im Antragstext eingehen und will auch gern mit Marc-Uwe Kling antworten, dass ich das eigentlich im Grundsatz „nicht witzig“ finde, dass Sie einen bestimmten Sprachgebrauch, der für mich als Diplomkaufmann total gebräuchlich ist und den ich aus meinem Studium kenne, hier auf eine Art und Weise diskreditieren, die ich nicht angemessen finde.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Birgit Herdejürgen [SPD]: Es geht nicht um den Sprachgebrauch, es geht um die Inhalte!)

- Doch, es geht um den Sprachgebrauch. Ich kenne das aus meinem Studium sehr genau. Als ein Diplomkaufmann, der im Bildungsausschuss sitzt, sage ich einmal - Sie sind ja nun Lehrer, und Marc-Uwe Kling ist meines Wissens Theaterwissenschaftler -, dass man da vielleicht einen anderen Kontext hat.

(Zurufe)

- Ja, aber er hat tatsächlich dieses Thema studiert, so glaube ich. - Ich will Ihnen sagen: Es ist nicht richtig, das einfach wegen einer anderen wissenschaftlichen Expertise im Grundsatz zu kritisieren. Das finde ich nicht witzig.

(Beifall Lukas Kilian [CDU], Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dennys Bornhöft [FDP] - Wortmeldung Martin Habersaat [SPD])

- Herr Habersaat, ah, Sie wollen eine Frage stellen. Gut, das will ich Ihnen gern gestatten.

Präsident Klaus Schlie:

Wenn es noch möglich ist, dass ich die Sitzung leite, wäre das ganz gut.

(Heiterkeit und Beifall)

Tobias von der Heide [CDU]:

Auch das will ich Ihnen gestatten, Herr Landtagspräsident!

Präsident Klaus Schlie:

Das ist nett von Ihnen, Herr Abgeordneter. Dann geht es jetzt um die Bemerkung des Kollegen Habersaat.

Martin Habersaat [SPD]: Herr Kollege von der Heide, ich will Ihnen versichern, es ging mir an keiner Stelle darum, die Diplomkaufleute dieser Welt zu desavouieren, sondern es ging mir darum darauf hinzuweisen, dass es zuweilen vorkommt, mit Sprache - und sei sie welchem Fachgebiet auch immer entlehnt - mangelnden Inhalt zu kaschieren. Das war mein Vorwurf an diesen Antrag.

Tobias von der Heide [CDU]:

Gut, ich glaube, das liegt daran, dass Sie fachlich diesem Thema sehr fern sind, und da will ich Ihnen gleich helfen.

(Vereinzelter Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Christopher Vogt [FDP]: Hoffentlich kriegt das hier keiner mit!)

Herr Habersaat, Sie haben drei Beispiele genannt. Das erste Beispiel, das Sie genannt haben, ist das Thema Maskendeal. Herr Abgeordneter Dunckel, Sie haben das ja hervorragend herausgearbeitet. Es geht um drei Themen. Das erste Thema ist das Thema Innovation. Ein soziales Unternehmen muss innovativ sein.

Zweitens: Es muss ein Produkt geben. Das haben Sie vorhin auch gesagt. Das Produkt ist entscheidend.

Das dritte Thema ist: Es muss am besten ein Unternehmen sein, das wenig Gewinnerzielungsabsicht hat. Das ist Social Entrepreneurship. - Herr Dunckel, herzlichen Glückwunsch.

Herr Habersaat, Sie haben das nicht begriffen.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Erstens, es ist das Thema Handel mit Masken angesprochen worden.

(Martin Habersaat [SPD]: Habe ich nicht als Social Entrepreneurship einsortiert! - Weitere Zurufe)

- Na ja, Sie haben zumindest versucht, sich damit dem Thema zu nähern. Das ist im Grunde ein ganz normales Handelsprodukt oder ein Handelsunternehmen, wo man sagen würde: Okay, sehe ich auch so, das ist nicht Social Entrepreneurship.

(Tobias von der Heide)

Bei Google gebe ich Ihnen recht; das haben Sie nicht so einsortiert. Ich will Ihnen ein Beispiel liefern, wo eine Suchmaschine am Ende doch zu einem sozialen Unternehmen wird.

(Zurufe)

Das ist Wikipedia. Hört, hört und erstaunt! Das ist ein Social Entrepreneurship. Warum - ich helfe Ihnen -: Weil es innovativ ist, weil es ein Produkt ist und weil es keine Gewinnerzielungsabsicht verfolgt.

(Unruhe)

Das Dritte, das Sie angesprochen haben, ist ArbeiterKind. Ich finde diese Organisation super, aber Sie müssen mir erklären, was genau sein Produkt ist. Es hat nämlich im Grunde kein Produkt.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Das heißt also, Prozesse können keine Innovation sein? - Anhaltende Unruhe)

Präsident Klaus Schlie:

Die Diskussion läuft so ab, dass Sie hier vorn reden oder Sie eine Frage stellen oder eine Bemerkung machen können. Anders läuft die Diskussion nicht ab. - Bitte, Herr Abgeordneter, Sie haben weiter das Wort.

Tobias von der Heide [CDU]:

Ich will Ihnen nur deutlich machen, dass die Beispiele, die Sie gebracht haben, nicht angebracht sind.

Ein sehr gutes Beispiel ist myBoo, das vorhin schon angesprochen worden ist, ein Unternehmen, das mit Bambusfahrrädern aus Ghana ein nachhaltiges Produkt herstellt und sogar Entwicklungshilfe in Ghana unterstützt, vor Ort tätig ist und wenig Gewinnerzielungsabsicht hat.

Am Ende geht es darum, Förderprogramme zu entwickeln, die die drei Kriterien erfüllen, die ich gerade zu erläutern versucht habe, und damit Unternehmen zu unterstützen. Ich glaube, das ist ein sinnvolles Ziel. Vielleicht hat meine Erklärung geholfen, auch Sie dafür zu begeistern. - Danke, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Kay Richert.

(Unruhe)

Kay Richert [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion! Herr Dr. Stegner, Sie haben meine Zwischenfrage nicht zugelassen. Das war schade. Denn ich würde gern verstehen, was Ihr Punkt ist.

Sie haben kritisiert, dass wir das zu diesem Zeitpunkt starten. Sie haben kritisiert, dass wir einen Strategieprozess aufsetzen, bei dem das Ergebnis am Anfang natürlich nicht feststehen kann. Und Sie haben kritisiert, dass wir in Anglizismen reden.

Der Kollege Habersaat hat eben mangelnden Inhalt beklagt. Mir fehlt da auch ein bisschen der Inhalt: Was genau ist denn der Punkt, was hindert Sie denn daran, unseren Antrag gut zu finden, auch wenn Sie ihn sich vielleicht früher gewünscht hätten?

Wenn Sie das noch einmal ausführen könnten, würde das den ganzen Prozess vielleicht befruchten. Wenn Sie gute Ideen beizutragen haben, nehmen wir die natürlich gern mit dazu.

(Beifall FDP und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen aus dem Plenum. - Für die Landesregierung hat jetzt der Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, Dr. Bernd Buchholz, das Wort.

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Debatte hinterlässt mich einigermaßen fassungslos,

(Zurufe)

angesichts der Beiträge, die hier gehalten worden sind. Die Tatsache, dass man über die letzten zehn, 15 Jahre bestimmte Prozesse nicht verfolgt hat, rechtfertigt ja nicht, dass man sich deshalb hier über bestimmte gesellschaftliche Phänomene lustig machen kann. Herr Kollege Habersaat, Sie unterstellen, dass die Abgeordneten dieser Koalition den Begriff des Social Entrepreneurship erfunden hätten, nach dem Motto: irgendein paar Anglizismen in den Raum werfen und so tun, als sei das etwas völlig Neues.

(Anhaltende Unruhe)

Vielleicht ist Ihnen entgangen, dass es das Phänomen ungefähr seit dem Jahr 2005, eigentlich seit

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

der Jahrtausendwende gibt, dass sich in nicht gemeinnützigen Unternehmen, in Sozialunternehmen, sondern in jungen Start-ups mit dem Wunsch, nicht unbedingt gewinnorientiert zu agieren,

(Zuruf Wolfgang Baasch [SPD])

andere Formen ergeben haben, mit denen es sehr stark gemeinwohlorientierte Unternehmensgründungen gibt. Herr Habersaat, das hat im Jahr 2010 dazu geführt, dass sich eine Hochschulplattform aus der Ludwig-Maximilians-Universität München, der Technischen Universität München, der Hochschule für angewandte Wissenschaften München und der Universität der Bundeswehr München als Kooperation Social Entrepreneurship Akademie gegründet hat. Ist Ihnen das entgangen, Herr Habersaat?

(Zurufe SPD)

Sind die am Lehrstuhl der Leuphana in Lüneburg eingerichteten Themen für die Untersuchung und Integration von Social Entrepreneurship in existierende Lehrangebote seit dem Jahr 2010 Dinge, die Ihnen völlig fremd sind?

(Zurufe)

Dann ist das bedauerlich.

Wir als Landesregierung nehmen diese neuen Formen von sozialem Engagement und sozialem Unternehmertum ernst.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir wollen dafür etwas tun. Herr Habersaat, ich bin dankbar dafür, den jungen Leuten Ihren Beitrag hier eins zu eins vorzuführen und zeigen zu können, dass Sie dafür null Verständnis aufbringen

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und es sogar öffentlich lächerlich machen. Das macht mich ein Stück fassungslos. Ich habe es Joschka Knuth aber vorausgesagt.

(Unruhe)

Ich habe es allerdings in zweierlei Hinsicht vorausgesagt. Mir ist als liberaler Wirtschaftsminister noch ein anderer Aspekt wichtig. Das Thema Social Entrepreneurship, das ein neues Phänomen ist, darf nicht dazu führen, dass jemand, der ein Unternehmen gründet, das auf Gewinnorientierung aufbaut, als unsozial gilt. Diese Abgrenzung darf es nicht geben.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und AfD)

Der Kollege Habersaat hat es mit seinem Beitrag genau in diese Richtung gedreht, nach dem Motto: Wer gewinnorientiert agiert, sei quasi unsozial. Nein, meine Damen und Herren, wer gewinnorientiert agiert, wer Produkte schafft, die für die Gemeinschaft wichtig sind, und das durchaus profitorientiert, wer damit Beschäftigung schafft, der handelt als ein Treiber der sozialen Marktwirtschaft sehr sozial.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und AfD)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Minister, gestatten Sie eine Bemerkung des Abgeordneten Dr. Stegner?

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Selbstverständlich gestatte ich auch eine Bemerkung von Herrn Dr. Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Herr Minister Buchholz, ich glaube, Sie haben das grundlegend missverstanden. Ich bin Mitglied im Auswahlausschuss der Friedrich-Ebert-Stiftung in Norddeutschland und habe regelmäßig Studierende, die von der Leuphana Universität Lüneburg kommen und mir etwas über ihre Studien erzählen. Was die mir sagen, ist erheblich konkreter als das, was ich in diesem Antrag gelesen habe. Herr Minister, wenn Sie uns fragen, ob uns das alles entgangen ist, obwohl es das schon seit vielen Jahren gibt, erklären Sie uns doch einmal, warum Sie ein Jahr vor der Landtagswahl einen Strategieprozess aufsetzen, der herausfinden soll, wie das gehen soll. Das verstehe ich nicht. Vielleicht können Sie uns das erklären.

- Lieber Herr Stegner, das erkläre ich Ihnen gern. Sie haben aus der letzten Legislaturperiode bestimmte Strukturen hinterlassen, wo es zunächst einmal darum ging, die Start-up-Szene in Schleswig-Holstein insgesamt zu beleben. Da gab es nämlich wenig. Da ein bisschen Schwung reinzubringen und die Start-up-Szene in eine bestimmte Weltoffenheit zu bringen, zum Beispiel ein Northern Germany Innovation Office in San Francisco zu gründen und das Silicon Valley an Schleswig-Holstein ranzuholen, hat eine Weile gedauert.

(Martin Habersaat [SPD]: Das war Ihre Idee?)

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

- Das hat eine Weile gedauert.

Dann kommt es dazu, dass man fragt: Wo haben wir noch Lücken im System? Genau das ist der Ansatz. Zunächst guckt man, ob wir bei den großen Fragen richtig aufgestellt sind, und dann guckt man, wo es Lückenthemen gibt. Diese Lückenthemen dürften auch Ihnen bekannt sein. Dass bei den Gründungen, die nach dem Deutschen Start-up Monitor im Bereich des Social Entrepreneurship stattgefunden haben, 35 % der eher profitorientierten Themen Fördermittel des Staates in Anspruch genommen haben, während es bei sozialen Start-ups nur 9 % waren, das regt doch zum Nachdenken an. Warum ist das so? Gibt es ein Problem, dass Social-Entrepreneurship-Aktivitäten durch das Förderraster unserer bisherigen Struktur durchfallen? Diese Frage ist doch berechtigt, und der Frage wollen wir nachgehen. Das steht in dem Antrag.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das finde ich nicht nur total legitim, sondern ich finde es großartig, dass wir das tun, auch wenn der Zeitrahmen, der uns dafür gegeben ist, bis zum Frühjahr 2022, durchaus sehr eng gestrickt ist. Denn ehrlich gesagt haben sich schon viele daran versucht.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Minister, nunmehr möchte der Abgeordnete Dr. Dunckel gern eine Bemerkung machen.

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Ich bin für alle Fragen bereit.

Dr. Heiner Dunckel [SPD]: Das ist sehr schön, vielen Dank. - Ich befinde mich immer noch im Prozess des Lernens, aber Social Entrepreneurship muss ich nicht mehr lernen, das kenne ich, und das kann ich auch für meine Fraktion sagen. Ich habe noch eine Frage. Ich habe mit Erstaunen festgestellt, dass Sie gerade von Gemeinwohlorientierung gesprochen haben. Meine Frage lautet: Ist ein weiteres Element denn gemeinwohlokonomische Orientierung? - Ich kenne mich da aus - damit Sie keine Angst haben. Gemeinwohlokonomie ist ja sauber definiert und ein eigener ökonomischer Strang. Ist auch das damit gemeint?

- Wissen Sie, Herr Dunckel, ich bin genau an dieser Stelle dabei, diese Definitionen und feingliedrigen Abgrenzungen nicht zu machen.

(Dr. Heiner Dunckel [SPD]: Das habe ich befürchtet!)

Mir geht es nicht darum, definitiv noch besser als die ganzen Wissenschaftler zu sein. Für mich ist ein Unternehmer, der viele Steuern zahlt und profitorientiert agiert, übrigens auch sehr gemeinwohlorientiert,

(Beifall FDP, CDU und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

denn er finanziert unsere Kindertagesstätten, unsere Schulen, er finanziert Straßen und Wege und alles Mögliche. Auch das ist gemeinwohlorientiert. Ehrlicherweise darf man auch das - bitte schön - nicht unterschätzen. Aber das ist ein anderes Phänomen.

Es ist ein anderes Phänomen, wenn sich ein junges Unternehmen in Berlin hinsetzt und sagt: „Wir heißen Projekt Syrian Archive“, das mit einer Open-Source-Philosophie Luftbilder, Onlinevideos aus dem Syrienkrieg aufbereitet - ohne Chance, dafür einen Profit zu realisieren. Es tut aber durchaus etwas, um Kriegsverbrechen nachzugehen. Das ist ein Ansatz, bei dem man sich fragt: Unterstützenswert oder nicht unterstützenswert? - Das ist ein Unternehmen, das, nicht mit Steuergeldern finanziert, Gemeinnützigkeit erzielen könnte.

Andere Unternehmen: Nehmen Sie das Projekt Foodsharing, eine Internetplattform zum Verteilen überschüssiger Lebensmittel in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Ist das gut, oder ist das schlecht? Ist das gemeinwohlorientiert? - Selbstverständlich.

Ist das ein Phänomen, das durch die bisherigen Förderansätze eher hindurchfällt? Sollte man dem nachgehen? - Ich sage: Ja, genau, das sollte man tun. Solchen Dingen sollte man nachgehen.

Es gibt durchaus Beispiele, die im profitorientierten Bereich gut sind. Da gibt es das Hamburger Unternehmen Viva con Agua. Es hat durchaus geleistet, auf Wasserproblematiken in der Welt aufmerksam zu machen, ohne dabei auf einen gewissen Profit zu verzichten. Das ist aber ein völlig anderer Ansatz als der von anderen Mineralwasserherstellern. Genau darum geht es.

Vielleicht können Sie die Sensibilität und die Feingefühligkeit dafür aufbringen, dass es Phänomene gibt, die man definitiv nicht hundertprozentig abgrenzen kann, aber die es trotzdem anzuschauen und gegebenenfalls zu fördern gilt. Es gibt junge Menschen - übrigens auch ältere Menschen -, die glauben, dass sie jetzt nicht mehr nur rein profitorientiert unternehmerisch tätig sein wollen. Diesen

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

Ansatz halte ich für bedenkens- und unterstützenswert. Wir gehen dem gern nach.

(Beifall FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber wir verteufeln den Unternehmer und das Start-up, das zukünftig sagt: „Nö, wir machen das zum Geldverdienen“, ebenso wenig, wie wir den verteufeln, der als gemeinnütziges Sozialunternehmen im Wohlfahrtsbereich sagt: „Pass mal auf, wir haben nicht die Innovationskraft wie viele andere Start-ups, aber wir machen ein wichtiges gemeinwohlorientiertes Unternehmen“. - Wir haben viele Große, die wichtige Dinge für diese Gesellschaft leisten.

Daneben haben wir eine neue Szene von jungen Unternehmen, die unsere Förderung vielleicht stärker brauchen, als das in der Vergangenheit der Fall war.

Die Landesregierung - -

Präsident Klaus Schlie:

Herr Minister, ich muss jetzt einmal dazwischen gehen. Ich komme sonst gar nicht dazu. Sie holen zwischendurch kaum Luft. - Es drängt den Kollegen Dr. Dunckel unbedingt nach einer weiteren Bemerkung.

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Er möchte weitere definitorische Abgrenzungsfragen stellen, und daran will ich ihn nicht hindern.

Dr. Heiner Dunckel [SPD]: Nein. - Ich glaube, wir sind gar nicht strittig, dass sich viele Unternehmen am Gemeinwohl orientieren - jeglicher Couleur.

Wir sind sicherlich auch nicht strittig, dass viele Start-ups das machen.

Ich habe etwas anderes gefragt. Die Diskussion um Gemeinwohlökonomie - gucken Sie sich nur die Plattform an - ist mindestens so alt wie die über Social Entrepreneurship. Meine Frage war, ob Sie sagen, dass die Gemeinwohlökonomie - das ist eine sehr saubere Definition, Abgrenzung - dazugehört.

- Ich muss gestehen, dass ich die definitorische Abgrenzungssituation der Gemeinwohlorientierung zurzeit nicht drauf habe, Herr Kollege Dunckel.

(Dr. Heiner Dunckel [SPD]: Okay!)

Ehrlich gesagt, fühle ich mich deshalb nicht in der Lage, darauf klar mit Ja oder Nein zu antworten.

(Dr. Heiner Dunckel [SPD]: Okay! Sie können es aber nachlesen!)

- Das brauche ich für mich als Wirtschaftsminister in diesem Augenblick aber auch gerade nicht. Mir geht es, ehrlich gesagt, darum: Gibt es in dieser Gesellschaft Dinge, die ich aus meinem unternehmerischen Wirken in der Vergangenheit betrachte und frage: Brauchst du das, oder brauchst du das nicht? - Wenn es das gibt und wenn es Leute gibt, die sich da engagieren und die gemeinwohlorientiert und auf diese Art und Weise social-entrepreneurshipmäßig unterwegs sind, finde ich, tun wir das Richtige. Deshalb integrieren wir das in unsere Innovationsstrategie des Landes, in RIS3. Deshalb integrieren wir das in unsere Ausbildungen mit einer Social Entrepreneurship Education. Sie können auch Sozialunternehmertumausbildung dazu sagen, wenn Ihnen der Anglizismus unrecht ist. Wir tun es jedenfalls, weil es dieses Phänomen nicht nur gibt, sondern weil wir glauben, dass wir damit etwas tun, das der Allgemeinheit dient, wenn wir hier stärker fördern. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

(Zuruf SPD: Doch!)

- Herr Abgeordneter Habersaat hat das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag.

(Martin Habersaat [SPD]: Fünf Minuten, oder? Der Minister hat seine Redezeit verlängert!)

- Der Minister hat seine Redezeit nicht überzogen.

(Beifall CDU und FDP)

Der Minister ist 1 Minute unter seiner Redezeit geblieben; Entschuldigung, das habe ich eben nicht gesehen. Er hat nur Fragen beantwortet. Solange er Fragen beantwortet, läuft die Redezeit nicht weiter.

Tut mir leid, lieber Herr Kollege Habersaat, so können wir Ihren wichtigen Beitrag jetzt nicht hören.

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr.

Wir kommen zur Abstimmung. Es ist beantragt worden, über den Antrag Drucksache 19/2871 in

(Präsident Klaus Schlie)

der Sache abzustimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, FDP, CDU und die Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein. Wer ist dagegen? - Das sind die meisten Abgeordneten der SPD-Fraktion und die Abgeordneten des Zusammenschlusses der AfD. Wer enthält sich? - Bei fünf Enthaltungen von Abgeordneten der SPD-Fraktion ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 13 auf:

Berichtsantrag zu den Planungen der Landesregierung anlässlich 1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2786

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht.

Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe, dass das einstimmig so beschlossen ist.

Ich erteile das Wort für die Landesregierung der Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Karin Prien.

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist nicht so ganz einfach nach einer solch bemerkenswerten Debatte. Ich kann es mir echt nicht verkneifen: Mein Lieblingszitat des Kängurus ist die „Not-to-do-Liste“.

(Heiterkeit)

Shalom und Moin! Wir feiern in diesem Jahr die 1.700-jährige Geschichte jüdischen Lebens in Deutschland und immerhin 700 Jahre in Schleswig-Holstein. Dabei - das ist uns besonders wichtig - blicken wir nicht nur auf die Vergangenheit, sondern vor allem auf die Gegenwart und die Zukunft jüdischen Lebens in unserem Land, in Schleswig-Holstein.

In diesem Sinne darf das Festjahr vor allem kein einmaliges und in sich abgeschlossenes Projekt sein. Vielmehr geht es darum, eine langfristige Vernetzung und ein nachhaltiges gesellschaftliches Bewusstsein zu schaffen. Wir dürfen das Scheinwerferlicht am Ende des Festjahres nicht ausschalten.

Dafür brauchen wir vor allem Ihre Unterstützung, meine Damen und Herren. Ich bitte Sie alle von Herzen: Werben Sie für unser Festjahr, und tragen Sie die Information in jeden Winkel unseres Landes. Jüdisches Leben gehört zu uns, von Kiel bis Keitum, von Harrislee bis Halstenbek.

Ich bin mir sicher, unser Festjahr unter der Dachmarke „Shalom&Moin“ bietet für jeden etwas. Sehr gern berichte ich dem Landtag über unsere Planung.

Die bereits angesprochene Werbung für das Festjahr ist ein Schwerpunkt der Landesplanung. Ich danke vor allem dem Beauftragten für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, Peter Harry Carstensen, seinem Team und den Mitarbeitern im Ministerium für ihren unermüdlichen Einsatz, mit dem sie die öffentliche Aufmerksamkeit für das Festjahr erzeugen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Der zweite Schwerpunkt ist unser im Februar bereits vorgestellter Veranstaltungskalender, der auch über 2021 hinaus Bestand haben wird. Sie finden diesen Kalender auf der Homepage meines Ministeriums. Ich verrate Ihnen gern, dass Sie dort nach aktuellem Stand die Auswahl aus 160 Veranstaltungen in Schleswig-Holstein haben.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Im Fokus stehen dabei Kultur, Literatur, Philosophie, Musik, Historie und Gegenwart. Auch die jüdischen Feiertage werden in dem Kalender aufgeführt. Sie wissen, an diesem Samstag wird durch die Sederfeier Pessach eingeleitet. Dabei wünsche ich allen jüdischen Menschen in unserem Land ein fröhliches Pessachfest.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW, vereinzelt SPD und Beifall Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Ich bin sehr dankbar dafür, wie viele Akteurinnen und Akteure trotz der Pandemie ein vielfältiges Programm auf die Beine gestellt haben. Dazu gehören Bildungs- und Kulturschaffende, aber auch unsere Hochschulen. Sie alle tragen einen wesentlichen Beitrag zu einem sicheren jüdischen Leben bei.

Als Höhepunkt plant die Landesregierung die Eröffnung der Carlebach-Synagoge am 12. August 2021 in Lübeck. Meine Damen und Herren, diese Synagoge steht in mehrfacher Weise für die wech-

(Ministerin Karin Prien)

selvolle Geschichte jüdischen Lebens in Schleswig-Holstein in den letzten 140 Jahren. Eine Veranstaltung zum Ende des Jahres werden wir dazu nutzen, jüdische Stimmen im Land und im Bund einzusammeln. Wir wollen ein Fazit aus dem Festjahr ziehen und gemeinsam einen Ausblick auf Chancen und Herausforderungen werfen.

Die Ministeriumsseite wird im Laufe des Jahres ausgebaut und beispielsweise um Vorstellungsvideos der jüdischen Landesverbände und Gemeinden erweitert. Diese Videos sollen unter anderem zur Sichtbarkeit und zu einer ersten digitalen Begegnung beitragen. Meine Damen und Herren, Begegnungen, das ist am Ende das entscheidende Stichwort. Wir wollen, dass sich Menschen begegnen und miteinander sprechen, und im Rahmen der Pandemie machen wir das so, wie es eben möglich ist.

Das Festjahr soll einen Perspektivwechsel ermöglichen und die jüdische Kultur und die jüdische Religion zugänglicher gestalten. Dabei spielen natürlich unsere Schulen eine besondere Rolle. Wie im Februar-Plenum bereits angekündigt, haben wir die Fachanforderungen und die Leitfäden aller Fächer geprüft und ausgewertet, um die Themen Judentum, jüdische Religion, Antisemitismus und modernes Israel im Unterricht aller Fächer stärker zu verankern. Dazu werden wir auch entsprechendes Unterrichtsmaterial bereitstellen.

Durch das Programm „Schule trifft Kultur“ wurde eine Sonderförderung „Jüdisches Leben in Schleswig-Holstein“ auf den Weg gebracht. Insgesamt 28 Schulen werden von einer finanziellen Förderung von bis zu 1.500 € für kulturelle Projekte zum Thema „Jüdisches Leben in Schleswig-Holstein“ profitieren. Es liegen bereits Anträge aller Schularten vor. Die geplanten Projekte sind außerordentlich vielseitig. Geplant sind unter anderem die Erforschung regionaler und lokaler Spuren der Vergangenheit, die Auseinandersetzung mit jüdischer Literatur und Sprache, die Zusammenarbeit mit den jüdischen Gemeinden und dem Jüdischen Museum in Rendsburg und zukunftsorientierte und nachhaltige Projekte für ein friedliches Miteinander. Wir werden sicher in diesem Jahr die eine oder andere Ausstellung und Aufführung von engagierten Schülerinnen und Schülern hören und sehen, und darauf freue ich mich sehr.

Meine Damen und Herren, das Festjahr läuft zwar im Dezember 2021 aus, aber für uns steht jetzt schon fest: Unser Engagement wird dort nicht enden. Alle demokratischen Parteien sind angehalten, sich auch über dieses Festjahr hinaus aus voller

Überzeugung mit Kraft und Energie einzusetzen – für das jüdische Leben und gegen Antisemitismus.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW, Dr. Frank Brodehl [fraktionslos] und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Tobias von der Heide.

Tobias von der Heide [CDU]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jüdisches Leben in Schleswig-Holstein gehört zu unserer Vergangenheit, unserer Gegenwart und unserer Zukunft, und das ist auch gut so. Gerade weil jüdisches Leben in der Vergangenheit oftmals nur als Ausgrenzungen verstanden wurde, sind das Festjahr 1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland und auch der Staatsvertrag, den die Landesregierung im Jahr 2018 mit den jüdischen Gemeinden in Schleswig-Holstein geschlossen hat, so wichtige Signale. Sie zeigen, dass es im Heute und Jetzt ein vitales jüdisches Leben mitten unter uns gibt und dass sich das Land Schleswig-Holstein und die jüdischen Landesverbände und Gemeinden auf einen Weg in eine gemeinsame Zukunft machen.

Natürlich: Die singulären Gräueltaten der Nationalsozialisten stechen aus der Menschheitsgeschichte heraus. An das, was Jüdinnen und Juden in Deutschland erlitten haben, muss immer wieder erinnert werden. Aber das Judentum hatte vor dem Nationalsozialismus eine lebendige Geschichte und hat unser Land seit der Römerzeit mitgeprägt. Für die selbstverständliche Alltäglichkeit des Judentums und für die Schrecken, die Menschen jüdischen Glaubens erleben mussten, stehen die bekannten bronzenen Stolpersteine.

Einer der Namen auf den Stolpersteinen ist Wolff Willy Hirsch aus Kiel. Hirsch hat als Soldat im Ersten Weltkrieg gedient. Wie unzählige andere Juden hat er „für Kaiser, Reich und Vaterland“ gekämpft, wie es Michael Berger, Hauptmann der Bundeswehr und Vorsitzender des Bundes jüdischer Soldaten, in seinem gleichnamigen Buch schreibt. Es ist schon bemerkenswert, dass das heute so ist. Wolff Hirsch aus Kiel kämpfte Seite an Seite mit den Männern, die zwanzig Jahre später ihn und seine Familie ermorden sollten. Das zeigt uns noch einmal die ganze, besondere Widersprüchlichkeit und Tragik des Antisemitismus in Deutschland.

(Tobias von der Heide)

Auch einer der genialsten Physiker aller Zeiten steht sinnbildlich für diesen Widerspruch: Albert Einstein segelte wenige Meter von hier entfernt auf der Förde. Er war Kiel in vielfacher Weise verbunden. Als Patentgutachter hat er an der Perfektionierung des Kreiselkompasses mitgearbeitet und wurde Geschäftspartner von Anschütz. Raytheon Anschütz ist uns als Unternehmen geläufig. Auf der Kieler Förde entdeckte Einstein seine lebenslange Liebe zum Segeln. Aber, und das zeigt uns auch wieder die Zwiespältigkeit deutsch-jüdischer Vergangenheit, das Verhältnis des großen Physikers zur Christian-Albrechts-Universität war sehr distanziert. Die Kieler Uni war ein Hort antisemitischer Polemik und wollte seine Forschung nicht anerkennen.

Einstein musste nach der Machtergreifung der Nazis aus Deutschland fliehen. Damit steht er als Sinnbild für den gewaltigen intellektuellen Verlust, den Deutschland durch die Ermordung und Vertreibung der Juden erlitt, aber eben auch für die großen Leistungen, die Menschen jüdischer Herkunft der Menschheit gebracht haben.

Also: Das Judentum in Deutschland und in Schleswig-Holstein hat Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Daher bin ich der Landesregierung dankbar für das Programm, das sie anlässlich des Festjahres 1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland auf die Beine gestellt hat. Das Programm ist vielfältig und konzentriert sich auf die unterschiedlichsten Aspekte. Vergangenheit, Zukunft und Gegenwart, regionale und sogar übergreifende Themen sind eingeschlossen.

Mit „SHalom&Moin“ ist eine Dachmarke gefunden, von der ich hoffe, dass sie auch in der Zukunft Bestand haben wird. Damit machen wir in Schleswig-Holstein deutlich, dass es Antisemitismus hier nicht geben darf und Jüdinnen und Juden in unsere Mitte gehören. Deshalb wollen wir auch einen Runden Tisch zusammen mit dem Landtag, dem Landtagspräsidenten, dem Landesbeauftragten für das jüdische Leben und den jüdischen Landesverbänden einrichten und darüber sprechen, was jüdisches Leben auch heute bewegt und welche fachlichen Themen es in diesem Kontext gibt neben der Organisation von jüdischen Veranstaltungen.

Jüdinnen und Juden haben ein Zuhause in Schleswig-Holstein. Zusammen mit dem Thema Rassismus machen wir heute im Landtag deutlich, dass wir als Gesellschaft zusammenstehen und dass wir uns auch in schwierigen Zeiten nicht spalten lassen. Es liegt an uns, dass das auch so bleibt. Ich sehe mit Hoffnung in eine Zukunft, die nicht nur von Viel-

falt, von Miteinander und Zusammenhalt, sondern auch vom jüdischen Leben in Schleswig-Holstein geprägt ist. - Danke, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Martin Habersaat.

Martin Habersaat [SPD]:

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine Damen und Herren! Ich bedanke mich bei Frau Ministerin Prien und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für den Bericht über die Planungen der Landesregierung zur Beteiligung unseres Landes an dem bundesweiten Festjahr „321 - 2021: 1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“.

Wir haben im Februar einstimmig einen interfraktionellen Antrag der SPD, des SSW und der Koalitionsfraktionen verabschiedet. Darin haben wir auf die Ambivalenz der Geschichte der Jüdinnen und Juden in Deutschland hingewiesen, auf das Nebeneinander kultureller und gesellschaftlicher Gemeinschaft einerseits und religiös motivierter Judenfeindschaft, rassistisch begründetem Antisemitismus bis hin zu Ausgrenzung, Verfolgung und Vernichtung andererseits.

Ja, wir müssen uns tagtäglich mit allen Formen des Antisemitismus auseinandersetzen und diejenigen schützen, die von Feinden der Jüdinnen und Juden, seien sie Nazis oder Islamisten, bedroht werden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben aber in der Vergangenheit zu wenig Aufmerksamkeit auf die Normalität jüdischen Lebens in Deutschland gerichtet. Das ist auch lange schwierig gewesen. Wer sich zum Beispiel an die Gründung des Zentralrats der Juden erinnert, der weiß, dass dieser zunächst die ausschließliche Aufgabe hatte, Jüdinnen und Juden bei ihrer Ausreise zu beraten und zu unterstützen. Das hat sich erst im Laufe der Jahre gewandelt.

Dass wir uns zu wenig um diese Normalität gekümmert haben, ist mir auch bei der Erarbeitung des Antrags deutlich geworden, bei der ich im Gespräch mit den jüdischen Gemeinden in Kiel und in Lübeck war. Grüße gehen an dieser Stelle raus nach Flensburg, Bad Segeberg, Ahrensburg, Elmshorn

(Martin Habersaat)

und Pinneberg. Auch an den Ideen von dort sind wir natürlich sehr interessiert.

Ich wurde auf die Möglichkeit hingewiesen, das Laubhüttenfest als Teil des jüdischen Lebens für Schülerinnen und Schüler erfahrbar zu machen mit anfassbaren, begehbaren Laubhütten, die auch als Ort des Austausches dienen könnten. Mir wurde dabei deutlich, wie wenig an Grundkenntnissen über die jüdische Kultur und ihre Traditionen bei den allermeisten von uns verwurzelt ist. Ich vermute, dass viele von uns heute mehr über den Glauben und die Traditionen der Muslime wissen, die in größerer Zahl erst seit dem 20. Jahrhundert in Deutschland leben, als über die Traditionen der Juden, deren Leben auf dem Gebiet, das heute Deutschland ist, seit dem vierten Jahrhundert dokumentiert ist.

Mit Recht fordern die Jüdinnen und Juden von der deutschen Gesellschaft, sie nicht ausschließlich als Opfer des Antisemitismus wahrzunehmen, sondern als ganz normale kulturelle und religiöse Gruppe. Es gibt viele Möglichkeiten, sich über das jüdische Leben in Vergangenheit und Gegenwart zu informieren. Leider werden diese Möglichkeiten zu wenig genutzt.

Schauen wir nur einmal nach Rendsburg: Die fast durchweg rückläufigen Besucherzahlen im dortigen Jüdischen Museum sind alarmierend, trotz aller Bemühungen der Museumsleitung. Hier wirkt sich Covid-19 besonders verheerend aus, weil sich die Besucherfrequenzen natürlich in Coronazeiten nicht erholen können.

Dass die Landesregierung in Zusammenarbeit mit dem Landesbeauftragten Herrn Carstensen und den jüdischen Verbänden und Gemeinden für das Gedenkjahr 2021 eine Reihe von Aktivitäten vorbereitet, unterstützen wir selbstverständlich.

Aber das Gedenkjahr wäre verschwendet, wenn es nicht nachhaltig bliebe. Insofern bin ich dankbar über die Ankündigung von Frau Prien, dass es auch darüber hinaus weitergehen wird.

Da sehe ich auch uns alle in der Verantwortung: Landtag, Regierung und natürlich den Landesbeauftragten. Wir alle tragen gemeinsam mit den jüdischen Gemeinden und Verbänden die Verantwortung dafür, dass jüdisches Leben in Deutschland keine abgeschirmte Nischenexistenz hinter hohen Mauern und kugelsicheren Pforten führt, sondern für alle Menschen erfahrbar bleibt oder wird. Man muss sich kennen, um sich zu verstehen.

In der Zeitschrift „Das Parlament“ geht es in der Ausgabe vom 22. März 2021 im Schwerpunkt um

das Festjahr und um 1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland. Eine Überschrift eines Artikels über Antisemitismus dort lautet „Hass gegen Unbekannt“. Meine Damen und Herren, gegen den Hass kann etwas tun, wer etwas gegen die Unbekanntheit tut.

Über weitere Schritte sollten wir im Bildungsausschuss sprechen. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Aminata Touré.

Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal vielen Dank für Ihren Bericht, liebe Ministerin Prien. Ich bin sehr froh, dass wir heute wiederholt über dieses Thema sprechen, wie auch schon im letzten Monat, und zwar über das Thema 1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland und was hierfür in Schleswig-Holstein geplant ist.

Vorweg möchte ich sagen, dass ich sehr froh bin, dass wir in Schleswig-Holstein mit Karin Prien eine Ministerin haben, die sich sehr stark dafür einsetzt, dass es eine Sichtbarmachung jüdischen Lebens gibt

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

und dass dieses Thema dadurch auch hier immer wieder diskutiert wird. Ich bin auch froh darüber, dass wir mit Peter Harry Carstensen einen Beauftragten für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus haben.

Das Land Schleswig-Holstein veranstaltet im Jubiläumsjahr zu 1.700 Jahre jüdischem Leben unter dem Motto „SHalom&Moin“ zahlreiche Veranstaltungen. Dabei wird versucht, verschiedene Perspektiven und Bezüge abzudecken.

Gerade wurde schon vielfach erwähnt, welche Veranstaltungen geplant sind. Wir haben vor Kurzem mit dem jungen Grünen-Frauenstammtisch auch eine Veranstaltung mit den jüdischen Gemeinden gemacht. Dort ist uns bewusst geworden, dass viele Menschen überhaupt keine Ahnung davon haben, wie jüdisches Leben heute aussieht. Deswegen finde ich es sehr hilfreich und notwendig, dass wir immer wieder darüber sprechen, was in diesem Jahr

(Aminata Touré)

ansteht. Ich merke immer wieder, dass sich viele junge Leute darüber freuen, wenn gerade wir als Politikerinnen und Politiker darauf aufmerksam machen, was die Landesregierung dazu macht.

Eine feministische Perspektive ist beispielsweise ein Gespräch mit Debora Antmann zum Thema „Vielfalt und Feminismus: jüdische Feminismen“. Dabei handelt es sich um eine Veranstaltung des Evangelischen Frauenwerks der Nordkirche. Auch wird eine queere Perspektive mit der Fotoausstellung „This is me - queer und religiös?“ des Jüdischen Museums Rendsburg gezeigt. Es geht um „Jüdisches Leben in Deutschland heute - zwischen Zuschreibung und Selbstbestimmung“, eine Veranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein aus der letzten Woche. Es geht aber auch um Antisemitismus und Rechtsextremismus.

Wir wollen immer wieder deutlich machen, dass es vor allem auch um heutiges jüdisches Leben geht. Es ist wichtig, dass wir nach wie vor auch über Antisemitismus sprechen, weil wir aus einer repräsentativen ZDFInfo-Umfrage von 2020 wissen, dass ein Viertel der Befragten nicht weiß, was mit dem Begriff Holocaust anzufangen ist. 69 % der Befragten wissen nicht, auf welches Ereignis der Holocaust-Gedenktag am 27. Januar, der Befreiung von Auschwitz, zurückgeht.

Viele junge Deutsche wissen laut einer CNN-Umfrage kaum etwas über den Holocaust. Von den Befragten in der Altersklasse von 18 bis 34 gaben rund 40 % an, wenig oder gar nichts darüber zu wissen. Das ist ein Problem. Deswegen ist es wichtig, dass wir als Land, als politisch Verantwortliche, Angebote schaffen, damit sich Menschen auch nach der Schulzeit oder zusätzlich zum Schulunterricht damit auseinandersetzen können.

Es geht auch darum, über heutiges jüdisches Leben Bescheid zu wissen. Es geht bei den Veranstaltungen um Tanzen, koscher Kochen, Prosa, Musik, Gottesdienste und um einzelne herausragende Persönlichkeiten wie Albert Einstein oder Hannah Arendt; das wurde schon erwähnt.

Besonders gut finde ich die regionalen Bezüge mit Veranstaltungen wie „Auf den Spuren der Sepharden in Glückstadt“, „Auf den Spuren jüdischer Vergangenheit und Gegenwart in Flensburg“ der Jüdischen Gemeinde Flensburg oder der Stadtführung „Kiel im Nationalsozialismus“, veranstaltet vom Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein e. V.

Diese regionalen Bezüge finde ich extrem wichtig. Sie geben die Gelegenheit, sich wirklich damit aus-

einanderzusetzen, dass einerseits jüdische Menschen schon sehr lange Teil unserer schleswig-holsteinischen Geschichte und Gesellschaft sind und dass andererseits die Verfolgung von Jüdinnen und Juden genau hier in Schleswig-Holstein stattgefunden hat.

Ich hoffe, dass möglichst viele der Veranstaltungen in Präsenz stattfinden können, wenn die Pandemielage es zulässt, um wirklich auch physische Begegnungen möglich zu machen. Denn ich glaube, gerade bei einem solchen Thema ist es wichtig, sich auch in die Augen blicken zu können. Es geht in diesem Veranstaltungsjahr auch darum, Begegnungen zwischen Jüdinnen und Juden sowie Nichtjüdinnen und Nichtjuden zu schaffen und das gemeinsame Miteinanderleben weiter sichtbar zu machen und ein Bewusstsein dafür zu schaffen.

Ich finde, es ist gut gelungen, mit den Veranstaltungen zu zeigen, wie vielfältig jüdisches Leben und jüdische Geschichte sind und dass dies auch ein Teil unserer Geschichte ist. Ob in Glückstadt, Flensburg oder Kiel - Jüdinnen und Juden waren schon lange ein wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft und sind es auch heute noch.

Bei diesen Veranstaltungen ist für jede und jeden von uns etwas dabei. Ich kann also nur alle dazu ermuntern, sich die eine oder andere Veranstaltung anzuschauen. Ich werde es definitiv tun. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und Dr. Frank Brodehl [fraktionslos])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Jan Marcus Rossa.

Jan Marcus Rossa [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bedeutung des jüdischen Lebens für unser Land haben wir sehr intensiv und fraktionsübergreifend während des letzten Plenums im Februar gewürdigt. 1.700 Jahre jüdisches Leben sind 1.700 Jahre jüdische Kultur, jüdische Wissenschaft, jüdischer Glaube und vieles mehr. Das Judentum hat unsere Gesellschaft ganz wesentlich geprägt. Viele außerordentliche Errungenschaften in unserem Land sind ohne die jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger der vergangenen Jahrhunderte nicht möglich und denkbar gewesen.

Ich will heute nicht meine Rede von vor vier Wochen wiederholen. Die heutige Debatte steht damit

(Jan Marcus Rossa)

aber in einem unmittelbaren Zusammenhang und setzt diese Debatte aus dem Februar fort.

Wegen der herausragenden Bedeutung jüdischen Lebens für Deutschland ist es richtig und wichtig, dass wir dieses jüdische Leben gerade in diesem Jahr besonders sichtbar machen. 1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland sind eben auch eine wirklich gute Gelegenheit, das jüdische Leben in die Mitte unserer Gesellschaft zu holen. Deshalb danke ich der Landesregierung, der Bildungsministerin und ihrem Mitarbeiterstab, dass wir dieses Jahr nutzen, um mit einer Vielzahl von Veranstaltungen der breiten Öffentlichkeit einen Zugang zu diesem Thema zu verschaffen.

(Vereinzelter Beifall FDP)

Seien wir ehrlich: Obwohl es jüdisches Leben in Deutschland seit 1.700 Jahren gibt, ist das Judentum vielen Menschen in diesem Land fremd. Wenn wir Antisemitismus wirksam bekämpfen wollen, dann dürfte die wohl am erfolgversprechendste Strategie sein, sich gegenseitig kennenzulernen. Vorurteile werden überwunden, wenn man mit der Wirklichkeit konfrontiert wird. Das passiert am besten in direktem Kontakt miteinander.

(Beifall FDP und SSW)

Wenn sich Menschen begegnen und kennenlernen, dann kann Respekt, dann kann Verständnis entstehen. Wo sich Verständnis und Respekt durchgesetzt haben, ist in der Regel kein Platz mehr für Intoleranz und - noch viel schlimmer - für Antisemitismus.

Es ist gut, dass wir in Schleswig-Holstein dieses Jahr nicht nur nutzen, jüdisches Leben in Deutschland bekanntzumachen. Wir leisten damit auch einen wichtigen Beitrag für Respekt, Akzeptanz und Anerkennung und bieten gleichzeitig dem Antisemitismus die Stirn, gemeinsam mit unseren und für unsere jüdischen Mitmenschen. Wenn ich mir in diesem Jahr etwas wünschen dürfte, wäre es, dass möglichst viele Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner das Veranstaltungsangebot annehmen und die Gelegenheit ergreifen, jüdisches Leben in Deutschland, auch das aktuelle jüdische Leben, kennenzulernen. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für einige ist Vielfalt in Deutschland nur schwer auszuhalten. Beschimpfungen und Bedrohungen von Menschen, die vermeintlich anders sind, sind leider an der Tagesordnung. Ein fremd klingender Name oder eine Kippa reichen aus, und manche Menschen beginnen zu pöbeln und zu drohen. Das hat weder direkt etwas mit dem Namen oder der Kippa zu tun, sondern ist Ausdruck von Antisemitismus in unserer Gesellschaft. Dem ist nur schwer beizukommen.

Die Zahl der antisemitischen Straftaten zeugt davon. Gut, dass wir eine wachsame Zivilgesellschaft und engagierte Lehrkräfte an den Schulen haben. Darüber hinaus gibt es einige Organisationen, die in Schleswig-Holstein aktiv gegen Antisemitismus vorgehen, beispielsweise die unabhängige Meldestelle für Antisemitismus. Dort werden antisemitisch motivierte Vorfälle nicht nur dokumentiert und ausgewertet, sondern dort findet auch eine sehr gute Betroffenenarbeit statt. Zeuginnen und Zeugen sowie Personen, die zum Beispiel über Facebook oder Instagram von antisemitischen Vorfällen Kenntnis erlangt haben, können sich bei der landesweiten Informations- und Dokumentationsstelle melden. Antisemitismus ist ein Problem. Gut, dass wir das angehen.

Vor diesem Hintergrund ist das Festjahr zu 1.700 Jahren jüdischem Leben in Deutschland von großer Bedeutung. Veranstaltungen, Aktionen und Maßnahmen mobilisieren so die Solidarität und erhöhen die Sichtbarkeit und Selbstverständlichkeit jüdischen Lebens in Schleswig-Holstein.

Ich möchte an dieser Stelle ganz klar sagen: Jüdisches Leben gehörte und gehört zu Schleswig-Holstein. Wobei von „dem“ jüdischen Leben kaum die Rede sein kann; denn Juden und Jüdinnen lebten schon immer eine große Vielfalt, genauso wie ihre Nachbarinnen und Nachbarn. Sie arbeiten in unterschiedlichen Berufen, sie leben verschiedene Familienmodelle und haben jeder und jede eine eigene Geschichte. Diese Vielfalt anzuerkennen und abzubilden, muss ein zentrales Ziel des Festjahres sein. Das funktioniert auch so.

Die Nazis wollten das jüdische Leben in unseren Dörfern und Städten vernichten. Sie konnten dabei nur deswegen so effizient sein, weil viele Menschen auf Arisierungsgewinne schielten, von jüdischem Eigentum profitierten oder in der öffentlichen Verwaltung Stellen besetzten, nachdem jüdische Stelleninhaber gefeuert worden waren. Sie unterstützten

(Lars Harms)

Hetzkampagnen und die Vertreibung und Vernichtung jüdischen Lebens. Diese historische Schuld ist der Antrieb für den Ruf nach: „Nie wieder!“ Das ist aktuell wieder gefragt. Attentate, Judenhetze im Internet und Judensterne auf sogenannten Querdenkerdemos sind Warnsignale, denen wir gemeinsam und mit großer Entschlossenheit entgegenzutreten müssen.

Das Festjahr ist in dieser Auseinandersetzung ein wichtiger Baustein. Dabei kommt es besonders darauf an, auf welche Weise dieses besondere Jubiläum begangen wird. Langweilige Formate schaden mehr, als dass sie uns weiterbringen.

Ein interessierter Austausch setzt auf informierten Dialog. Miteinander statt übereinander sprechen ist dabei das Mittel der Wahl. Die Beteiligung an den Diskussionen und Veranstaltungen fällt aber vielen Jüdinnen und Juden nicht immer leicht, weil sie nach ihrer Teilnahme an einer solchen Veranstaltung Repressalien fürchten. Darum sollte das Festjahr möglichst viele Angebote machen, wie wir uns abseits des Festjahres und seines offiziellen Programms begegnen und austauschen können.

Wir haben uns etwas zu sagen, und das sollten wir auch tun. Aussöhnung und Dialog sind eben nicht mit einer Geschichtsstunde oder einem Besuch an einer Gedenkstätte erledigt, obwohl ich beides für absolut alternativlos halte.

Eine intensive und nachhaltige Auseinandersetzung muss auf vielerlei Weise geschehen. Ich bin daher besonders froh über die Vielfalt der Angebote mit Konzerten, Lesungen, Theaterstücken und Filmen.

Nicht das leicht Konsumierbare sollte dabei im Vordergrund stehen, sondern das Nachhaltige, das über den Besuch einer Ausstellung oder eines Konzerts hinweg Eindruck macht. Junge Menschen müssen wir dabei auf besondere Weise ansprechen. Diese Formate sehe ich etwas unterrepräsentiert.

Da muss noch nachgesteuert werden. Junge Menschen an unsere gemeinsamen Wurzeln heranzuführen und sie neugierig zu machen, selbst weiter zu forschen, stellt gewiss eine besondere Herausforderung dar. Nur so sichern wir den nachfolgenden Generationen eine Zukunft im jüdischen Leben.

Ich warne aber davor, den Blick ausschließlich auf das vermeintlich gesicherte Terrain zurück zu richten. Ein zweidimensionaler Zugang ist das Gegenteil eines lebendigen Dialogs, der nach den Potenzialen und der Zukunft des jüdischen Lebens fragt.

In diesem Zusammenhang sehe ich das Engagement der jüdisch-arabischen Verständigungsarbeit.

Deswegen bin ich besonders froh darüber, dass wir, der Landtag, für das Bildungszentrum Givat Haviva, das als Begegnungsstätte für jüdische und arabische Israelis Friedensarbeit leistet, eine Förderung im Haushalt von 25.000 € haben unterbringen können, meine Damen und Herren.

Denn auch das zählt dazu, damit jüdisches Leben lebendig ist, damit wir Jüdinnen und Juden dabei helfen - über eine Zusammenarbeit, die wir machen -, in Israel Friedensarbeit zu leisten. Auch das ist ein wichtiger Baustein.

Ich freue mich wirklich sehr auf das Festjahr, die Veranstaltungen und hoffe, dass möglichst viele Menschen an diesen Veranstaltungen teilnehmen. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD, vereinzelt FDP und Beifall Dr. Frank Brodehl [fraktionslos])

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich stelle zunächst fest, dass der Berichtsantrag Drucksache 19/2786 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich eröffne noch einmal Tagesordnungspunkt 17:

Perspektiven für die maritime Wirtschaft entwickeln, schnellere Vergabe von öffentlichen Aufträgen für den Schiffbau

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2848

Maritime Wirtschaft in der Krise stärken und weiter perspektivisch entwickeln

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/2892 (neu)

Ich gehe davon aus, dass der Antrag Drucksache 19/2848 durch die Mit Antragstellung zum Alternativantrag Drucksache 19/2892 (neu) seine Erledigung gefunden hat. - Widerspruch sehe ich nicht.

Ich schlage vor, dass wir über den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/2892 (neu), in der Sache abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das

(Präsident Klaus Schlie)

Handzeichen. - Ich sehe, das hat das Haus einstimmig so beschlossen. Herzlichen Dank.

Meine Damen und Herren, ich unterbreche die Sitzung bis morgen früh 10 Uhr und wünsche Ihnen einen angenehmen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:08 Uhr